

2/14



DSCHIHAD

SCHOLLEN

von Rahim Taghizadegan

Ausgabe 02/2014

DSCHIHAD

Institut für Wertewirtschaft

www.wertewirtschaft.org

Inhaltsverzeichnis

Bedienungsanleitung.....	4
Ökonomische Kriegsgründe	6
Krieg im Orient	13
Wien und der Orient	18
Maria-Theresien-Taler.....	24
Österreichischer Lloyd.....	32
Ägypten	39
Textilindustrie.....	44
Kriegsverlängerung	47
Widerstand gegen den Fortschritt	54
Missionare	59
Schlichtung nach dem Völkermord	67
Votivkirche und Blasenbauten	73
Ringstraßenbau.....	78
Staatskapitalisten	86

Sozialismus der Reichen	97
Politische Eschatologie	105
Arabische Terroristen	115
Filterblasen	123
Jungtürken	130
Balkanisierung	134
Islam als Identität	138
Die Ursprünge des Islams	147
Antimissionare	163
Heiliger Weltkrieg	177
Linke und Rechte	183
Zionismus	190
Relativierungen	205
Literatur	214

Bedienungsanleitung

Dieses Büchlein enthält persönliche Gedanken und Beobachtungen sowie ausgewählte Texte und ist primär für Seelenfreunde des Verfassers gedacht. Mit Scholion bezeichnete man ursprünglich eine Randnotiz, die Gelehrte in den Büchern anbrachten, die ihre ständigen Wegbegleiter waren. Als Bücher noch teuer und selten waren, wurden sie oft geteilt und die geistige Auseinandersetzung wurde in Kommentaren zur gemeinsamen Lektüre geführt. Heute gibt es so viel mehr zu lesen, aber nur wenige haben dazu die Muße.

Ich habe es zu meiner Berufung gemacht, viel zu lesen und zu schreiben. Die Scholien sind eine Anregung für Vielleser, aber vielmehr noch eine Dienstleistung für Wenigleser. In dieses kleine, handliche Format versuche ich die Erkenntnisse aus meiner umfangreichen Lektüre zu komprimieren und so mit meinen Freunden eine große Bibliothek zu teilen. Die meisten zitierten Werke sind in unserer Institutsbibliothek vorhanden und können von Mitgliedern entliehen werden (bitte um Voranmeldung per E-Mail). Doch es ist kein bloßes Bücherwissen, das ich vermitteln will. Immer wieder beziehe ich mich auf die Realität abseits der Bücher, denn die Theorie – die Anschauung – ist nur da sinnvoll, wo sie etwas zu schauen hat. Mit

meinen Kollegen im Institut für Wertewirtschaft verstehe ich mich als praktischer Philosoph. Die Scholien jedoch sind kein systematisches philosophisches Opus, sondern sammeln gewissermaßen die Späne, die mir beim geistigen Bearbeiten der größeren Scheite für das Feuer der Erkenntnis zufallen.

Das Motto vornan ist zufällig aus dem Text gewählt, dazu gestaltet die Künstlerin Ingeborg Knaipp den Umschlag. Das Lektorat übernahm Johannes Leitner, beim Exzerpieren der Bücher half Jonathan Danubio. Die zahlreichen Zitate sind meist eigene Übersetzungen. Die verwendete Literatur ist gesammelt am Ende angeführt. Frühere Ausgaben der Scholien können in Sammelausgaben in edlem Schuber nachbestellt werden. Mitglieder des Instituts für Wertewirtschaft erhalten Zugang zu den digitalen Versionen.

Administrative Anfragen bitte an *info@wertewirtschaft.org* senden, inhaltliche Anregungen und Fragen bitte an *scholien@wertewirtschaft.org*. Falls der geschätzte Leser dieses Exemplar zur Ansicht erhalten hat, würde ich mich freuen, ihn auch künftig als Adressaten dieser freundschaftlichen Korrespondenz zu wissen:

wertewirtschaft.org/scholien/

Ökonomische Kriegsgründe

In den letzten Scholien widmete ich mich den Hintergründen des Ersten Weltkriegs und drohte damit, chronologisch fortzusetzen. Die Chronologie freilich hat das Problem, daß sie eigentlich keine Rückkehr erlaubt. In den Scholien wähle ich einen anderen Zugang: Da ich mich vorsichtig an die Erkenntnis herantaste und kein abgeschlossenes System ersinne, ist die Wiederkehr von Themen nötig. Es sind gerade die kleinen Bruchstellen und Unebenheiten, die Erkenntnis versprechen, und wie ein Blinder muß der Erkenntnissuchende immer wieder über sie streichen, um die Muster zu erkennen. Säuberlich geordnete Systementwürfe führen daher in aller Regel von der Erkenntnis weg.

Im Zuge unseres Lehrgangs zur „Wiener Schule der Politik“ ging ich wieder durch die Werke des großen österreichischen Historikers Erik Ritter von Kühnelt-Leddihn, den ich dieser „Wiener Schule“ ebenso zurechne. Freilich, der Begriff

„Schule“ mag hier etwas überdehnt scheinen, doch auch die Wiener Schule der Ökonomik beschreibt ja mehr eine chronologische Häufung ähnlicher Fragestellungen, als ein fest umrissenes Antwortenprogramm. Und auch in der Politikwissenschaft finden sich interessante Überschneidungen von altösterreichischen Denkern, bzw. Denkern mit Österreichbezug. Die zentrale Frage der „Wiener Schule der Politik“ ist: Wie konnte der Wahnsinn des 20. Jahrhunderts geschehen? Das ist nicht nur, aber auch eine historische Frage. Kühnelt-Leddihn, durch die Wiener Schule der Ökonomik vom Etatismus abgebracht und später *senior fellow* des *Mises Institute* in den USA, geht mit dem vorigen Jahrhundert besonders scharf zu Gericht. Dabei schreibt er, wie die meisten Denker der „Wiener Schule der Politik“, nicht nur für ein engeres akademisches Publikum, sondern mit viel Sprachbegabung für jeden Interessierten. Seine Methode ist dabei anekdotisch, als Universalgelehrter, Weltreisender und Sprachengenie kannte er unglaublich viele Menschen und hatte Zugang zu allerlei

sonst verschlossenen Quellen.

Die Ökonomik hält er für nicht ausreichend, um die Geschichte theoretisch zu erklären. Dabei meint er freilich die engere materialistische Konzeption, die vom homo oeconomicus ausgeht. Die Praxeologie nach Ludwig von Mises wäre da schon besser geeignet, doch braucht es zur Ergänzung noch die Ideengeschichte: Der Mensch verblüfft immer wieder damit, was er sich alles einreden kann. Rational die besten Mittel für unsere Ziele zu wählen, ist gar nicht so leicht. Oft kommen uns „Ideen“ in die Quere.

Darum warnt Kühnelt-Leddihn vor rein ökonomischen Erklärungen der Weltgeschichte. Die einfachen „Verschwörungstheorien“ sind meist falsch. Natürlich fassen Menschen andauernd Pläne, insbesondere die finanzkräftigeren von uns, und suchen ihren Vorteil auch zum Schaden anderer. Doch die wenigsten Pläne gehen auf. Insbesondere Kriege sind durchwegs unwirtschaftlich. Natürlich hilft die Ökonomik auch dabei, Handlungen zu

verstehen, bei denen diejenigen, welche den Nutzen daraus ziehen, und diejenigen, welche die Kosten tragen, unterschiedliche Parteien sind. Doch eine einfache Bereicherungsabsicht steht selten hinter Kriegen. Kühnelt-Leddihn spöttelt etwas über die „antikapitalistischen“ Thesen zu den vermeintlichen Kriegsgründen:

Man frage sich, inwieweit ein Wilhelm II., ein Franz Joseph I., ein Nikolaus II., ein Sir Edward Grey, ein Asquith, Clemenceau oder Poincaré, ein Berchtold oder Tisza in ihrer Politik „wirtschaftlich“ dachten. Hätten sie durch einen siegreichen Krieg mehr zum Frühstück serviert bekommen? Oder waren sie Aktienbesitzer mit Interessen in der Rüstungsindustrie? In einem Zeitalter der allgemeinen Wehrpflicht und – mehr noch – in einem Zeitalter des totalen Kriegs sind da ganz andere Passionen am Werk. Auch der Großindustrielle und der Mann der *Haute Finance*, die alle sicherlich nicht darben, konnten nicht noch luxuriöser leben und hatten doch Söhne und Enkel, die alle im Krieg fallen konnten – ganz abgesehen von den Fabriken, die Bomben ausgesetzt waren. Die wirtschaftliche Erklärung ist deswegen so populär,

weil man durch sie das geschichtliche Geschehen jedem Gymnasiasten oder Gemischtwarenhändler „verständlich“ machen kann. Welcher deutsche, welcher britische Großindustrielle oder Bankier hätte den Ersten (oder auch den Zweiten) Weltkrieg „anzetteln“ können? Der britische Sozialist J. A. Hobson, dessen Thesen Lenin papageienhaft wiederholt hatte, schrieb mit geradezu rührenden Naivität: „Könnte man sich vorstellen, daß ein großer Krieg von irgendeinem Staat begonnen oder auch eine große Staatsanleihe aufgelegt werden könnte, wenn das Haus Rothschild und seine Verbündeten es verbieten würden?“ Lenin war davon ebenso überzeugt wie auch (wiewohl in anderer Form und aus anderen Beweggründen) sein Kollege Adolf Hitler. Dem ungebildeten Spießler, der die *fausses idées claires* [klare, aber falsche Ideen] liebt und der ungemein gern an Verschwörungstheorien glaubt, ist das sicherlich „einleuchtend“, und zwar nicht zuletzt, weil in seinen Augen die reichen Leute böse sind und den kleinen Mann um jeden Preis ausnützen und ausbluten wollen. Also blutet ganz Europa lediglich für das Haus Rothschild! Oder war Hitler etwa die Kreatur der (zum Teil jüdischen) Großindustriellen und Bankiers? Also werden auch Kriege

nur zu Nutz' und Frommen der „Kanonenkönige“ geführt, während brave patriotische Hausfrauen, führende Politiker mit Herz und hilflose Journalisten zuschauen! So einfach macht man sich das! (Doch von den fünf Söhnen Gustav Krupps starben zwei für den Braunaue, einer wurde eingesperrt, einer schwer verwundet, ein weiterer kam sehr spät aus der sowjetischen Gefangenschaft zurück, nachdem er drei Jahre in Einzelhaft war.) (Kühnelt-Leddihn 1985: 164)

Die Kriegsfinanzierung spielt wohl doch eine größere Rolle als Kühnelt-Leddihn dachte, sie entscheidet über die Tiefe und Länge der Kriege, deren Ursachen liegen aber gewiß eher anderswo. Wer versucht, durch Geld zu schaffen, wofür der Geist nicht reicht, hebt meist nur Finanzlöcher aus. Entscheidend ist eben, wo und wie man das Geld einsetzt – wer die richtigen Hebelmomente findet, dem strömt oft auch das Geld zu; doch Geld alleine ist blind. In den USA unterlag eben ein Kandidat, der von Goldman Sachs & Konsorten reichlich mit Mitteln ausgestattet war; und in Österreich bewies Frank Stronach, daß Geld

alleine wenig ausrichten kann. Oder genauer: Es richtet wohl etwas aus, aber selten nachhaltig. Jeder kann Geld ausgeben und Resultate vorweisen. Die Kunst, mit Geld nachhaltig etwas aufzubauen, dessen Resultate nicht bloß im Konsum des Aufgewandten bestehen, ist jedoch rar – nämlich Unternehmertum. Financiers scheuen das Risiko, daher fließt fremdes Geld meist erst, wenn man es nicht mehr nötig hat. Von außen sieht dann nach Kausalität aus, was bloß Korrelation war. Bei Hitler sehen viele die Financiers aus Industrie und Bankenwelt und machen sich darauf einen Reim. Doch der größte Teil seiner Finanzmittel stammte von einfachen Parteimitgliedern. Wer über Zeitgeistgespür und Organisationsgeschick Mehrheiten erreicht, gelangt letztlich an die größte denkbare Finanzquelle: den Staat. Financiers bieten da mit, um später am Staatstrog nicht zu kurz zu kommen – das bedeutet noch lange nicht, dass sie Urheber solcher Massenbewegungen sind. Doch bevor wir uns wieder Hitler widmen – dem allgegenwärtigen Symbol des 20. Jahrhunderts –,

möchte ich noch einmal zurückgreifen.

Krieg im Orient

Kühnelt-Leddihn formulierte bedenkenswerte Thesen zum Ausbruch und zur globalen Ausweitung des Ersten Weltkriegs. Er meint, daß der Ton des österreichischen Ultimatums an Serbien zwar scharf gewesen wäre, aber die meisten Mächte Serbien zur Annahme bewogen hätten. Das Verständnis für die österreichischen Interessen und eine Strafaktion gegen den serbischen Staatsterrorismus sei relativ groß gewesen. Die Eskalation erfolgte dann aber zwischen Rußland und dem Deutschen Reich:

Und höchstwahrscheinlich wäre aus der militärischen Aktion Österreichs kein Weltkrieg geworden, wenn nicht der Unverstand und die Verantwortungslosigkeit zweier Männer ihn vom Zaune gebrochen hätten. Und das geschah folgendermaßen: Da Österreich-Ungarn gegen Serbien mobilisierte, hatte Rußland nach internationaler Gepflogenheit das Recht, an den Grenzen seines aufgerüsteten Nachbarn auch seine Truppen zu mobilisieren. Das tat man aber nicht nur

an den Grenzen der Donaumonarchie, sondern auch in den am Deutschen Reich anliegenden Bezirken. Darauf telegraphierte Wilhelm II. seinem Freund „Nicki“, daß er dies als einen äußerst unfreundlichen Akt betrachte. Der russische Kaiser ließ daraufhin seinen Kriegsminister Suchomlinow und den Chef des Generalstabs Januschkjewitsch rufen, die ihm diese Anschuldigung des deutschen Kaisers bestätigten. „Wir haben nur Pläne für eine totale Mobilmachung im ganzen Westen, da doch das Deutsche Reich mit Österreich verbündet ist!“ Nikolaus war baß erstaunt, wenn nicht entrüstet, befahl sofort, an den deutschen Grenzen zu demobilisieren und benachrichtigte darüber seinen „Vetter Willy“. Doch dieser erfuhr sehr bald, daß die Mobilisierung an seiner Ostgrenze weiterging, und dies teilte er in einem weiteren Telegramm dem russischen Kaiser mit. Dieser rief wieder Suchomlinow und Januschkjewitsch zu sich, und die beiden bestanden darauf – lügend! –, daß die Aktion an der deutschen Grenze abgebrochen war. Nikolaus telegraphierte nun Wilhelm, daß seine Informationen falsch sein müssen, denn die Demobilisierung sei durchgeführt worden. Neuerliche Meldungen aus dem Osten bestätigten jedoch den russischen Auf-

marsch: Wilhelm war nun überzeugt, daß ihn sein Vetter anlog, und um einem massiven russischen Angriff zuvorzukommen, erklärte er nun Rußland den Krieg. (Kühnelt-Leddihn 1985: 166f)

Warum aber herrschte bei einigen Russen solche Kriegswut gegen Deutschland? Dazu verwies ich schon in den letzten Scholien auf den Nahen Osten. Die Geschehnisse dort reichen weiter zurück, als wir in unserer geschichtsvergessenen Zeit vermuten, und stehen in engem Zusammenhang mit der radikalen kriegерischen Umformung der Welt im letzten Jahrhundert. Österreich stand von Anfang an im Zentrum dieses weltpolitischen Dramas.

Die Russen drängten nach Süden, als das osmanische Reich Schwäche zeigte, einerseits um sich als Schutzmacht der Slawen zu behaupten, andererseits mit dem Fernziel einer Eroberung des alten Byzanz, dem historischen Zentrum der Orthodoxie. Seit sich Napoleon Ägypten einverleiben wollte, war der Nahe Osten ein Feld europäischer Begehrlichkeiten – als mögliches Kolonialgebiet vor

der Haustüre, in dem großartige Schätze vermutet wurden. Nach Napoleon war in Europa ein unglaublicher Ägypten-Hype ausgebrochen, zumal sich in alte, geheimnisvolle Kulturen allerlei Wunschbilder projizieren lassen. Fortschrittswahn und reaktionäre Sehnsüchte treten meist zeitgleich auf.

Der osmanisch beherrschte Balkan war von einem bunten Völkergemisch bewohnt, das sich für den territorialen Nationalismus der Moderne schlecht eignete. Dennoch begann hier der Wahnsinn des Grenzziehens: Das Zeitalter des Lineals wurde eingeläutet. Kühnelt-Leddihn beschreibt, wie die Neuordnung des osmanischen Reichs zur Verbitterung der Russen über die Deutschen führte:

Die Russen diktierten dann den Frieden von San Stefano (einem Vorort von Konstantinopel), der praktisch das Ende der türkischen Herrschaft am Balkan bedeutete. Ein Großbulgarien, in dem alle Bulgaren vereint waren, sollte entstehen. Das aber brachte die Großmächte auf den Plan. Bismarck trat im Kongreß von Berlin (1878) als „ehrlicher Makler“ auf, und

Rußland, das in Europa lediglich Südbessarabien zurückgewann, durfte zwei türkisch-armenische Kreise, Kars und Ardahan, annektieren. Doch da man in Berlin den Traum eines ethnisch-historischen Bulgariens zerbrach – und zwar nur deswegen, weil man in dem wiedererstandenen Bulgarien eine russische Satrapie vermutete –, steuerte man die neueste Geschichte des Balkans in eine falsche Richtung. Die Serben wurden ausdrücklich ermuntert sich in der Richtung von Saloniki auszudehnen und damit das vorwiegend bulgarische Makedonien einzuheimsen. Serbien erhielt 1878 nicht nur Nisch mit einer gemischten serbisch-bulgarischen Bevölkerung, sondern auch Pirot, das rein bulgarisch war: schon dadurch wurde Serbien auf eine südliche Bahn gelenkt. Doch auch die Donaumonarchie tendierte ein wenig demselben Ziel zu: sie wurde ermächtigt, Bosnien und die Hercegovina mit dem „Sandshak“ Novipazar (zwischen dem erweiterten Serbien und Montenegro) militärisch und auch zivil zu verwalten. Doch die Besetzung dieser drei Gebiete der Türkei mit ihrer großen islamischen Minderheit erwies sich als kein militärischer Spaziergang: Die Moslems wehrten sich bitter, und die christliche Bevölkerung wagte es kaum, den Österrei-

chern zu Hilfe zu kommen. (Kühnelt-Leddihn 1985: 113)

Wien und der Orient

Auch die Österreicher steckten also tief drinnen in der osmanischen Misere. Die Bedeutung Österreichs im Orient ist heute in Vergessenheit geraten. Tatsächlich war Wien lange Zeit eine wichtige Brücke zwischen Orient und Okzident. Der Balkan beginnt in Wien, sagt man. In Wien erfolgt der Übergang zwischen Alpenraum und Balkan: hier treffen die spiegelverkehrten Tiefen alpiner und östlicher Seele zusammen und schaffen die größten Abgründe. Die orientalische Volksmusik und der gesamte dortige Heimatbegriff haben etwas Melancholisches, Beklagendes, wie das jammervolle Schwelgen in süßlichen Erinnerungen, die unerreichbar geworden sind. Die orientalische Seele schwingt zu den Klängen dieser Klagelieder um ein verlorenes Paradies; außen ist sie düster und schwermütig, innen lodert aber noch hell die Flamme einer Urerinnerung, innen ist sie kindlich

und poetisch. Die österreichische Seele hingegen ist genau umgekehrt aufgebaut: außen heiter, innen düster und abgründig. Nur eines haben sie gemeinsam: Beide sind sie besonders tief. Wo nun diese Seelenstrukturen zusammentreffen, sind besondere Abgründe zu erwarten: Darum hatte das alte Wien eine solche Anziehungskraft für philosophische Extreme. Das alte Wien war die Metropole der Selbstmorde und der Psychotherapie, der Neurosen und der Nervosität. Wien liefert die melancholische Talseite zu den fidelen Bergspitzen und erinnert mit tröstlicher Heiterkeit daran, dass das Leben eine ernsthafte Angelegenheit ist, die man aber nicht allzu ernst nehmen darf.

Mein treuer Mitarbeiter Andreas Kramer, der selbst einen guten Teil seines Lebens im Orient verbracht hat, empfahl mir zwei Bücher, die österreichische Spuren im Orient nachzeichnen: Ein älteres des Diplomaten Arthur Breycha-Vauthier, ein jüngeres, umfangreicheres des Historikers Robert-Tarek Fischer, dessen Vorname eine arabisches Mutter vermuten lässt.

Seit dem 16. Jahrhundert verstärkten sich die Kontakte zwischen Österreich und dem Orient – so wurde damals die erste syrische-aramäische Bibel in Wien gedruckt. Die wirtschaftlichen Beziehungen zur Levante nahmen ebenfalls zu, hatten allerdings schon eine ältere Grundlage: Die Donau ist der einzige große Strom Europas, der ostwärts fließt, wodurch Handelsbeziehungen in den Orient naheliegen, wie Helmut Andics in seiner wunderbaren Geschichte der Gründerzeit beschreibt:

Die Lage im Donauraum zwang der Stadt nicht nur die Rolle der Festung auf, sondern bestimmte sie auch dazu, reich zu werden. Hier kreuzten einander die beiden großen europäischen Handelswege: Nordwest-Südost die Donau entlang, zwischen Abendland und Morgenland; und Nord-Süd, die uralte Bernsteinstraße von der Ostsee zum Mittelmeer. Vom Balkan kamen die Viehtransporte für Mitteleuropa stromaufwärts nach Wien. Von Venedig kamen die Levantewaren, seit 1160 der Semmering auch für Schwerfuhwerke passierbar gemacht wurde. Ein Pferdegespann brauchte von Villach bis Wien vierzehn Tage. Auf der Donau kamen die Frachten auf Flößen und

flachen Kähnen. Die größten Schiffe, die Hohenauerkähne, trugen bis 4600 Zentner Ladung. Der Wiener Frachthafen war in Erdberg. Schon der Babenberger Leopold der Glorreiche hatte Wien seine „goldene Stadt“ genannt, wegen der vielen Goldschmiede. (Andics: 22f)

Die große Alternative zum friedlichen Handel ist aber stets das Plündern, ob über Raubzüge oder institutionalisiert (auch das Gold Leopolds war nicht ganz sauber, doch dazu später). So erstaunt es nicht, dass die Osmanen erst dann wieder dem Handel zuneigten, als dem staatlichen Plündern Einhalt geboten wurde und privates Plündern dem Gewaltmonopol zusetzte:

Dass die Pforte nun auch mit den Habsburgern, ihren Hauptgegnern in Europa, im Rahmen eines soliden Friedens gegenseitige Wirtschaftsbeziehungen aufnehmen wollte, war die Konsequenz einer schweren inneren Krise, die vor allem darin begründet lag, dass das Osmanische Reich keine Expansionsmöglichkeiten mehr hatte. Im Süden blockierten die Sahara und die arabischen Wüsten, im Norden und Osten Russland, Persien und das Heilige Römische Reich weitere

groß angelegte Eroberungen. Für den Osmanenstaat, dessen wirtschaftlicher Wohlstand von permanenter territorialer Ausdehnung abhing, war der militärische Stillstand fatal. Da mit dem Ende der Expansion die Anzahl der zur Vergabe von Pfründen geeigneten Bodenflächen stagnierte, ließ die Effizienz des pfründe-feudalistischen Timar-Systems und damit die Basis der osmanischen Schlagkraft nach. Die Verwaltung verkleinerte daraufhin die Militärpfründe und ging zudem dazu über, diese nicht mehr nur an bewährte Soldaten, sondern auch an Zivilisten zu vergeben. Davon demoralisiert, ignorierten immer mehr belehnte Reitersoldaten den Stellungsbefehl, was die Staatsspitze zur Anwerbung teurer Söldnerkontingente zwang. Das Nachlassen der militärischen Stärke ging einher mit Münzverschlechterungen und massiven Preisanstiegen; die Inflation wuchs, ebenso die Korruption. Schließlich wurde die Unzufriedenheit im Reich so stark, dass sich zahllose Soldaten und Bauern aufs Plündern verlegten und es zu schweren Unruhen kam (1595-1610), in deren Verlauf weite Teile Anatoliens der Kontrolle Konstantinopels völlig entglitten. (Fischer: 15)

Karl VI. erklärte 1719 Triest und Fiume zu Frei-

häfen, von denen ausgehend der Orient wirtschaftlich im Wettbewerb mit Venedig erschlossen werden sollte. Freihafen bedeutete kostenloses Anlegen von Handelsschiffen, absolute Handelsfreiheit inklusive Grundstückserwerb vor Ort und Steuerfreiheit bis auf eine pauschale Zollgebühr von einem halben Prozent des Warenwertes. Insbesondere Maria Theresias Orientpolitik war dann von ausgeprägter Friedlichkeit. Sie lehnte Eroberungskriege im Orient ab und wollte um jeden Preis den Frieden an der Donaugrenze bewahren. Dazu war sie an der Stabilität des Osmanischen Reiches interessiert. Diese geopolitische Devise bestimmte dann auch weitgehend die zukünftige österreichische Politik, insbesondere die Metternichs. Diese Haltung Maria Theresias erklärt sich auch dadurch, daß der osmanische Sultan im Österreichischen Erbfolgekrieg neutral blieb. Fischer schreibt:

Nach den bitteren Erfahrungen mit den anderen europäischen Mächten im Österreichischen Erbfolgekrieg wusste sie den defensiven Kurs des Sultanats umso mehr zu schätzen und unterhielt während ihrer

gesamten Herrschaft stabile Beziehungen zum Osmanischen Reich. Auch gegenüber ihrem Sohn wich sie von ihrer Haltung nicht ab. Als Joseph II. an der Seite Russlands einen gewaltigen Eroberungskrieg gegen die Pforte entfesseln wollte, schob sie dem Vorhaben kurzerhand einen Riegel vor (1777) und stellte unmissverständlich fest: „und wenn nicht ein unabwendbares Zusammentreffen unglücklicher Umstände eintritt, bin ich hinlänglich entfernt, um mich jemals zur Teilung des türkischen Reiches herzugeben (und ich hoffe, daß selbst unsere Enkel es nicht außerhalb Europas sehen werden).“ (Fischer: 38)

Maria-Theresien-Taler

Der Verlust von Schlesien an Preußen war ein herber Rückschlag für die Habsburger, denn es handelte sich um die industriell am weitesten entwickelte Region und den Wirtschaftsmotor der Monarchie. Daher war der Druck um so größer, Industrialisierung und Handel massiv auszuweiten, um den Verlust zu kompensieren. 1754 gründete Maria Theresia die K.k. Akademie für Orientalische Sprache, die Vorläuferinstitution der heutigen

Diplomatischen Akademie in Wien, die im sogenannten Theresianum beherbergt ist. Zunächst war es eine Schule zum Studium der drei großen Sprachen des Orients: Persisch, Türkisch und Arabisch. (Griechisch, aramäisch und armenisch verschwanden nach und nach durch „ethnische Säuberungen“.) Durch diese frühe Förderung brachte Österreich die führenden Orientalisten der Welt hervor. Wie die Ausbildung wurde allerdings auch der Fernhandel staatlich gefördert – immerhin befand man sich im Zeitalter des Merkantilismus. Maria Theresia war stark beeinflusst von Schriften wie jener des Kameralisten Philipp Wilhelm von Hörnigk mit dem vielsagenden und barocken Titel: *Oesterreich über alles, wann es nur will. das ist: wohlmeinender Fürschlag, wie mittelst einer wolbestellten Lands-Oeconomie, die Kayserl. Erbland in kurzem über alle andere Staat von Europa zu erheben, und mehr als einiger derselben von denen andern independent zu machen.* Dieser Titel inspirierte übrigens das Deutschlandlied, das also nicht nur die Melodie von den Österreichern gestohlen hätte

– um ein nicht ganz ernst gemeintes Klischee zu bedienen.

Als Bankier des Vertrauens erwählte sich die Kaiserin den Schweizer Johann Fries. Zunächst verwaltete er die britischen Hilfsgelder für Maria Theresias Kriege gegen Preußen. Für seine Dienste revanchierte sich Maria Theresia auf die typisch merkantilistische Weise: Sie

verlieh ihm 1751 taxfrei ein Privilegium zur Textilerzeugung. Er begann mit Barchent, ging aber bald zu Samt und Seide über. Seine erste Fabrik stand in Oberdöbling. Im niederösterreichischen Ort Weissenbach verlegte er sich auf die Metallwarenerzeugung. Dann pachtete er den Vertrieb der k. k. Bergwerksprodukte. Außerdem verhalf er seiner Kaiserin zum einträglichen Orienthandel mit den Maria-Theresien-Talern; er selbst verdiente dabei in zwanzig Jahren ein Million Gulden. Er kaufte Schlösser und Grundherrschaften. Zum Reichsgrafen aufgestiegen, ließ er sich gegenüber der Hofbibliothek ein prunkvolles Palais bauen, das heutige Palais Pallavicini. Als Spekulant, Fabrikant und Grandseigneur nahm er mit seinem Lebensweg den Aufstieg der Ringstraßenbarone im

nächsten Jahrhundert vorweg. (Andics: 29)

Die erwähnten Maria-Theresien-Taler sind ein beachtenswertes Phänomen, das für den Orienthandel und das Bild Österreichs im Orient große Bedeutung haben sollte. Innerhalb von 20 Jahren wurden bereits 20 Millionen Taler in das Osmanische Reich exportiert. Auf Arabisch *Abu-Tair* – „Vater des Vogels“ (nach dem Doppeladler) – und *Riyal nemsauui* – österreichischer Taler – getauft, war er eine unglaubliche Erfolgsgeschichte:

Noch immer ist das Konterfei der großen Kaiserin auf ihren anziehenden, silberhell „klingenden Münzen“ in der arabischen Halbinsel präsent, in Privathorten wie als Schmuck, aber auch als Nebenwährung, insbesondere im Jemen und im benachbarten Südjemen. Selbst in Djeddah, besonders zur Zeit des Hadj, der großen Pilgerfahrt, gibt es kaum einen Wechsler, der auf sich hält, welcher auf seinem Tischchen nicht zumindest eine kleine Säule solcher Taler zur Schau stellen würde. (Breycha-Vauthier: 78)

Zusätzlichen Auftrieb erhielt der Taler dadurch, daß ihn auch französische Kaufleute im Orient

nutzten und daher auch eine Nachfrage nach Talern in Frankreich entstand. Der französische Merkantilismus verbot nämlich den Export eigener Münzen – die klassisch merkantilistische Position: Was das Land nicht verlasse, nähre den Wohlstand vor Ort, so die antiökonomische (Un-) Logik, die auch im heutigem Leistungsbilanzfetisch nachklingt. Der österreichische Merkantilismus war da weiser.

Vielfach wurde gerätselt, warum der Maria-Theresien-Taler im Orient und schließlich auch in Afrika so erfolgreich war. Da die wenigsten Intellektuellen von Ökonomie oder Geld viel verstehen, überwiegen soziologische Deutungen. Die beliebteste These ist, daß die aufgeprägte Monarchin mit ihrem prallen Dekolleté archaischen Schönheitsvorstellungen in idealer Weise entsprochen hätte. Tatsächlich ist der Grund für den Erfolg dieser Münze im Vergleich zu anderen Münzen simpel: Der Maria-Theresien-Taler stellt eine der raren Ausnahmen staatlich geprägter Münzen dar, bei denen das Münzregal nicht mißbraucht wurde.

Der Feingehalt blieb bis heute gleich. Gerade Händlervölker wie die Araber wußten um den Wert stabilen Geldes. Viele meinten, das Vertrauen in die Donaumonarchie, die man keiner imperialistischen Absichten verdächtigte, wäre auf die Münzen übertragen worden. Das Gegenteil ist der Fall: Das ungetrübte, nie enttäuschte Vertrauen in die Münzen hat dem Ruf Österreichs im Orient viel Gewinn eingetragen. Leider weiß man das, wie so vieles, heute in Österreich nicht mehr. Fischer bestätigt die ökonomische Vermutung:

In den südöstlichen Mittelmeerprovinzen des Osmanischen Reiches, vor allem aber auf der arabischen Halbinsel, wusste man den konstanten Feingehalt der österreichischen Silbergeldstücke so sehr zu schätzen, dass sie die wenig angesehene osmanische Währung zusehends aus dem Zahlungsverkehr verdrängte. Um die Wende zum 19. Jahrhundert hatte das Habsburgerreich eine absolute Münzhoheit über den Hedschas und den Jemen gewonnen, ohne dafür Macht im Sinne eines Staates mit kolonialen Bestrebungen eingesetzt oder entsprechende Münzunion-Verträge abgeschlossen zu haben. In Konstantinopel hatte man

mit dieser Entwicklung wenig Freude. Um die osmanische Münzwährung als Zahlungsmittel in den süd-arabischen Ländern durchzusetzen, versuchte die Pforte in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts, die enorme Breitenwirkung der unerwünschten Fremdwährung durch Umlaufhemmnisse und Annahmeverbote in öffentlichen Ämtern einzudämmen. Dem Ansehen der österreichischen Silbermünze war damit jedoch nicht beizukommen. Die osmanischen Zwangsmaßnahmen verpufften ergebnislos und mussten schließlich wieder eingestellt werden. Der Maria-Theresien-Taler blieb im Süden und Westen der arabischen Halbinsel das ausschließliche Zahlungsmittel. Dieser Zustand sollte schließlich sogar das Osmanische Reich überdauern. Die Kunde vom stets gleich bleibenden Feingehalt der österreichischen Silbermünze – nur einmal, im Jahr 1870, kam es anlässlich der Einführung der metrischen Maße und Gewichte in Österreich zu einer Änderung des Feingehaltes – griff von der arabischen Halbinsel schließlich auch auf Ostafrika über, wo die Münze ebenfalls zu unglaublicher Popularität gelangte. Abessinien, das einzige Land Afrikas, das seine Selbstständigkeit gegenüber den europäischen Kolonialmächten bis weit

ins 20. Jahrhundert hinein behaupten konnte, machte die österreichische Münze im frühen 19. Jahrhundert sogar zur offiziellen Landeswährung und hielt an dieser Regelung weit über ein Jahrhundert lang fest. Auch als der Maria-Theresien-Taler in Österreich 1858 außer Kurs gesetzt wurde, tat das seiner Verbreitung keinen Abbruch. Nicht zuletzt ausgelöst durch internationale Krisen, erreichte die Münze aufgrund der enormen Nachfrage im arabischen Raum und in Ostafrika immer wieder Rekordzahlen an Neuprägungen. Als etwa der Import von Baumwolle aus der Neuen Welt infolge des Bürgerkrieges in den Vereinigten Staaten (1861-1865) stark zurückging und die europäische Industrie verstärkt auf Importe aus Ostindien und Ägypten zurückgriff, löste dies einen gewaltigen Prägungsschub aus, so dass in den Jahren 1863 bis 1865 über 7,5 Millionen Geldstücke mit dem Bildnis der habsburgischen Monarchin in den Orient überstellt wurden. Zusätzliche Verbreitung erfuhr der Taler wenige Jahre später, als Großbritannien einen Feldzug gegen Abessinien unternahm, die Versorgung der Truppenverbände vor Ort aber nicht mit dem britischen Sovereign beglichen werden konnte, da sich die Einheimischen oftmals weigerten, diesen

anzunehmen. London sah sich schließlich gezwungen, seine Zahlungen in Maria-Theresien-Talern vorzunehmen und sich mit einem entsprechenden Großauftrag an Österreich zu richten, was zur Folge hatte, dass die Münze im Lauf weniger Monate fünf Millionen Mal geprägt wurde. Es dauerte bis zum Jahr 1960 (!), ehe die österreichische Silbermünze mit dem Abbild der 1780 verstorbenen habsburgischen Monarchin auf der arabischen Halbinsel von neuen nationalen Währungen verdrängt wurde. Summa summarum erreichte der Maria-Theresien-Taler bis zu diesem Zeitpunkt eine Gesamtauflage von über 330 Millionen Stück. (Fischer: 46ff)

Österreichischer Lloyd

Nachdem die Basis für Handel im großen Stil durch allgemeine Zirkulation des Maria-Theresien-Talers aufgebaut war, wurde 1832 als großes staatsnahes Orientunternehmen im Stile der niederländischen Ostindienkompanie der Österreichische Lloyd begründet, der später Dampfschiffe auf festen Kursen von Triest nach Konstantinopel, Alexandria und später bis Schanghai fahren ließ.

Typisch für die merkantilistischen Konzerne ist der „Unternehmer“ als gefeierte und angefeindete, etwas überlebensgroße Gestalt. Leider ist der Unternehmerbegriff seit seinen Anfängen durch besondere Staatsnähe befleckt. Ein typischer „Unternehmer“ der damaligen Zeit war der Initiator des Österreichischen Lloyds: Karl Ludwig Bruck, ein junger Abenteurer vom Niederrhein. Fischer beschreibt seinen Weg:

1821 hatte ihn sein Drang, als Freiwilliger am griechischen Unabhängigkeitskampf teilzunehmen, nach Triest verschlagen. Als die Nachrichten über die Kämpfe in Griechenland seinen Idealen nicht entsprachen, ließ er sich in Triest nieder, das sich in jenen Jahren zum international konkurrenzfähigen Ausfallstor Österreichs zu den Weltmeeren aufschwang. Bruck erkannte die Chancen, die das florierende Schiffshandels- und Versicherungswesen bot und erwies sich bald als visionärer Wirtschaftsplaner: Auf seine Initiative hin gründeten zunächst Ende 1832 mehrere Triestiner Versicherungsgesellschaften eine erfolgreiche Nachrichtenagentur, die Reeder, Versicherungen und Großhändler mit Informationen über

die Anrainerregionen des mediterranen Raumes versorgte und nach britischem Vorbild Lloyd Austriaco beziehungsweise Österreichischer Lloyd hieß. Einen noch größeren Coup landete Bruck mit der Gründung einer Dampfschiffahrtsgesellschaft (1836), die dem Lloyd als zweite Sektion angegliedert wurde und dessen Leitung Bruck übernahm. Die Geschicke der Dampfschiffahrtsgesellschaft gestalteten sich in den ersten Jahren sehr wechselhaft. Das Unternehmen begann zunächst mit einem regelrechten Katapultstart: Im Frühjahr 1837 wurden die ersten Raddampfer in Betrieb genommen, im August 1837 die Linie Triest-Alexandria eröffnet. Ende des Jahres besaß die Gesellschaft bereits zehn Dampfer, drei weitere befanden sich im Bau. Doch dann geriet das neue Unternehmen in Turbulenzen. Die Erträge blieben deutlich hinter den Erwartungen der Direktion zurück, denn die osmanischen Behörden verhängten wegen grassierender Seuchen wiederholt lange Quarantänen über levantinische Hafenstädte. Im Gegensatz zur französischen und auch der neapolitanischen Konkurrenz, die von ihren Regierungen großzügige Subventionen erhielten und quarantänebedingte Fahrtausfälle daher leichter verkrafteten, blieb die Dampfschiffahrt des

Österreichischen Lloyd in seiner Finanzgebarung auf sich allein gestellt und machte im ersten Halbjahr 1838 so hohe Verluste, dass die Linie nach Alexandria vorübergehend wieder eingestellt werden musste. Ein Ersuchen an Metternich, beim Kaiser eine permanente staatliche Subvention zu erwirken, brachte keinen Erfolg. Immerhin aber investierte auf Vermittlung Metternichs Salomon Rothschild, der Gründer des Wiener Zweiges der bekannten Bankiersdynastie, 500.000 Gulden in das Unternehmen. Dank dieser Finanzspritze und einer nach langen Verhandlungen zustande gekommenen Regierungsanleihe überwand der Lloyd die Krise und gelangte durch neue Linien nach Istrien und Dalmatien sowie nach Konstantinopel und Smyrna wieder in die Gewinnzone. [...] Basierend auf einer mit der Regierung in Wien abgeschlossenen Vereinbarung eröffnete der Lloyd 1845 eine regelmäßige Verbindung zwischen Syra und Alexandria. Die Regierung stellte im Gegenzug ein Kriegsschiff zur Verfügung, das auf dieser Linie ebenfalls zum Einsatz kam. 1847 investierte man eineinhalb Millionen Gulden in den Bau neuer Schiffe, 1848 kam es zur Herstellung einer regelmäßigen Verbindung nach Alexandria mit den beiden neuen Schif-

fen Italia und Germania. Aufgrund der Schlüsselposition Ägyptens im Fernhandel mit Indien erfolgte überdies die Einrichtung eines Postdienstes, der nilaufwärts nach Kairo und von dort durch die Wüste nach Suez führte, wo die Weiterbeförderung der Post nach Indien von einer britischen Schifffahrtsgesellschaft übernommen wurde. Während sich der Aktionsradius des österreichischen Lloyd in der Levante sukzessive ausdehnte, sah sich Karl Ludwig Bruck mit einer neuen Herausforderung konfrontiert. Mittlerweile hatte sich seine Reputation als herausragender Wirtschaftslenker so sehr verbreitet, dass der Ruf der Politik an ihn erging. Als Fürst Felix Schwarzenberg im Oktober 1848 zum Ministerpräsidenten des postrevolutionären Österreich avancierte, bot er dem Gründer des Österreichischen Lloyd die Leitung des Handelsministeriums an. Bruck willigte ein. Im Lauf der folgenden Jahre sollte er in dieser Funktion ebenfalls entscheidende Impulse zur Expansion des österreichischen Außenhandels setzen, auch und gerade im Hinblick auf die Levante. (Fischer: 126f)

Für Liberale unangenehm und deshalb gerne übersehen ist die enge Verflechtung des frühen Unter-

nehmertums mit staatlicher Privilegierung. Doch im Fernhandel spielten eben auch andere Staaten groß mit, und wie das Beispiel des Österreichischen Lloyds zeigt, ist es sehr schwierig in einem derart verzerrten Wettbewerb ohne Privilegien mithalten zu können. Wer auf staatliche Unterstützung angewiesen ist, verhält sich allerdings auch bald untertänig. Große Worte werden dann gewälzt, wie jene, die der erste Verwaltungsrat des Unternehmens an die Regierung richtete:

„Wenn je eine Unternehmung aus reinem Eifer für das allgemein Beste vorgeschlagen und mit Uneigennützigkeit von den Beitretenden unterstützt wurde, so ist dies unsere Dampfschiffahrtsgesellschaft.“ (Brycha-Vauthier: 94)

Die Vertreter des Österreichischen Lloyd traten im Orient wie Gesandte der österreichisch-ungarischen Monarchie auf. Die Pünktlichkeit der Dienste führte zu einigem Ansehen, und nach und nach übernahm das Unternehmen einen immer größeren Teil des Postverkehrs – auch für nicht-österreichische Kundschaft. Das türkische Postwe-

sen war schon früh österreichisch dominiert; bereits seit 1718 gab es einen regelmäßigen Kurierdienst der Botschaft in Konstantinopel, der später auf andere Städte ausgedehnt und ab 1837 dem Österreichischen Lloyd anvertraut wurde. Seit 1882 übernahm dieser auch Geldsendungen. Gegen Ende des Jahrhunderts jedoch wurde offensichtlich, daß der Lloyd die Entwicklung jedes typischen Staatsbetriebs nehmen würde. Die Abhängigkeit von staatlicher Energie (Geld, Kontakten, Privilegien, Schutz etc.) wirkt stets wie eine Droge – sie läßt nach immer höheren Dosen gieren und den Organismus erschlaffen:

In hohem Maß vom Staat kontrolliert und subventioniert, hatte es seinen privatwirtschaftlichen Charakter und die daraus resultierende Energie weitgehend eingebüßt. Allzu oft unterhielt der Lloyd lediglich vom Staat vertraglich auferlegte Verkehrsverbindungen; zudem beeinträchtigte ein komplizierter und teurer Verwaltungsapparat dessen Handlungsfähigkeit erheblich. Selbst heimische Experten mussten unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg eingestehen, dass der

Österreichische Lloyd dringend reformbedürftig war, wollte er seinen vormals exzellenten Ruf wiedergewinnen. (Fischer: 237)

Metternich war stets Förderer des Lloyds, und so ist sein Interesse verständlich, das Osmanische Reich stabil zu halten. Doch sein Interesse hatte, wie schon bei Maria Theresia, nicht primär wirtschaftliche Gründe – ganz nach Kühnelt-Leddihns These überwogen letztlich die politischen. Metternich ahnte, daß eine Auflösung des Osmanischen Reiches aufgrund der konkurrierenden Begehrlichkeiten der europäischen Mächte zu einem großen Krieg führen würde. So sehr der Ruf Metternichs auch ramponiert ist, so sehr muß man ihm doch zugute halten, daß der Kern seiner Politik und sein Lebenswerk war, es nicht zu einem Weltkrieg kommen zu lassen. Dabei zeigte er prophetische Voraussicht.

Ägypten

In Ägypten hatte der albanische Krieger Muhammad (oder türkisch: Mehmet) Ali als Va-

sall der Osmanen die Macht übernommen. Er erwies sich als ein tüchtigerer und wesentlich fortschrittlicherer Despot als der Sultan in Konstantinopel. Während der Rest des Reiches stagnierte, zeigte Ägypten eine rasante Entwicklung. Merkantilistische Wirtschaftspolitik „funktioniert“ durchaus, wenn man die gesellschaftlichen Folgeschäden vernachlässigt und sich auf die Wirtschaftsdaten konzentriert. Das sollten später auch die asiatischen „Tigerstaaten“ demonstrieren. Bereits nach 15 Jahren des von Muhammad Ali initiierten Industrialisierungsprogramms waren 29 Spinnereien und Webereien, zwölf Färbereien, eine Fez-Fabrik, 20 Waffen- und Munitionsfabriken, eine große Werft in Alexandria, vier Reisschälereien, drei Zuckerraffinerien und eine Druckerei entstanden. Mitte der 1830er-Jahre hatte Ägypten bereits nahezu mit europäischen Staaten gleichgezogen, der Wert des ägyptischen Außenhandels pro Kopf entsprach jenem Frankreichs.

Die Gewinne der Staatsunternehmen „investierte“ Muhammad Ali in die Rüstung. 1838 hatte er mit

einem Aufgebot von 157.000 Soldaten eine der größten Armeen seiner Zeit geschaffen. Der Sultan wollte diese Bedrohung früh ausschalten und sicherte sich daher russische Militärhilfe. Diese ließen sich die Russen teuer bezahlen, obwohl die Hilfe letztlich gar nicht genutzt wurde: Der deutlich unterlegene Sultan zog den Schwanz ein und hoffte auf eine gütliche Einigung mit dem renitenten Vasallen. Im Abkommen von Unkiar-Skelessi wurden den Russen zahlreiche Vorrechte vom Sultan zugestanden. Dadurch drohte das Mächtegleichgewicht zu kippen und ein Weltkrieg auszubrechen (bereits 1833!). Fischer schildert Metternichs politische Rettungsversuche:

Für Metternich stellte das Abkommen von Unkiar-Skelessi eine böse Überraschung dar. Nachdem es ihm gelungen war, die seit 1825 gründlich abgekühlten Beziehungen mit St. Petersburg durch einige versöhnliche Gesten zu verbessern, hatte er darauf gesetzt, dass Nikolaus I. die Prinzipien der Heiligen Allianz wieder achten und sich gegenüber der Pforte Zurückhaltung auferlegen würde. Stattdessen war nun alles

das eingetreten, was er hatte verhindern wollen: Russland gewann durch die Erlangung der hegemonialen Stellung über die Pforte ein strategisches Übergewicht in Europa, Muhammad Ali war mächtiger denn je und das Osmanische Reich bildete nur noch einen Rumpfstaat, der kaum mehr als Eckpfeiler des europäischen Gleichgewichts betrachtet werden konnte. Einen Hoffnungsschimmer gab es dennoch. Durch den Aufmarsch am Bosphorus hatte der Zar die Toleranzgrenze Großbritanniens und Frankreichs, die die Existenz des Osmanischen Reiches sichern wollten, weit überschritten. Die am Höhepunkt der Krise um Griechenland geschlossene Tripleallianz von 1826/27 war zerbrochen, die Isolation Österreichs gehörte der Vergangenheit an. Metternich, nun wieder mit einem weitreichenderen Handlungsspielraum ausgestattet, war entschlossen, dem Zarenreich nicht die alleinige Kontrolle über die osmanischen Angelegenheiten zu überlassen. Da die Pforte über ihre Geschicke offensichtlich nicht mehr selbst bestimmen konnte, entwickelte der österreichische Staatskanzler den Plan, die russische Schutzherrschaft über das Sultanat durch ein gemeinsames Protektorat Frankreichs, Großbritanniens, Russlands und Österreichs zu ersetzen. Die Ge-

legenheit, diesem Ziel einen großen Schritt näherzukommen, bot sich rasch. Als die Monarchen Österreichs, Preußens und Russlands im September 1833 im böhmischen Städtchen Münchengrätz zusammentrafen, wurde deutlich, dass der Zar eine Annäherung zu Österreich suchte. Äußerst beunruhigt durch die politische Lage in Frankreich, den Sturz der Bourbonnen 1830 und die Thronbesteigung des Bürgerkönigs Louis Philippe (1830-1848), strebte Nikolaus I. einen Schulterschluss mit Österreich und Preußen, den beiden anderen konservativen Großmächten Kontinentaleuropas, an. Für Metternich war dies eine willkommene Gelegenheit, in der Orientalischen Frage wieder an Boden zu gewinnen. Im Zuge der Gespräche von Münchengrätz gelang es ihm, Russland auf die Erhaltung des Osmanischen Reiches einzuschwören. Zudem erklärte sich St. Petersburg bereit, im Falle eines neuerlichen ägyptischen Angriffs gegen den Sultan nicht wieder auf eigene Faust, sondern gemeinsam mit Österreich vorzugehen. Damit war der diplomatische Rückschlag von Unkiar-Skelessi teilweise wieder wettgemacht und der Grundstein zu einer erfolgreicheren österreichischen Nahostpolitik gelegt. (Fischer: 85)

Nun versuchte Muhammad Ali Wirtschaftsinteressen gegen politische Interessen auszuspielen. Er bot Österreich einseitig günstigere Handelskonditionen an und hoffte dadurch, einerseits die Mächte zu entzweien, andererseits die politische Unterstützung Österreichs zu erlangen. Der gesamte Baumwolllexport aus Ägypten wurde über Triest abgewickelt, nun sollten auch alle anderen Produkte ausschließlich über Triest gehandelt werden.

Textilindustrie

Damals lagerten in Triest bis zu 6000 Tonnen ägyptische Baumwolle. Der Zugang zu billiger Baumwolle hatte bereits zum Florieren der österreichischen Textilindustrie geführt, die leider mittlerweile praktisch völlig verschwunden ist: Heute sind aufgrund des asiatischen Merkantilismus die fertigen Textilien teilweise billiger als die Rohstoffe – eine wirtschaftliche Absurdität. Die österreichische Textilindustrie, die sich im 18. Jahrhundert entwickelte hatte, begann nach dem Zustrom

günstiger Rohstoffe aus dem Orient jedenfalls zu florieren:

Die Schal-Produktion war eine besondere Wiener Spezialität mit internationalem Ansehen; sie hatte in den vierziger Jahren sogar die französische Konkurrenz überflügelt. Drei große Schalfabriken arbeiteten mit 290 Webstühlen zu drei Vierteln für den Export. Textilproduktion und -Verarbeitung waren ohnehin die am stärksten vertretenen Branchen, logische Folge der Entwicklung Wiens zur eleganten Kaiserstadt des 18. Jahrhunderts. 1837 beispielsweise waren von 24.396 Gewerbebetrieben 1660 auf dem Textilsektor tätig, dazu kamen 1495 Schneiderwerkstätten. Und gerade in der Textilbranche war die industrielle Mechanisierung am leichtesten zu bewerkstelligen. (Fischer: 93)

Der Reichtum vieler Wiener Gründerzeitfamilien entstand in der Textilproduktion. Doch zugleich galten die neuen Textilfabriken als negatives Anschauungsmaterial über den neuen „Kapitalismus“. Hier heuerten die Ärmsten an, in aller Regel Landflüchtige, teilweise Kinder, und arbeiteten 14 Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche. Die

Preise in der Stadt stiegen schneller als die Löhne: Wohnraum war durch allerlei Beschränkungen knapper als Arbeitskräfte, wenngleich in den Vorstädten eine rege Bautätigkeit eingesetzt hatte. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts herrschte noch bittere Armut:

Ein Bündel von Hinterlassenschaftsakten aus dem Jahr 1790 malte das triste Leben armer Leute im Wien dieser Zeit: Fast zwei Drittel starben vermögenslos, wie es in den Akten hieß, wobei schon eine zweite Garnitur Kleidung, mehr als ein Bett, ein Tisch und ein Stuhl als „Vermögen“ galten. 96 Prozent der Tagelöhner, 80 Prozent der Dienstleute, 55 Prozent der Handwerksgesellen und 40 Prozent der Beamten gehörten im Wien von 1790 zu dieser Klasse der Vermögenslosen. So wurde während der Industrialisierungswelle dieser ersten Gründerzeit die „Pauperisierung“ vorwärtsgetrieben, das Absinken der Unterschichten in das Massenelend besitzloser Lohnabhängiger. (Andics: 30f)

Die mit dem Zustrom von Massen aufgekommene Polizei versuchte, für Sittlichkeit zu sorgen. Die diesbezüglichen Vorstellungen verschärften die

Lage aber noch. Die Polizei veranstaltete wahre Treibjagden auf Frauen, die nach Einbruch der Dunkelheit auf den Straßen waren, und auf „Müßiggänger“, außerdem durchkämmte sie die Armenviertel nach unehelichen Paaren, denen die Kinder geraubt wurden. An der Börse schritten diese strengen Sittenwächter, die man damals im Orient wohl verlacht und als typische Beispiele christlicher Doppelmoral angesehen hätte, gegen Kursschwankungen (!) ein. Börsenhändler wurden bei Verdacht eingesperrt.

Kriegsverlängerung

Zurück zu Metternich, den man später immer wieder mit diesen Polizeimethoden assoziieren sollte. Er ließ sich von den wirtschaftlichen Verlockungen Muhammad Alis nicht beirren und beharrte darauf, daß die von diesem besetzten Gebiete Teil des Osmanischen Reiches bleiben mußten. Der Sultan versuchte dieselbe Masche mit England, wo man wirtschaftlichen Kalkülen eher zugetan war. Letztlich geriet es dem Sultan zum

Schaden, doch das Gleichgewicht wackelte wieder bedrohlich. Sultan Mahmut II. bot London im Gegenzug für militärischen Schutz einen äußerst unvorteilhaften Handelsvertrag an, der die Zollsätze für Importe ins Osmanische Reich auf fünf Prozent, jene für Exporte aber auf zwölf Prozent des Warenwertes festlegte – also Merkantilismus verkehrt herum. Bald traten auch andere Staaten, darunter Österreich, diesem Zollabkommen bei. Fischer sieht die Folgen dieses ungleichen Freihandels als negativ für das Osmanische Reich:

Dadurch wurde das Osmanische Reich endgültig zu einem halbkolonialen Staat, der der europäischen Industrie als passiver Absatzmarkt und billiger Rohstofflieferant diente. Muhammad Ali entschied sich in seinem Bestreben, die Gunst der ihm mehrheitlich ablehnend gegenüber stehenden europäischen Mächte zu gewinnen, für eine rückhaltlose Öffnungspolitik. Er gewährte Christen und Juden die rechtliche Gleichstellung mit der muslimischen Bevölkerungsmehrheit. Überdies gestattete er es den westlichen Staaten, Diplomaten und Missionare in das ihnen bislang verschlossen gebliebene Jerusalem zu entsenden,

was bald zu einem regelrechten Wettlauf der Großmächte um Einfluss in der Heiligen Stadt führen sollte. (Fischer: 95)

Ökonomisch ist diese Beurteilung zweifelhaft, der wirtschaftliche Niedergang wurde dadurch kaum beschleunigt, sondern eher noch etwas aufgehalten. Die politische Öffnung zeigte allerdings eine andere, eigentlich theoretisch positive, aber letztlich praktisch verheerende Folge: Der diplomatische und kolonialistische Wettlauf der europäischen Mächte um die orientalischen Christen und Juden begann. Dieser Wettlauf verstärkte nicht nur die Spannungen, die zum Ersten Weltkrieg führten, sondern ist auch für ein Verständnis der heutigen Verhältnisse im Nahen Osten zentral. Fortan schienen die Christen zunehmend als Auslandskolonie verdächtig – eine ähnliche Wahrnehmung, wie sie die Nationalsozialisten gegenüber den Juden hatten, mit ähnlich genozidalen Folgen. Der Völkermord an den Aramäern und Armeniern, sowie die heutige Christenverfolgung (100 Millionen Verfolgte; 80 Prozent aller Men-

schen, die aufgrund ihrer Religion verfolgt werden, sind Christen) fallen aber meist unter den Tisch, weil sie ideologisch nicht so recht ins Konzept passen.

Zurück zu Muhammad Ali: Während es dank Metternichs Initiative gelang, eine Spaltung des Osmanischen Reichs zu verhindern, erkannte Frankreich eine Gelegenheit für geopolitisches Taktieren. Seit Napoleon schielte Frankreich auf Ägypten, und nun bot sich eine Möglichkeit für eine quasi-koloniale Präsenz. Doch auch hier waren es nicht im eigentlichen Sinne wirtschaftliche Interessen, sondern „politische“ – also solche, die mit Meinungsbewirtschaftung zu tun haben. Die Idee eines arabischen Großreichs unter französischem Einfluß fand immer mehr Anklang. Der wachsende arabische Nationalismus lieferte eine gute Vorlage zur Staatsbildung wider die Türken. Frankreich malte sich aus, Schutzmacht der Araber zu werden und dadurch einen abhängigen Staat im Nahen Osten und eine entsprechende Machtbasis zu schaffen. Schon im Libanon hatte

sich Frankreich als Schutzmacht der christlichen Araber gegenüber den Osmanen durchgesetzt, und der Libanon war de facto zu einer französischen Kolonie geworden, was bei Muslimen Angst vor einem Kreuzfahrerstaat weckte.

Muhammad Ali wollte die Gunst dieser Idee für sich nutzen. In Frankreich hatte die Dominanz der „öffentlichen Meinung“ auf die Politik begonnen, die seitdem die Welt im Bann hält. Daher begann Muhammad Ali, die führenden französischen Tageszeitungen zu subventionieren. Diese Strategie hatte Erfolg: Der neue Ministerpräsident Adolphe Thiers lehnte ein gemeinschaftliches Vorgehen Europas ab und forderte für Muhammad Ali neben Ägypten auch die erbliche Herrschaft über Palästina, den Libanon und ganz Syrien. Das hätte ein vom Osmanischen Reich de facto unabhängiges arabisches Großreich geschaffen. Europäische Militärhilfe für den Sultan drohte zu einem Krieg gegen Frankreich zu führen. Fischer beschreibt, wie nahe der Erste Weltkrieg damals war:

Obwohl sich die Dinge im Nahen Osten für die Verbündeten zusehends günstiger entwickelten, zeigte man sich am Wiener Ballhausplatz von Erleichterung weit entfernt, denn in Europa beschwor die Offensive gegen Muhammad Ali das Schreckgespenst eines Krieges zwischen den Großmächten herauf. In Frankreich war nach der Unterzeichnung der Londoner Konvention durch Großbritannien, Österreich, Russland und Preußen ein Sturm nationaler Entrüstung losgebrochen, da man sich übergangen fühlte. Sowohl Louis Philippe als auch Ministerpräsident Thiers stimmten in die aufgeheizte Stimmung der Öffentlichkeit ein, aber während sich der König allzu harter Wortmeldungen enthielt, stieß Thiers zunehmend aggressivere, vor allem gegen den Deutschen Bund gerichtete Drohungen aus. Das wiederum brachte in den deutschen Ländern, wo die Erinnerung an die Kriege Napoleons noch sehr lebendig war, das Blut in Wallung. Metternich registrierte das immer schriller werdende Kriegsgeschrei mit größter Besorgnis. Insbesondere Thiers' Ankündigung, eine Offensive gegen die österreichischen Länder in Italien zu unternehmen, beunruhigte ihn zutiefst. Eingedenk der verheerenden Folgen, die ein Krieg auf der Apenni-

nenhalbinsel für das Habsburgerreich haben konnte, wollte der Staatskanzler Anfang September Muhammad Ali die Statthalterschaft über ganz Syrien auf Lebenszeit zugestehen. Mittlerweile hatten sich die Gemüter jedoch auch in Österreich dermaßen erhitzt, dass Metternichs Kompromissbereitschaft auf massiven innenpolitischen Widerstand stieß. Staats- und Konferenzminister Franz Anton Graf Kolowrat, Mitglied der Staatskonferenz und Metternichs schärfster innenpolitischer Rivale, lehnte Konzessionen an Paris rundweg ab und plädierte energisch dafür, an der bisher vertretenen Linie der Vier Mächte festzuhalten. Die öffentliche Meinung konnte sich für Zugeständnisse an den alten Gegner Frankreich ebenfalls ganz und gar nicht erwärmen. Aus der Sicht Metternichs stellten sich die Perspektiven äußerst düster dar; während sein eigener innen- und außenpolitischer Handlungsspielraum zusehends schwand, schienen die Großmächte 25 Jahre nach der endgültigen Niederlage Napoleons bei Waterloo neuerlich in einen großen europäischen Krieg zu schlittern. (Fischer: 111f)

Widerstand gegen den Fortschritt

Im Libanon entschied sich die Auseinandersetzung: Die Libanesen liefen auf die Seiten Großbritanniens und Österreichs über, und die Ägypter wurden in die Flucht geschlagen. Dieses Überlaufen erstaunte die Franzosen, denn Muhammad Ali und sein Sohn Ibrahim schienen doch „nationale Freiheit“ zu bringen. Ibrahim war in Ägypten aufgewachsen, und angesichts seiner albanischen Wurzeln meinte er, die Sonne hätte seine Seele schon völlig arabisch gebräunt. So verstand sich Ibrahim dann als erster großer arabischer Nationalist und wurde zunächst auch von den Arabern begeistert angenommen, deren antitürkische Resentiments immer größer wurden. Doch wie immer bedeutete die „nationale Befreiung“ und „fortschrittliche Regierung“ letztlich keine Verbesserung gegenüber der „rückschrittlichen Fremdherrschaft“ durch verkommene Monarchen, sondern – was doch ziemlich verblüffend ist – eine Verschlimmerung des Jochs. Muhammad Ali bemühte

sich um eine effektive und straffe Herrschaft, welche die aus seiner Sicht rückständigen Araber ökonomisch und politisch auf Vordermann bringen sollte, wie der griechischstämmige Araber und frühere Sekretär des Jerusalemer Muftis George Antonius in seinem viel beachteten Werk über das Erwachen des arabischen Nationalismus beschreibt:

In der Ausführung der Befehle seines Vaters setzte Ibrahim Maßnahmen, die weit verbreitete Unzufriedenheit erregten. Er zwang neue Steuern auf und führte die Wehrpflicht ein. [...] Umso schlimmer war, daß er als Vorstufe der allgemeinen Soldatenausbildung entschied, die Bevölkerung zu entwaffnen; und in einer Gesellschaft, in der eines Mannes Waffe seine einzige Sicherheit war, wurde das als krönende Provokation wahrgenommen. Revolten brachen im ganzen Land aus, zuerst in Nablus und Hebron, dann im Libanon und in den Regionen östlich des Jordans. Mehrere Monate lang war Ibrahim hauptsächlich damit beschäftigt, den Aufstand niederzuschlagen. Es gelang ihm zwar, die Ordnung für eine Weile aufrecht zu halten, doch er hatte seine gesamte Popularität

eingebüßt und damit das öffentliche Wohlwollen, das er für sich und eine Pläne gewonnen hatte; und als ihn 1840 die europäischen Mächte zwangen, Syrien zu evakuieren, war kaum ein einziger ihm freundlich gesinnter Mensch innerhalb jener Bevölkerung geblieben, die ihn acht Jahre zuvor als Befreier bejubelt hatte. (Antonius: 30f)

Eine weitere „fortschrittliche“ Neuerung, die Ibrahim den Arabern brachte, war ein staatliches Schulsystem. Genauso wie am Kontinent diente es im Wesentlichen zur Erzeugung gleichgeschalteten Kanonenfutters. Es hatte allerdings eine paradoxe positive Folge: Arabische Eltern, die verhindern wollten, daß ihre Kinder für ferne und sinnlose Kriege entführt würden, bauten selbst private Schulen auf, um eine Alternative zu den Staatsschulen zu schaffen und klugen Köpfen Karriere-möglichkeiten abseits des Militärdienstes zu eröffnen.

Österreichische Truppen spielten eine große Rolle bei der Vertreibung der Khediven (so nannte man das von Muhammad Ali begründete Herrscherge-

schlecht) aus Syrien (diese historische Region umfaßt den Libanon). Insbesondere der junge Erzherzog Friedrich zeigte große Tapferkeit und nahm die Zitadelle von Akko und das Kastell von Sidon ein. Das Anbringen der österreichischen Flagge auf der Zitadelle hatte historische Symbolkraft: Der Babenberger Leopold V. hatte Akko während des Dritten Kreuzzuges an der Seite von Richard Löwenherz erobert. Letzterer ließ das angebrachte Banner Leopolds aber sofort entfernen, um den eigenen Führungsanspruch zu markieren. Der beleidigte Babenberger reiste ab. Als Richard Löwenherz bei seiner Rückkehr durch Wien zog, ließ ihn Leopold V. festnehmen und erpreßte das berühmte Lösegeld, das gut investiert wurde und von dem Österreicher noch heute Nutzen ziehen.

Trotz der günstigen militärischen Wendung war die Stimmung in Österreich stark angespannt:

Metternich wollte unter allen Umständen vermeiden, dass der Konflikt um den Nahen Osten in einen europäischen Krieg mündete und regte am 7. Oktober ei-

ne Konferenz der Mächte in Wiesbaden an. Dort könnten, so hoffte Metternich, die Meinungsunterschiede auf friedliche Weise beigelegt werden. Unterdessen zeigte sich aber auch König Louis Philippe äußerst beunruhigt über die Folgen von Thiers' Drohgebärden. Wegen Muhammad Ali einen Krieg gegen die Vier Mächte zu führen, war das Letzte, was er wollte. Durch die Julirevolution des Jahres 1830 an die Macht gekommen, musste der Bürgerkönig damit rechnen, im Fall einer militärischen Niederlage sehr rasch seine Popularität und damit auch seinen Thron zu verlieren. Überdies hatte sich Thiers' starres Krisenkonzept, das darauf basierte, selbst keine Konzessionen zu machen und zu erwarten, dass der Rest Europas seinen Forderungen nachgab, durch das Zusammenrücken der anderen Mächte als erfolglos erwiesen. Am 21. Oktober zog Louis Philippe die Notbremse. Er ließ seinen angriffslustigen Ministerpräsidenten fallen und betraute Nicolas Jean de Dieu Soult mit der Leitung der Regierungsgeschäfte. Neuer Außenminister wurde Francois Guizot, der sich weitaus pragmatischer als Thiers verhielt. In Übereinstimmung mit Louis Philippe brachte er Frankreich wieder auf gemäßigten Kurs, obwohl sich der Bürgerkö-

nig kaum darüber hinwegtäuschen konnte, dass der Rückzieher für Paris eine schwere diplomatische Niederlage darstellte. Die Krise in Europa war vorüber. (Fischer: 114)

Missionare

Es war noch einmal gut gegangen. Muhammad Ali wurde die Erbllichkeit seiner Herrschaft in Ägypten zugestanden. Dafür mußte er seine Flotte auflösen und der Zollvereinbarung des Osmanischen Reichs beitreten. Das Osmanische Reich wiederum mußte sich gänzlich für Europa öffnen. Nichtmuslime und Ausländer erhielten nahezu völlige Autonomie. Eine Welle missionarischer Aktivitäten durch westliche Mächte setzte ein. Schulen, Klöster und Kirchen wurden in großem Stil eröffnet, vor allem in Ägypten, Palästina, dem Libanon und Syrien. Die arabische Sprache, Literatur, Kultur, Bildung und Wissenschaft, bzw. was davon übrig geblieben ist, haben diesen Missionaren, und den von ihnen unterstützten christlichen Arabern unendlich viel zu verdanken – Anerken-

nung gibt es dafür natürlich keine, denn das würde das nationale Selbstbewußtsein kränken.

Eine paradoxe, langfristig verheerende Folge hatte das missionarische Engagement allerdings: Die explizit christlichen Einrichtungen zogen nahezu ausschließlich arabische Christen an. Dadurch trat eine gewisse Entfremdung zwischen Christen und Muslimen auf. An den höheren Schulen und Universitäten ging man bald dazu über, nicht mehr auf Arabisch, sondern in Fremdsprachen (Französisch und Englisch) zu unterrichten. George Antonius schildert diese Entwicklung und ihre Folgen:

Eine der bleibenden Folgen der Entwicklung westlicher Bildung in Syrien für die arabische Nationalbewegung war, daß sie dazu beitrug, die Führung aus christlichen in islamische Hände zu übertragen. Das geschah im Wesentlichen durch ihren indirekten Angriff auf die arabische Sprache als Instrument nationaler Kultur. [...] Das lag einerseits an der bewußten Verfolgung politischer Ziele, die zur Dominanz der jeweiligen Sprache der fremden Mächte führte. Andererseits kam man [...] zum Schluß, daß die schnelle

Einführung der modernen Wissenschaften mit ihrer ungewohnten Terminologie das Vokabular der arabischen Sprache überschritt und die Übersetzung von Lehrbüchern immer schwieriger machte. So reich und flexibel die arabische Sprache auch ist, konnte sie nicht ohne organisierte und nachhaltige Bemühungen von Gelehrten und Lexikographen in geeignetem Maße dem Bedarf nach neuen Wörtern und Formulierungen genügen. Die notwendigen Bemühungen wurden unterlassen und niemals wirklich versucht, und die fremden Ausbilder entschieden, ganz vom Arabisch zu lassen und in europäischen Sprachen zu unterrichten. (Antonius: 93f)

So wurde der arabische Nationalismus bald von seinen christlichen Begründern entfremdet und zu einer islamischen Sache, die schließlich in den Islamismus mündete. Tatsächlich waren die ersten Entdecker des Arabertums, die ersten arabischen Nationalisten in kulturellem Sinne die arabischen Christen. Ibrahim Yazeji, der größte arabische Gelehrte seiner Zeit und libanesischer Christ, Sohn des großen Bibelübersetzers Nasif Yazeji, schuf das erste arabische Nationalgedicht:

Es besang die Errungenschaften der arabischen Rasse, den Ruhm der arabischen Literatur und die Zukunft, welche die Araber für sich schaffen könnten, wenn sie in ihrer Vergangenheit Inspiration suchten. Es prangerte religiöse Entzweiung an, schmähte die Mißregierung, der das Land ausgeliefert war, und rief die Syrer dazu auf, sich zu vereinigen und das türkische Joch abzuschütteln. [...] Das Gedicht zirkulierte weit. Es war zu verräterisch, um es irgendetwas anderem als dem Gedächtnis anzuvertrauen. Doch das Talent der Araber für das Auswendiglernen von Gedichten und für geheime Verschwörungen ist so groß, daß sich das Gedicht von Mund zu Mund [...] durch das gesamte Land verbreitete, ohne jemals seinen Urheber zu verraten. (Antonius: 54)

Allerlei Geheimbünde trugen den neuen Nationalismus weiter. Einer davon hängte eine Weile jede Nacht Plakate in syrischen Städten auf, welche die Araber mit Zitaten aus dem Gedicht von Yazeji gegen das türkische Regime aufhetzten. Die türkischen Beamten folterten wild darauf los, doch die Geheimbündler nahmen ihr Geheimnis in den Tod.

Nach der Entfremdung der Christen vom arabischen Nationalismus wurde er zu einem islamischen Anliegen. Genährt wurde er aber immer noch aus dem Ausland. Der wichtige Bund der „Jungaraber“ entstand durch islamische Studenten in Paris. Das ist typisch für nationalistische Jugendbewegungen, wie auch die späteren Jungtürken. Die Entfremdung von Christen war bei den Jungarabern aber, im Gegensatz zu den Jungtürken, von einer Entfremdung zum Westen begleitet. Das widerspricht keinesfalls der westlichen Prägung und Nahrung: Der große Haß auf den Westen wurde und wird hauptsächlich an westlichen Universitäten unterrichtet – als Antiimperialismus und unter dem Deckmantel anderer Ismen.

Zurück zu den Missionaren: Auch Österreich entwickelte ein großes Engagement in der Region. Religionspolitik war dabei ein Instrument geostrategischer Ziele. Seitdem werden in der islamischen Welt – nicht zu Unrecht – westlicher Imperialismus und Missionierung als sich gegenseitig bedingende Unterjochungsversuche interpretiert. Frank-

reich versuchte, die Maroniten für sich einzunehmen, während Österreich zur Schutzmacht der Melkiten (griechisch-katholische Christen) und der Juden (!) wurde. Während des griechischen Unabhängigkeitskampfes gewannen die mit Rom unierte Katholiken des byzantinischen Ritus die Gunst des Sultans, da sie im Gegensatz zu den Orthodoxen loyal blieben. Der Sultan stellte die byzantinischen Katholiken danach unter seinen persönlichen Schutz, was freilich zu Eifersucht bei den Muslimen führte. Nach und nach waren die Christen an den Sultan gebunden, wie in Europa die Juden an den Kaiser. Im Libanon eskalierte schließlich die wachsende Spannung zwischen den Glaubensgruppen, wie ich es in den Scholien 02/13 ausführlich dargestellt habe. Zunächst wurden die islamischen, ebenso nach Autonomie strebenden Drusen auf die von den Franzosen protegierten Maroniten eifersüchtig. Ein Aufstand gegen die osmanischen Feudalherren richtete sich schließlich gegen die Christen. Ein mörderischer Bürgerkrieg erfasste das Land, es kam zu unzähl-

gen Massakern an den Christen, die als ausländisch finanzierte und indoktrinierte Unterstützungskolonie des Sultans angesehen wurden. In drei Monaten wurden etwa 10.000 Menschen umgebracht, 300 Dörfer, 500 Kirchen, 40 Klöster und 30 Schulen wurden zerstört und 100.000 Menschen in die Flucht getrieben. Bald sprang der Funke der Gewalt auf das nahegelegene Damaskus über:

Dort beobachtete die muslimische Bevölkerung den steigenden Einfluss Europas und den daraus resultierenden Aufstieg der christlichen Minderheiten bereits seit langem mit wachsendem Unmut. Außerdem hatte Sultan Abdülmecit I. auf britischen, französischen und österreichischen Druck am 18. Februar 1856 ein Edikt erlassen, das die 1839 begonnene Reform-Ära vertiefte, die Stellung der Christen im Osmanischen Reich weiter stärkte und Ausländern obendrein die Möglichkeit zum Erwerb von Immobilien bot. Überall das aufgebracht, hatten die muslimischen Bewohner von Nablus in Palästina revoltiert (1856), im Jahr 1858 war es außerdem in Djeddah im Hedschas zu Unruhen gekommen. Nirgends in der arabischen

Welt kochte der Volkszorn aber so hoch wie in Damaskus, jener arabischen Metropole, die dem christlich dominierten Libanon am nächsten lag. Die maronitisch-französische Allianz, die den Libanon wie zu Kreuzfahrerzeiten zu einem christlichen Herrschaftsgebiet zu machen schien, erzürnte die Muslime der Stadt, ebenso der Umstand, dass auch die christliche Minderheit in Syrien durch die intensive europäische Durchdringung einen steilen Aufstieg erlebte. Am meisten irritierte die muslimische Elite von Damaskus die Eröffnung vieler Schulen mit westlichen Unterrichtsplänen, denn diese zogen nicht nur Europäer und arabische Christen, sondern ebenso Familien der muslimischen Oberschicht an, die vom überlegenen westlichen Wissensstand profitieren wollten. Aus Angst, ihre Position als bestimmende Kraft traditioneller Bildung zu verlieren, begannen die geistlichen Rechtsgelehrten das Volk aufzuhetzen, das die übermächtig werdende Konkurrenz der europäisch orientierten Christen ebenfalls fürchtete. Im Gefolge des Bürgerkrieges im Libanon geriet die Situation in Damaskus völlig außer Kontrolle. Im Juli 1860 war die Stimmung in der Stadt so aufgeheizt, dass ein Streit zwischen muslimischen und christlichen Kaufleuten

ausreichte, um die Lage eskalieren zu lassen. Bewaffnet mit Keulen, Stichwaffen und Äxten, drangen Tausende Muslime in das Christenviertel von Damaskus ein und richteten ein Blutbad an. Im Verlauf eines einwöchigen Massakers wurden Tausende arabisches Christen und Europäer ermordet, zahllose abendländische Einrichtungen geplündert und niedergebrannt. (Fischer: 162f)

Schlichtung nach dem Völkermord

Wie ich in den erwähnten Scholien über den Orient aufgezeigt habe, ist dieses Verhalten keineswegs auf die Muslime beschränkt. Der Mechanismus ist überall derselbe: Eine Bevölkerung hat Angst vor der Übermacht von Fremden, über die aufgebauschte Geschichten erzählt werden. Wenn diese Fremden dann aus einer gefühlten Überlegenheit heraus arrogant reagieren, kommt das Faß zum überlaufen. Völkermord geschieht erschreckend oft im Namen der Freiheit. Sobald eine Macht sich den Menschen entfremdet, schwindet die Autorität. Die Masse sucht die „Ihrigen“, die dann Aufstände entfachen können. Zum Völker-

mord kommt es aus einer Wahrnehmung der Bedrängnis und Angst.

Auf die antichristliche Gewalt reagierte der Sultan entschlossen. Er wußte, daß diese eine Einladung für westliche Intervention war, die nun aus humanitären Gründen Terrain gewinnen könnte. In Damaskus wurde ein drakonisches Strafgericht abgehalten: 170 Muslime wurden sofort hingerichtet, zahlreiche Vertreter der Oberschicht exiliert und zwangsrekrutiert. Das vergrößerte natürlich den Haß der islamischen Bevölkerung, die ihre Befürchtungen aufs Neue bestätigt sah. Die osmanischen Behörden ließen nämlich von den örtlichen Christen Listen erstellen, mit allen Drusen, die eine Hinrichtung verdienten. Das nutzten die Christen weidlich aus, um ihre Bedrohung dauerhaft zu minimieren: sie nannten 4.400 Namen. 1.200 davon wurden daraufhin sofort verhaftet und sollten öffentlich hingerichtet werden. Dagegen intervenierte nun der österreichische Generalkonsul in Beirut, Peter Ritter von Weckbecker, heftig. Nach der außenpolitischen Doktrin Österreichs

fürchtete man, daß dadurch der Haß so verschärft würde, die Region in eine Gewaltspirale herunterziehen. Weckbecker forderte ein Maximum von 40 Hinrichtungen, woraufhin der osmanische Außenminister als Kompromiß 181 vorschlug. Man lasse sich das auf der Zunge zergehen! Ein Türke und ein Österreicher verhandelten über das Leben von Muslimen wie auf einem Basar – und der Österreicher plädierte für Schonung. Weckbecker argumentierte, daß die Strafmaßnahme allzu einseitig wäre und den künftigen Frieden gefährden würde:

Immerhin hätten ja nicht nur die Drusen, sondern auch die Maroniten Krieg geführt, und so sei auch zu fragen, „warum nur gegen den einen Stamm und nicht auch gegen den anderen das rächende Strafamt geübt wird“. Außerdem lasse sich ein dauerhafter Friede in der Region ohnehin nicht mit Gewalt erzwingen, meinte der Generalkonsul und fügte hinzu, er sehe nicht ein, „warum gerade nur die Todesstrafe allein als Regression gelten sollte, und glaube, daß Milde das beste Mittel wäre, um ein Aussöhnen zweier Völkerschaften herbeizuführen, welche bestimmt

sind, auf einem kleinen Raum eng zusammen zu wohnen“. (Fischer: 164f)

Dennoch wurde ein Exempel statuiert und für längere Zeit blieb es ruhig, denn die muslimischen Araber trauten sich nicht mehr, es zugleich mit dem Sultan und den Westmächten aufzunehmen. Doch im Stillen gährte der arabische Nationalismus, an dem sich auch Christen rege beteiligten.

Die Franzosen, die schon in Europa das Gift des Nationalismus entfacht hatten, setzten einen weiteren Versuch, um eine Nation aus dem Osmanischen Reich herauszulösen. Nachdem sie schon im Libanon erfolgreich gewesen waren, versuchten sie in Jerusalem und Umgebung einen christlich geführten Staat ausrufen zu lassen.

Auch in Großbritannien wurden Stimmen laut, aus Palästina einen unabhängigen christlichen Staat zu machen. Metternich ahnte wieder die Gefahr. Zwar trat er auch für eine Schutzpolitik der Christen und der heiligen Stätten ein, doch warnte er vor einer politischen Neuordnung des

Nahen Ostens am Reißbrett:

Seiner Ansicht nach würde dies nur die ohnehin schon explosiven Streitereien zwischen den christlichen Gemeinschaften Jerusalems weiter schüren, neue Konflikte zwischen deren Schutzmächten heraufbeschwören und letztlich auch den Frieden in Europa gefährden. Zudem befürchtete Metternich, dass eine christliche Machtübernahme in Palästina einen massiven Aufruhr in der muslimischen Welt zur Folge hätte, da der Islam Jerusalem ja ebenfalls als Heilige Stadt betrachtete. Um dem Szenario einer derart massiven europäischen Expansion im Heiligen Land etwas entgegenzusetzen, entwickelte er ein Alternativkonzept, das einen Verbleib der Region unter osmanischer Herrschaft vorsah. Zur Beruhigung der Christenheit sollte die Pforte ausdrücklich garantieren, die Rechte der christlichen Minderheiten künftig vorbehaltlos zu achten und einen Jerusalem-Beauftragten ernennen, der die heiligen Stätten in enger Kooperation mit den Großmächten verwalten sollte. (Fischer, 173)

Ich bin davon überzeugt, daß Metternich damit die arabischen Christen – zumindest vorüberge-

hend – vor einem noch massiveren Genozid bewahrt hatte. Man stelle sich vor, all der arabische Haß auf Israel wäre den Christen zugerechnet worden.

Österreich verstand sich außerdem als Schutzmacht der Juden in Jerusalem, der 1856 direkt 1.700 palästinensische Juden unterstanden, während nur knapp hundert Christen – die wenigen Melkiten in Jerusalem – alleinigen österreichischen Schutz genossen. Als König von Jerusalem hatte der österreichische Kaiser engsten Bezug zur Region. Anlässlich der Eröffnung des Suezkanals brach Kaiser Franz Joseph zu einer großen Orientreise auf und besuchte auch Jerusalem:

Als Herrscher auch über Muselmanen und Juden besuchte der Kaiser mit gleicher Ehrfurcht deren Heiligtümer und Institutionen. Unter dem heiligen Felsen der Omar-Moschee, in der Grotte, sprach der Mufti auf Befehl des Sultans sein Gebet über ihn. Und in der großen Synagoge, dann in der nach österreichischem Vorbild geschaffenen Laemelschen Schule, die, wie es in der Gründungsurkunde ausdrücklich

heißt, am Geburtstag des Kaisers, dem 18. August 1855, gestiftet worden war, und in dem gleichfalls unter österreichischem Schutz stehenden Rothschild'schen Krankenhaus wurde er dankbarst begrüßt. (Breycha-Vauthier: 57)

Votivkirche und Blasenbauten

Die Wiener Votivkirche wurde übrigens mit libanesischem Zedernholz gebaut (eine Spende des maronitischen Patriarchen) und der Grundstein sollte vom Ölberg stammen:

Die Kaiserreise 1869 – es war dies der erste christliche Kaiser, der Jerusalem seit 600 Jahren besuchte –, omnium imperatorum occidentalium primus, heißt es auf Tautenhayns schöner Medaille, hat das österreichische Ansehen im Heiligen Land gewaltig gehoben. Prunk und Feierlichkeiten hatten zusammen mit der persönlichen Einfachheit des Monarchen dort eine Erinnerung hinterlassen, die auch heute noch bei manchen Nachfahren weiterlebt. Eine Entwicklung war so angebahnt worden, wie sie sein Bruder Maximilian gewünscht haben mag, als er bestimmte, daß der Grundstein zur Wiener Votivkirche am Ölberg

gebrochen werden sollte! (Breycha-Vauthier: 56f)

Die Votivkirche wurde aus Dankbarkeit darüber errichtet, daß der junge Franz Joseph ein Attentat des ungarischen Nationalisten János Libényi überlebt hatte. 300.000 Bürger spendeten freiwillig für den Bau, allerdings subventionierte auch der Wiener Gemeinderat. Die Baukosten wurden ursprünglich mit 1,5 Millionen Gulden beziffert, bei der Fertigstellung im Jahre 1879 kostete die Votivkirche tatsächlich das Doppelte. Hier trat das typische Muster großer Staatsbauten auf. Dieses erklärt sich wider die landläufige Annahme nicht bloß durch den Dilettantismus oder die Korruption der Politiker. Meist sind diese selbst durch die Kostensteigerungen überrascht. Sie sitzen nämlich derselben Illusion auf, wie die breite Bevölkerung. Der wesentliche Grund dafür, daß staatliche Bauten selten die Kostenvoranschläge einhalten können, liegt in der Konjunkturzyklustheorie: Staatliche Projekte sind meist große Projekte, deren Fertigstellung lange Zeiträume in Anspruch nimmt. Je länger die Dauer, desto stärker die zwischen-

zeitliche Inflationierung. Staatsbauten erfolgen zyklisch, sie werden durch Inflationierung finanziert, daher ist es kein Wunder, daß während des Baus die Preise der Produktionsfaktoren in die Höhe geboten werden. Ein kleiner historischer Vergleich:

Die Karlskirche wurde zum Dank für die Errettung von der Pest gebaut. Aus allen Kronländern flossen Spenden. 300.000 Gulden wurden schließlich aufgebracht. An solchen Baukosten lässt sich die Veränderung des Geldwertes ablesen. 130 Jahre später, 1869, kostete die Wiener Oper rund 6 Millionen Gulden. Das Burgtheater, 1888 fertiggestellt, verschlang schon über 8 Millionen. Nach den Bombenschäden des Zweiten Weltkriegs wurden bis 1955 für den Wiederaufbau der Staatsoper 380 Millionen Schilling [= 7,6 Billionen Gulden!] aufgewendet, für das Burgtheater 250 Millionen. (Andics: 27f)

Heute wird schon alleine die Sanierung des Parlaments umgerechnet wohl knapp unter sieben Milliarden Schilling kosten, das entspräche 13 Milliarden Gulden – freilich wütete in der Zwischenzeit

Hyperinflation. Die Verteuerung der Produktionsfaktoren zwischen Beginn und Fertigstellung eines Staatsbaus ist ein Hinweis darauf, sich in der Boomphase des Konjunkturzyklus zu befinden. Dasselbe ist dokumentiert aus der Zeit des Wiener Ringstraßenbaus, die ebenfalls in einer Boomphase erfolgte, jener die im Gründerzeitkrach mündete. Aufgrund der Inflationierung, die mit der Ausweitung der Staatsausgaben stets einhergeht, haben Etatisten ständig den Eindruck, daß alles „kaputtgespart“ wird. Ein typischer Etatist, ökonomisch weitgehend blank, erlebt aus seiner ganz subjektiven Perspektive den Wettlauf zwischen Ausgaben und Teuerung der Faktoren. Daher können die Budgets niemals ausreichen – abgesehen davon, daß es gegen alle Anreize geht, Budgets zu unterschreiten.

Der gesamte Ringstraßenbau war ein typisches Blasenprojekt, nur daß die künstlerische Fertigkeit noch eine weit höhere war als in unseren Tagen. Damals prägten auch noch Baumeister und Handwerker die Ästhetik, nicht „Architekten“ mit

ihren nach Originalität eifernden, narzißtischen Konstruktionen. Die Votivkirche weist den gotischen Stil auf, denn damit wollte das Kaiserhaus nach dem Vormärz Liberalität kommunizieren. Gotisch galt im Gegensatz zum Barock als bürgerlicher Stil – darum ist ja auch das Wiener Rathaus gotisch als Ausdruck heute längst vergessener Bürgerfreiheit durch Selbstverwaltung. Das neue Universitätsgebäude hingegen ist ein Renaissancebau, ebenfalls von höchster Symbolik, die einst zu großem Streit geführt hatte. Um die Stile wurden damals immerhin noch heftige ideologische Debatten geführt.

Sowohl Erzherzog Maximilian, der spätere mexikanische Kaiser von Napoleons Gnaden, als auch Franz Joseph dachten eher liberal. Letzterer las regelmäßig das liberale Fremdenblatt und besprach sich gerne mit Carl Menger, der schließlich der Lehrer seines Sohnes Kronprinz Rudolf werden sollte. Letzterer war allzu liberal, dabei manchmal etwas einfältig. Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Ringstraßenbau

Der Wiener Ringstraßenbau verschlang insgesamt 410 Millionen Gulden, die zu einem großen Teil von Privaten aufgebracht wurden. Allerdings befand sich alles im Gründerzeittaumel, der auf einer künstlichen Inflationsphase beruhte. Daher kam es zu massiven Fehlallokationen: Anstelle von dringend benötigten Bürgerwohnungen, wurden hauptsächlich staatliche und private Prestigebauten, sowie spekulative Zinshäuser mit Luxuswohnungen gebaut, für die in dem Ausmaß kaum Nachfrage bestand. Eine ähnliche Art von Fehlallokation läßt auch heute Wien allorts von Preßluftschlämmern und Kränen brummen, bloß mit weit weniger Bürgertum und weit mehr Staat und Banken. Bürgerliche Blasenprojekte, da auf private Rechnung, behalten weitaus eher ihren Wert, selbst wenn sie teurer werden und weniger einbringen als gedacht. Das beweist gerade die Wiener Ringstraße, die als tatsächlicher Kapitalaufbau bewertet werden könnte, wenn die sozialen und

politischen Folgekosten der Fehlallokation nicht so groß gewesen wären. 300 Quadratmeter große Luxuswohnungen, die leerstehen und dann zu nicht unerheblichem Teil in jüdischer Hand sind, während die breite Masse in der überfüllten Kleinwohnung darbt, zu der man sich mit den Nachbarn ein Waschbecken am Gang zu teilen hatte (die Bassena), geben ein allzu offensichtliches Fanal für populistischen Sozialismus oder Antisemitismus – nach Bebel: Sozialismus für Dumme – ab. Die Wut des Stadtpöbels wurde jedenfalls im Wien des 19. Jahrhunderts immer lauter. Die staatlichen Behörden richteten sich darauf ein und rangen mit dem reichen Bürgertum zäh darum, mehr Platz für militärische Aufbauten und weniger für Luxusimmobilien vorzusehen – denn was nützen alle Zinshäuser, wenn sie dem Pöbel schutzlos ausgeliefert sind? Das Kaiserhaus versuchte damals seine Position durch eine Allianz mit dem vermögenden, eher liberalen Bürgertum zu stärken:

Dass Arsenal und Defensivkaserne, Ringstraße und

Lastenstraße als Truppentransportwege kaum gegen einen militärischen Angreifer von außen gedacht waren, sondern gegen die Unterschichten der eigenen Untertanen, gegen die Masse der Bevölkerung also in den Vorstädten, den Vordörfern und den in die Landschaft hinauswachsenden Industrieorten, das demonstrierte die ganze Problematik des abtretenden Säbelregimes und des nachfolgenden konstitutionellen Liberalismus. Im feudalen und großbürgerlichen Ring rund um den Stephansdom richteten sich Staatsgewalt und Unternehmertum auf die Dauerverteidigung gegen den künftigen Ansturm der Besitzlosen ein. Die Verfassungsexperimente der Jahre 1860 und 1861 waren auf das gleiche Ziel ausgerichtet: ein konstitutionelles Bündnis der Dynastie mit dem Besitzbürgertum. (Andics: 308)

Die Industrialisierung schien immer mehr Pöbel in die Stadt zu locken. Wie ich schon in den letzten Scholien bemerkt habe, liegt hinter diesem Eindruck eine falsch verstandene Kausalität. Tatsächlich war es technischer Fortschritt und unternehmerische Kreativität, welche die Massen nährten. Doch geschaffener Wohlstand alleine erklärt keine

massive Wanderung – schließlich bringt der Handel die Güter zu den Konsumenten. Einerseits löste die Bauernbefreiung, auf die ich gleich noch zu sprechen kommen werde, Strukturen auf dem Land auf. Andererseits erklärt sich der Zustrom in die Stadt durch eine ökonomische Verzerrung, die wie eine schiefe Ebene in Richtung Stadt wirkt: Wien war das Zentrum staatlicher Kreditwirtschaft, was stets einen Cantilloneffekt auslöst. Die Politik ist – wie meist – den durch sie ausgelösten Phänomenen gegenüber ratlos und sehnt nach noch mehr Politik. Zum Glück reagierte Kaiser Franz nicht kategorisch, sondern ästhetisch, was eine gewisse Liberalität zeigt. Die verordneten Verbote würgten die wirtschaftliche Entwicklung nicht ab, sondern verlagerten sie nur – mit durchaus positiven Spätfolgen. Eine unbequeme Lehre für Liberale: Regulierung kann Strukturzerstörungen durch Kreditausweitung eindämmen. Es wurden damals jedenfalls wichtige Entscheidungen für die Wiener Stadtentwicklung gefällt:

1795 wurde die Errichtung neuer Fabriken in Wien

untersagt. Kaiser Franz wollte keine Proletarier in seiner Residenz. Das Misstrauen, das der Kaiser in seinen letzten Lebensjahren gegen die gerade aufkommenden Eisenbahnen hatte, ließ ihn bei allen Fortschrittsgläubigen lange Zeit als Bösewicht vom Dienst erscheinen, als Reaktionär schlechthin, der Österreichs industrielle Entwicklung jahrzehntelang aufgehalten hat. Sein Bauverbot für Fabriken verhinderte auch tatsächlich, dass die frühe Gründerzeit in Wien die Fundamente für spätere Industriegiganten legen konnte. Was ein Jahrhundert hindurch als Versäumnis verurteilt wurde, erweist sich heute als eine jener Ursachen, die das Leben in der Millionenstadt am Ausgang des 20. Jahrhunderts noch einigermaßen human gestalten. Größere Betriebe siedelten sich an der Triesterstraße an, südlich des Wienerbergs. Auch das Wiental war beliebt; da ließen sich die Abwässer gleich in den Fluss leiten. Dass der ganze Abfall dann quer durch die Vorstädte geschwemmt wurde, bis er die Donau erreichte, störte die Fabrikanten nicht. Erst als 1831 eine Choleraepidemie Wien heimsuchte, entschloss man sich zum Bau von Sammelkanälen entlang des Wienflusses. Die Industrialisierung außerhalb der Stadt hatte noch einen Grund: Juden war

der Bodenerwerb im Stadtgebiet verboten, auf dem Lande dagegen nicht nur erlaubt, er wurde sogar gefördert, wenn mit jüdischem Kapital Produktionsstätten entstanden. Die Schwerindustrie lag weit weg, rund um den steirischen Erzberg und rund um die Kohlengruben im böhmisch-mährisch-schlesischen Raum. Wenn es nicht gerade um seine Residenz ging, erwies sich nämlich auch der Kaiser Franz als eifriger Förderer des technischen Fortschritts, und so manches Mitglied des allerhöchsten Hauses betätigte sich als geschäftstüchtiger Großindustrieller. Wien allerdings sollte eine Stadt fleißiger, tüchtiger, untertäniger Handwerksmeister und deren gehorsamer Gesellen bleiben, so wünschte sich's der Kaiser. Und so etablierten sich mehr und mehr kleine Werkstätten in den niederen, oft nur ebenerdigen Häusern innerhalb der Linie. Dort blieben sie, in den Hinterhöfen, dort überlebten sie den Bau neuer, hoher Mietobjekte an der Straßenfront bis in die Gegenwart. Diese kleinen und mittleren Gewerbebetriebe zwischen Ringstraße und Gürtel haben den Weltruf des Wiener Handwerks begründet, und bis heute sind sie die prägenden Faktoren der Wiener Wirtschaft geblieben. [...] Gerade in diesem Jahr 1802 wurde für Wien ein ver-

schärftes Bauverbot erlassen, um das Wachstum der Vorstädte einzudämmen. Der Kaiser wollte die noch unverbauete Landschaft zwischen den einzelnen Vorstädten erhalten. Keine zweite Wienerstadt sollte sich gleich einer Häuserfestung rund um die Basteien schließen. Friedlich idyllische Dörfer, mit Weingärten und Auen dazwischen sollten die Kaiserstadt auf ihrem mächtigen Plateau umgeben. Nur kein Massenquartiere! (Andics: 32ff)

Der dadurch bedingte Unmut der Bürgerschaft sollte wohl später durch die starke Beteiligung am Ringstraßenbau besänftigt werden. Hier durften die vermögenderen Bürger endlich nahezu schrankenlos Geld verdienen. Die privaten Bauherren erhielten 30 Jahre Steuerfreiheit zugesichert, obwohl die damaligen Steuersätze im Vergleich zu heute ohnehin minimal waren. Erst Eugen Böhm von Bawerk hatte eine Einkommenssteuer von fünf Prozent eingeführt – mit einer winzigen, aber extrem effizienten Finanzbehörde. Das war ein staatsökonomischer Geniestreich, aber freilich ein verhängnisvoller Beginn staatlicher Einkom-

menserfassung. Doch der alte Liberalismus war sich seines Bündnisses mit der Krone so sicher, daß der Optimismus überwog, mit hochmotivierten, effizienten und unkorumpierbaren Elitebeamten einen eng beschränkten Nachtwächterstaat führen zu können, der den aufstrebenden Bürgern Schutz und Stabilität bot. Die städtischen Dienste, wie Verkehr, Gasversorgung und Leichenbestattung wurden damals von privaten Gesellschaften betrieben. Das Budget für Stadtpolitik war gering, um 1850 betrug es 1,7 Millionen Gulden und stammte vor allem aus Mietvertragsvergebührung. Erinnern wir uns: Alleine der Bau des Burgtheaters kostete 8 Millionen! Die Bausubstanz Wiens ist also weitgehend privat entstanden. Auch die großen staatlichen Prestigebauten am Ring wurden nicht durch Steuern, sondern durch die Grundstückserlöse der Glacisparzellierung finanziert. Der gesamte Ringstraßenbau war ein Paradebeispiel für die Effizienz und Fähigkeit der damaligen Beamten:

Eine kleine Abteilung des Innenministeriums mit ei-

nem Häuflein mittelmäßig bezahlter Beamter wirkte unermüdlich am größten Projekt der Wiener Stadtgeschichte, und die Aufgabe der Planung wurde ohne Telefon und ohne Schreibmaschine bewältigt. Insgesamt nahm der Fonds bis 1914 über 112,5 Millionen Gulden ein und gab über 102 Millionen aus. Der gesamte Verwaltungsaufwand lag unter 3 Prozent; nicht mehr als 50.000 Gulden jährlich für Gehälter und Bürokosten. In dem halben Jahrhundert seiner Tätigkeit flog beim Fonds kein einziger spektakulärer Fall von Korruption auf. (Andics: 278)

Staatskapitalisten

Kein Wunder, daß die Altliberalen durchaus staatsfreundlich waren, der damalige Staat war ihnen gegenüber auch recht freundlich. Staat und Unternehmer bildeten ein immer engeres Bündnis, um die verspätete Industrialisierung in Österreich nachzuholen. Dem Kaiser stieg die Gründerzeiteuphorie ebenfalls etwas zu Kopf. In der Leopoldstadt regte er einen neuen Stadtteil am Donaukanal an, mit seinem eigenen Denkmal in der Mitte. Er sollte den Namen Franzensstadt tragen.

Darin sollte es neben zahlreichen Kulturbauten vor allem ein mächtiges Geschäftszentrum rund um eine neue Börse geben. Dieses sollte Zentrum des österreichischen Großhandels werden – insbesondere des Handels mit dem Orient, der auch den Kaiser faszinierte. Der regulierte Donaukanal sollte Dampfschiffen die Zufahrt bis in das Stadtzentrum ermöglichen und Wien endlich wieder ans Wasser bringen. Zudem gab es schon damals konkrete Planungen für den Rhein-Main-Donaukanal. In Wien hätte der Schifffahrtsweg von Konstantinopel bis London die Bahnverbindung von der Ostsee zur Adria kreuzen sollen – Wien wäre die unbestrittene Donaumetropole und der wichtigste europäische Verkehrsknotenpunkt geworden. Leider platzte die Blase zuvor. Die Enttäuschung über die Wirtschaft, den Liberalismus und das Kaiserhaus war so groß, daß sich eins nach dem anderen auflöste.

Das liberale Unternehmertum der damaligen Zeit, das großartige Persönlichkeiten hervorbrachte und zweifellos einen Wohlstand erzeugte, von dem wir

noch heute zehren, hatte einen beträchtlichen Schönheitsfehler. Die Unternehmer waren zu „des Sultans Christen“ geworden – oder, in erheblichem Maße ganz buchstäblich, „des Kaisers Juden“. Der thesesianische Merkantilismus hatte eine fortschrittlichere Form gefunden, die nicht mehr bloß Talerflüsse in Tabellen faßte und Warenströme kritisch beäugte und behinderte, sondern in Kategorien von Investitionen und Renditen dachte. Der Staat gewährte nahezu völlige Wirtschaftsfreiheit, aber nur für eine kleine, dadurch loyale Minderheit – die „k. k. privilegierten Großhändler“:

Im wohlgeordneten Beamtenstaat Österreich gab es so gut wie nichts ohne Privilegium von allerhöchster Seite, und die Konzession als Großhändler war die begehrteste von allen. Das Gremium der k. k. priv. Großhändler von Wien repräsentierte einen „exklusiven Klub“, von Kaufleuten, Fabrikanten und Bankiers. In der Praxis ließ das Großhandelsprivilegium jede Art von wirtschaftlicher Tätigkeit zu. Am Vorabend der Revolution von 1848 besaß das Gremium 90 Mit-

glieder, darunter 23 Adelige, und die Wertschätzung dieses Standes war so groß, dass es sogar Stadtpläne gab, die die Comptoirs und Niederlagen der Großhandelshäuser eingezeichnet hatten. An der Spitze stand zu Beginn des 19. Jahrhunderts immer noch das Bankhaus Fries [...]. Da war die Familie Sina [...], Tabakhändler aus Mazedonien. Da waren die Brüder Johann Heinrich und Johann Jakob Geymüller aus Basel [...]. Da war die Familie Honig aus Kuttentplan in Mitteldeutschland, die um die Mitte des 18. Jahrhunderts das österreichische Tabakmonopol gepachtet hatte. Israel Honig war der erste Jude, der von Josef II. geadelt wurde, ohne dass er sich vorher hatte taufen lassen. [...] Und da gab es schließlich den weitverzweigten Clan der Familien Arnstein, Eskeles und Pereira. Ein Arnstein hatte schon 1741 zum Tabakkonsortium des Hauses Honig gehört. Bernhard Eskeles, Sohn eines Wiener Rabbiners, war Finanzberater Josefs II. 1774 wurde das Bankhaus Arnstein & Eskeles gegründet. 1795 erhob Kaiser Franz die beiden Kompagnons in den Adelsstand. Als dritter Teilhaber kam Nathan Arnsteins Schwiegersohn Heinrich Pereira dazu. Die Pereira kamen über die Türkei nach Wien; ein Vorfahre hatte sich zum Finanzberater des

Sultans hochgearbeitet. Die Pereira waren sephardische Juden aus Portugal; der Name war dort sehr häufig. Ein Moses Lopez Pereira, der sich auch Diego d'Aguilar nannte, übersiedelte 1725 als Pächter des Tabakmonopols aus Lissabon nach Wien. Karl VI. erhob ihn 1726 in den Freiherrnstand, Maria Theresia ließ sich von ihm 300.000 Gulden für die Fertigstellung von Schloss Schönbrunn vorstrecken. Pereira gab es auch in Bordeaux; dort nannten sie sich Pereire. Als Eisenbahnindustrielle sollten sie dann auf dem Höhepunkt der Wiener Gründerzeit auch in Österreich eine gewichtige Rolle spielen. [...] wurden die Reichen von damals in eineinhalb Jahrzehnten Napoleonischer Kriege noch reicher. Sie hatten Geld aufgebracht, als Franz die Feldzüge von 1805 und 1809 vorbereitete, und sie hatten wieder Geld aufgebracht, als er nach den Niederlagen von 1805 und 1809 Kontributionen zahlen musste. Sie hatten Kredite verschafft, als der Kaiser Franz wahrhaftig nicht mehr kreditwürdig war; ein riskantes Geschäft, aber die Geldgeber hatten an die Lebenskraft des Hauses Österreich und seiner Monarchie geglaubt, auch als Napoleon den Kontinent beherrschte, und dieser Glaube hatte sich bezahlt gemacht, mit Prozentsätzen und Adels-

titeln. Diese Finanziers der Franzosenkriege waren die Geldriesen der Urzeit im österreichischen Kapitalismus. Die Dinosaurier der Gründerzeit. An der Spitze der Herde zog nun schon der später Größte von allen: Rothschild. Der erste Rothschild tauchte 1808 in Österreich auf; in Prag, als Agent des Kurfürsten Wilhelm von Hessen-Kassel. Dieser Kurfürst war einer der reichsten Europas und der größte Wucherer seiner Zeit zugleich. Bevor Napoleon ihn aus seinem Land vertrieb, lagen fünf Millionen Taler in seiner Kasse, 16 Millionen waren verliehen. Ein großer Teil des Vermögens stammte aus der Erbschaft des kurfürstlichen Herrn Vaters, der seine Landeskin-der als Soldaten in die britischen Kolonien verkauft hatte. [...] Die Rothschild gaben Geld, auch wenn es noch so riskant war, und es war stets riskant, dem Kaiser von Österreich zu borgen. Die Rothschild bestachen; sogar der Hofrat Baron Gentz, Metternichs engster Vertrauter, stand auf ihrer Schmiergeldliste. Sie schmeichelten den Mächtigen, sie waren unterwürfig. Nur eines taten sie nie: ihr Judentum verleugnen. Als Nathan Lionel Rothschild 1847 in das britische Unterhaus gewählt wurde, verzichtete er lieber auf seinen Abgeordnetensitz, als dass er die obligate

christliche Eidesformel ausgesprochen hätte. In Wien ein Jude zu sein, war damals zwar nicht gefährlich, aber auch nicht unbedingt ein Vergnügen. Immer noch galt das Toleranzpatent Josefs II. von 1782. Da es die Zeit aufgeweicht hatte, sah sich die Hofkanzlei 1837 veranlasst, es durch ein Dekret 1837 ausdrücklich in Erinnerung zu rufen. Nur „tolerierten“ Juden, die Schutzgeld bezahlten, war der Aufenthalt in der k. k. Haupt- und Residenzstadt erlaubt. Damals gab es in Wien 197 solcher tolerierter jüdischer Familien mit 4000 Angehörigen. [...] 1820, während der Revolution in Neapel, entschloss Österreich sich zur militärischen Intervention gegen die Rebellen. Der Wiener Rothschild finanzierte das kostspielige Unternehmen. [...] Der Lohn blieb nicht aus. 1822 wurden die Brüder Rothschild in den Freiherrenstand erhoben. (Andics: 40ff)

Oben tauchten die Gebrüder Pereire auf, die ich schon in den letzten Scholien ausführlich diskutierte. Sie sind ebenso typisch für den modernen „Kapitalismus“ wie die Eisenbahn, die zu ihren wichtigsten Projekten zählte. Die Eisenbahn war eine wichtige Voraussetzung für die Massenpro-

duktion, weil sie den schnellen Gütertransport großer Warenmengen über weite Entfernungen ermöglichte. Leider machte sie später auch den Massenkrieg möglich, durch schnelle Verschiebungen der riesigen Wehrpflichtigenarmeen. Darum trafen sich auch bei der Eisenbahn staatliche und unternehmerische Interessen. Zwar wurde die Eisenbahn vorwiegend von privaten Unternehmen gebaut, allerdings nicht durch Privatinvestoren oder Privatbanken finanziert. Staatlich privilegierte Aktienbanken traten auf den Plan. Immerhin gab es ein Minimum an Wettbewerb dadurch, daß das Bankhaus Rothschild mit dem Bankhaus Sina um die staatliche Gunst konkurrierte. Sina setzte sich durch und übernahm die gesamte Südbahn (zur Adria). Die österreichische Nordbahn (nach Rußland) kauften die Brüder Pereire gemeinsam mit Arnstein & Eskeles dem klammen Staat um 77 Millionen Gulden ab. Der Staat hatte in das Streckennetz 94 Millionen investiert. Doch die Rendite war gering, immer mehr Investoren lockte die Staatsanleihenblase. Letztlich konnte man mit

Nichtstun im Konjunkturzyklus risikolose Renditen erwirtschaften, wenn man sich nur an den Staat hielt:

Nach dem ersten stürmischen Anlauf war der Ausbau des Verkehrsnetzes schon im Vormärz ins Stocken geraten. Angesichts der geringen Rendite wollte das Großkapital nicht mehr in das Eisenbahngeschäft einsteigen. Man kaufte lieber Staatsanleihen und ließ den Staat selbst investieren, wie es das Haus Sina praktiziert hatte. So musste der selbst am Rande des Bankrotts dahinlavierende Staat die meisten Privatbahnen übernehmen und die neuen Strecken bauen, nach denen die Militärs riefen. (Andics: 235)

Ein Teil der österreichischen „Kapitalisten“ waren also privilegierte Großhändler und Bankiers mehrheitlich jüdischer Herkunft. Ein anderer Teil waren heimische Großgrundbesitzer, die durch liberale Politik gerade einen Geldsegen erlangt hatten: Im Zuge der „Bauernbefreiung“, also der Aufhebung der Grundherrschaften, war es zur Grundentlastung gekommen. So bezeichnete man Ablösesummen, welche die einstigen Grundherren

zugesprochen bekamen:

Sie wird heute noch als „größte Eigentumsverschiebung, die Österreich jemals erlebte“, gewertet. Allein in Niederösterreich — und dazu gehörte auch Wien — amtierten die Bezirkskommissionen von 1850 bis 1853, um die Ansprüche von 2.645 Grundherren an die 285.146 bis dahin grunduntertänigen Bauern zu regeln. Dabei wurde die durchschnittliche jährliche Arbeitsleistung der Bauern für die Grundherren mit 2,8 Millionen Gulden errechnet. Als Entschädigung erhielt der Grundherr 20 Jahresleistungen. Für die ganze Monarchie kam diese Berechnung auf 520 Millionen Gulden, für die österreichische Hälfte des Kaiserstaats allein auf 290 Millionen. Was diese Beträge in einzelnen Fällen bedeuteten, lässt sich an der Familie Schwarzenberg ermessen, deren Bevollmächtigter Johann Adolph ebenfalls zum Fürstenberg-Konsortium der Bankgründer gehörte. Die Schwarzenberg bekamen 1,87 Millionen zugesprochen. „Erst jetzt ist das freie Privateigentum an Grund und Boden hergestellt, erst jetzt kann sich die kapitalistische Wirtschaft frei entfalten“, konstatierte später Karl Renner. [...] Die Grundherren wurden nunmehr agrarische Großproduzenten und zugleich Finanziers weiterer

Industrie Gründungen. Dabei existierten die Millionen, mit denen jongliert wurde, sehr oft und sehr lange nur auf dem Papier. Weder der Staat noch die Bauern besaßen die 520 Millionen in bar. Entschädigt wurde mit Obligationen, bei $4\frac{1}{2}$ Prozent Jahresverzinsung. Eingelöst wurden die Obligationen durch jährliche Verlosung. Die letzten Tilgungen erfolgten 1898. Um auf dieser Basis eine Aktienbank zu gründen, die die Krisen eines Jahrhunderts überstehen konnte, dazu war schon ein Mann wie Rothschild nötig. (Andics: 235f)

Durch diese Grundentlastung, die viele Bauern in die Verschuldung trieb, floß Geld aus allen Teilen der Monarchie nach Wien, was wohl eine der Grundlagen für den Gründerzeitboom war. Auf der Grundlage all dieser Gelder und Geldansprüche konnte eine Kreditblase entstehen. Wie jede Blase vergrößerte auch diese die Gegensätze. Nicht nur der „Kapitalismus“ wuchs, sondern auch der „Antikapitalismus“.

Sozialismus der Reichen

Schon 1840, vor der Grundentlastung, hatte ein Tiroler Adeliger eine anonyme Kampfschrift gegen Metternich verfaßt. Er warf ihm vor, eine Politik für die Bankiers und Fabrikanten und gegen den Großgrundbesitz zu betreiben. Das Buch wurde paradoxerweise zum geheimen Bestseller unter Proletariern. Hier trat eine typische Frontstellung auf, wie ich sie schon für Großbritannien beschrieben habe. Kaiser und Könige vereinen sich in aller Regel mit dem Bürgertum gegen den Adel, der sich wiederum mit der Unterschicht gegen König und Bürgertum vereint. Hier handelt es sich um das typische Muster, daß hinter der antiken Weisheit von den drei politischen Ordnungsmotiven steht: demokratisch – oligarchisch – monarchisch. Ein guter Teil der sozialistischen Literatur geht auf Adelige zurück, die freilich etwas entfesselt, das ihnen noch teuer zu stehen kommen sollte. Der Großgrundbesitzer beschimpfte die neureichen Bürger als Blutsauger, die alles aufkau-

fen und die Mieten in die Höhe treiben würden. Er beklagte sich, daß die Grundbesitzer Grundsteuern zu zahlen hätten, aber die Fabrikanten nur lächerlich geringe Abgaben. Zudem beschuldigte er die Fabrikanten durch ihre Innovationen, die Menschen arbeitslos zu machen. Der typische ökonomische Irrtum der Maschinenstürmer!

Die Zeiten schienen schlechter zu werden, denn die Teuerung brach voll durch. Dazu kamen schlechte Ernten. Bäckerläden wurde geplündert. 1845 konnte bei zwei Dritteln aller Wiener Gewerbetreibenden die Erwerbsteuer nur durch Exekution eingetrieben werden. In Prag wurden Hungerdemonstrationen vom Militär niedergeschlagen. Die Stimmung wurde immer sozialistischer:

In der Hauptstadt kursierten Greuelgeschichten von hungernden Familien, die die eigenen Kinder geschlachtet hätten. Jetzt fuhr auch den konservativen Standesherrn, die sich bis dahin nur für und wider die Grundablöse ereifert hatten, der Schreck in die Glieder. [...] Der Bankier Andreas Freiherr von Stifft brachte im März 1847 die verzweifelte Lage der Ar-

beiterschaft in der hochvornehmen Ständeversammlung zur Sprache, und Moritz Reichsgraf von Fries setzte eine Resolution durch, die für den „arbeitsamsten“ Teil der Bevölkerung Hilfe forderte: „Ausgleichung seines Elends durch den Überfluss begünstigter Klassen.“ Dann ging es geradezu sozialistisch weiter: „Der Gewinn, der sonst der Lohn der Arbeit war, hat sich von ihr losgerissen und ist auf die Mittel übergegangen, die sie in Bewegung setzen.“ (Andics: 97f)

Der Name Fries ist dem aufmerksamen Leser in dieser Ausgabe schon untergekommen. Beim sozialistischen Grafen handelte es sich um den Enkel von Johann Fries, Maria Theresias Bankier. Sein Hintergrund ist typisch sozialistisch: Die meisten Sozialisten waren die Söhne oder Enkel staatlich protektierter Unternehmer, die später im Wettbewerb nicht bestehen konnten. Moritz von Fries lastete Metternich und den neureichen Bürgern den Niedergang seiner Familie an. Tatsächlich war sein Vater ein Verschwender, der zur literarischen Vorlage des „Flottwell“ in Ferdinand Raimunds bekanntem Stück wurde. In diesem findet sich das

Hobellied, das in wunderbarer Weise den Materialismus und die Obsession mit der „Ungleichheit“ seiner Zeit ausdrückt. Man braucht nicht viel Aufhebens um „Umverteilung“ zu machen, denn dem Schicksal kommt man ohnehin nicht aus, ob man nun nach Reichtum strebt, oder ihn anderen neidet:

Da streiten sich die Leut' herum
oft um den Wert des Glücks;
der Eine heißt den Andern dumm,
am End' weiß keiner nix.
Da ist der allerärmste Mann
dem Andern viel zu reich,
das Schicksal setzt den Hobel an
und hobelt alle gleich.

Die Jugend will halt stets mit G'walt
in allem glücklich sein;
doch wird man nur ein bisserl alt,
dann find't man sich schon drein. [...]

Ein Tischler, wenn sein War' gefällt,
hat manche frohe Stund',
das Glück ist doch nicht in der Welt
mit Reichtum bloß im Bund.
Seh' ich soviel zufried'nen Sinn,

da flieht mich alles Weh.
Da leg ich nicht den Hobel hin,
sag nicht der Kunst Adje!
(Raimund: 3. Aufzug, 6. Auftritt)

Bei der kommenden Blasenkorrektur unserer Tage dürfen wir also reichlich etatistischen Nachschub von Bürgersöhnen und -töchtern erwarten, wenn sich die Eltern nicht bald ihrer Verantwortung besinnen. Die weitere Entwicklung rund um krachende Banken, von denen nicht alle aufgefangen werden, tönt aktuell:

Rothschild hätte das Haus Fries retten können, hatte es aber fallenlassen. Bald darauf ging auch das zweite alteingesessene Wiener Bankhaus, Geymüller & Co., in Konkurs. Die alte Garde der Wiener Geldleute trat ab. Die Söhne und Enkel der Firmengründer waren der neuen Zeit nicht gewachsen. An Rothschild blieb der Ruf hängen, die Konkurrenz zu ruinieren. Paris von Senftenberg verdammt die Brüder aus Frankfurt in einem Abschiedsbrief als „herzlose, nur für ihren Geldkasten Sinn habende Leute, die unter dem Schutz Metternichs höchst undankbar“ gehandelt hätten. In Wahrheit kennzeichnete das Schicksal der

alten Firmen die Finanzpolitik im Vormärz. Der Geldhunger des Staates war unersättlich. Die militärische Interventionspolitik Metternichs, gegen neapolitanische Liberale ebenso wie gegen polnische Bauern und syrische Aufständische, verschlang Unsummen. Wo immer sich freiheitlich-nationale Bewegungen regten, war die k. k. Armee zur Stelle, um den Absolutismus zu retten. Radetzkmarsch-Politik, lange bevor Johann Strauß den Radetzkmarsch noch komponiert hatte. Der jeweilige Finanzminister musste die Staatskasse von einer Anleihe zur nächsten auffüllen. Nur noch ein Geldgigant wie Rothschild mit seinen Familienverbindungen nach London und Paris konnte Kredite beschaffen. Die vielen Anleihen fraßen den Kapitalmarkt leer. Die hohe Verzinsung verlockte die Bankiers zum Geschäft mit dem Staat. Auch die Bankkunden kauften lieber Anleihen als irgendwelche ihnen unbekannte Aktien. Daher kam auch, als die Krise in den „Hungrigen Vierzigern“ immer deutlicher wurde, die panische Angst vor einem neuen Staatsbankrott. (Andics: 99)

Die vermeintlichen Fürsprecher der Unterschichten priesen sich als Demokraten, gar als Liberale.

Die revolutionäre Stimmung gegen die alte Ordnung, für die Metternich ein Symbol war, vermengte nationalistische und sozialistische Ideen. Intellektuelle, vorwiegend aus dem höheren Bürgertum und dem Adel, vernetzten sich international. Der Nationalismus war paradoxerweise eine der ersten globalisierten Bewegungen. Erdacht wurde der neue Wahnsinn zum Teil in Wien, organisiert aber in Brüssel:

Die demokratische Bewegung hatte sich nach der Pariser Revolution von 1830 zu organisieren begonnen, zuerst unter den in Frankreich lebenden Deutschen. Was harmlos als Gesangsverein einer Landsmannschaft begann, nahm sehr schnell politische Form an und verlor die enge nationale Geltung. 1834 entstand in Paris der berühmte „Bund der Gerechten“, in der Schweiz wurde gleichzeitig der Klub „Junges Deutschland“ gegründet. Überall dort, wo deutsche Demokraten vor der Polizei ihrer Heimatländer Zuflucht gefunden hatten, organisierten sie sich. Brüssel entwickelte sich zum Zentrum. Nach Brüssel kamen auch der aus Paris ausgewiesene Karl Marx und aus London Friedrich Engels. Hier formierten sie 1846 in

der Gastwirtschaft „Zum Schwan“ das „Kommunistische Korrespondenz-Komitee“. Zwei Generationen später sollte dann Wladimir Iljitsch Lenin, ebenfalls in Brüssel, im Gasthof zum „Goldenen Hahn“ die Bolschewiki formieren. Im Juni 1847 trafen einander schließlich Vertreter einzelner Geheimbünde zum Gründungskongress des „Bundes der Kommunisten“ in London. Marx und Engels übernahmen die Aufgabe, ein Parteiprogramm auszuarbeiten. Das spätere „Kommunistische Manifest“. Deutsche Demokraten, französische Sozialisten, russische Anarchisten bevölkerten die Szene. Hochschulprofessoren und halbgebildete Handwerksgesellen, relegierte Lehrer und entlassene Beamte, von der Zensur vertriebene Schriftsteller und Journalisten. Die meisten von ihnen lebten in bitterer Armut. Sie brachten sich mit Gelegenheitsarbeiten durch, schrieben Broschüren, die gleich nach dem Erscheinen verboten wurden, verfassten Artikel für Zeitungen mit Kleinstauflagen, müde von der täglichen Berufsarbeit, erschöpft von nächtelangen Diskussionen, von der Polizei gehetzt, führten sie ein erbärmliches Leben, flammend in der Begeisterung für eine bessere Zukunft. (Andics: 84ff)

Politische Eschatologie

Heute ist Wien kein intellektuelles Zentrum mehr, auch nicht für Wahnideen, aber Brüssel wieder eine Hochburg für die Organisation eschatologischer Politik. Ich nutze das Wort von Erik Voegelin, um damit den gemeinsamen Nenner von Nationalismus, Internationalismus und Sozialismus zu bezeichnen. Eschatologie bedeutet Lehre von der Endzeit. Es geht also um politische Versuche irdischer Erlösung, um Heilsversprechen, oder in der schwierigen, aber sehr präzisen Sprache von Voegelin um die „Immanentisierung des Eschatons“. Damit die Sache für den Leser klarer wird und weil dies für das weitere Verständnis nicht unwesentlich ist, möchte ich noch einmal den großen Voegelin ausführlich zu Wort kommen lassen, wiewohl ich in sein Denken schon in früheren Scholien etwas eingeführt habe:

Die Natur ist ex definitione unveränderlich. Die gnostischen Politiker jedoch wollen die Natur auf eine vorläufig nicht näher geklärte Weise verändern. Insofern

die Absicht, das Unmögliche zu verwirklichen, zum Ziel politischer Aktion gemacht wird, kann das Programm nicht durchgeführt werden; insofern diese Absicht gefaßt wird, verrät sich der seelische Zustand der Menschen, die sie fassen, als ein pneumopathologischer [geisteskrank!]. [...] Gnostiker sind krank am Geiste, aber sie sind nicht dumm; sie wollen Unmögliches, aber sie wissen, was sie wollen. Sie wollen in eine als Wirklichkeit intendierte Traumrealität durchbrechen, aber sie wissen, daß die Traumrealität eine Wirklichkeit anderer Art ist, und daß gerade jene Züge, die das Wesentliche an ihr sind, nicht aus der Erfahrung der normalen Wirklichkeit stammen können. [...] Die vollkommene Lösung ist das Lied der Hitlerjugend: Wir marschieren; wir marschieren in die Zukunft! – denn diese, mit eschatologischer Spannung geladene Formel rührt die Erlösungswünsche tief auf und sagt doch über die Traumrealität, die in geschichtlicher Zeit zu erwarten ist, nichts aus. Die gnostischen Politiker von einigem intellektuellen Rang finden ihre persönlichen Lösungen für die Schwierigkeit je nach Temperament und Gewissenhaftigkeit. Bakunin war der Meinung, daß der geschichtliche Prozeß des Übergangs von der alten zur

neuen Welt einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Die erste Phase der Aktion, die seiner Generation zufalle, bestehe in radikaler Zerstörung des Alten; die Zwangsinstitutionen der alten Welt, die organisierte Staatsmacht und die Bürokratie, müßten vernichtet werden; der Vernichtungsprozeß selbst und die folgende Unordnung würden furchtbare Opfer fordern; aber diese Opfer müßten gebracht werden, damit auf den Trümmern des Alten die nun von verderbenden Einflüssen befreite, in ihrem Wesen gute, menschliche Natur in freier, föderativer Aktion ihr vollkommenes Leben einrichten könne. Wie dieses vollkommene Leben aussehen solle, darüber sei nichts zu sagen, denn wir selbst gehören noch der Generation der Verderbnis an; wir können der Welt zur Vollendung helfen durch Vernichtung des Alten, aber das Wissen um das neue Leben sei der durch unsere Aktion befreiten Generation vorbehalten, die es zu schaffen habe. Bakunin lebte so tief in seinem Glauben an Erlösung durch Aktion, durch den „Einsatz“, wie die nationalsozialistischen Gnostiker den Willen nannten, der nicht sieht, daß er ein Wissen nicht brauchte. [...] Die Traumbilder sind der Ausdruck einer wilden, mit Ressentiments geladenen Herrschsucht [...]. Was

immer sonst im Verlauf einer gnostischen Revolution geschehen möge, sicher ist, daß und daß die Mitglieder der früheren Oberklasse gründlich malträtirt werden. Es handelt sich nicht um die schlimmen Folgen, die unvermeidlich den Unterliegenden in einer gewalttätigen Auseinandersetzung treffen, sondern um die Legitimierung der Gewalttätigkeit als geistiger Strafaktion gegen die Mächte, die dem Licht widerstreben. Die Situation des Unterliegenden ist fürchterlich, weil er nicht politischer Gegner im Kampf um die Macht, sondern, in der Traumphantasie des Gnostikers, kosmischer Gegner im Kampf des Lichtes mit der Finsternis ist. Was an den Vertretern der alten Welt vollzogen wird, ist kosmisches Gericht. Aus dieser pathologischen Traumverzerrung sind die sonst unverständlichen „dialektischen“ Umkehrungen zu verstehen, in denen vor allem Marx ein Meister war. Formeln wie „Unterdrückung der Unterdrücker“ oder „Expropriation der Expropriateure“ sind ethisch-widerspruchsvoll als Forderungen in der Wirklichkeit; in der Traumspekulation dagegen haben sie ihren guten Sinn, weil Unterdrückung und Expropriation, wenn von Gnostikern geübt, Befreiung ist. [...] Über dem bitteren Kampf unserer Zeit zwischen gnosti-

schen Bewegungen und ihren Gegnern, und zwischen den verschiedenen Hemdfarben untereinander, wird allzu leicht vergessen, daß diese Bewegungen nicht aus dem Nichts entspringen, sondern historisch-kausal in den Strom der Wirklichkeit gebunden sind; daß radikaler Puritanismus die folgerechte Weiterentwicklung eines schon korrupten Christentums, und daß Positivismus, Kommunismus und Nationalsozialismus die menschenfressenden Blüten einer korrupten liberalen Gesellschaft sind. [...] In seinen jüngeren Jahren, in der Deutschen Ideologie von 1845/46 beschäftigt sich Marx mit der Erzeugung des „neuen Menschen“ (synonym wurden gebraucht: totaler Mensch, sozialistischer Mensch, Übermensch). Der neue, der verklärte Mensch sollte sich im Erlebnis der revolutionären Aktion zeugen. Für die Massenerzeugung des kommunistischen Bewußtseins sei eine Veränderung des Menschen in der Masse nötig, wie sie nur durch das Erlebnis der Revolution verursacht werden könne. Die Revolution sei daher nicht nur nötig, um die herrschende Klasse zu stürzen, sondern vor allem, um die stürzende Klasse zu jener Höhe zu erheben, auf der sie „den alten Dreck los“ und damit fähig wird, die neue Gesellschaft zu gründen. Diese

seltsame Vorstellung von der Schöpfung des Übermenschen durch revolutionären Bluttausch zeigt, wie nahe verwandt die neueren Gnostiker untereinander sind, auch wenn sie auf der geschichtlichen Szene einander bekämpfen. Der Marxistische Bluttausch gehört dem gleichen Symboltypus an wie die nationalsozialistische Mystik, die durch den geheimnisvollen Chemismus von Blut und Boden den Menschen des Millenniums sich bilden läßt; und in einer Schrift eines deutschen Staatsrechtlers der nationalsozialistischen Periode finden wir, bei Gelegenheit von Betrachtungen über die Brutalitäten des Regimes, in der Tat die gleiche Formel wie bei Marx: „Der Dreck muß heraus!“ [...] Das wahrhaft gefährliche an den heutigen Weltkriegern ist nicht die erdenweite Ausdehnung des Kriegstheaters, sondern ihr Charakter als Kriege zwischen Welten im gnostischen Sinn, die nur mit der Vernichtung der Gegenwelt enden können. (Voegelin: 39ff)

Mitte des 19. Jahrhunderts war es also für kurze Zeit die Devise von der „Demokratie“, unter der gnostische Bewegungen, wie sie Voegelin nennt, firmierten. Freilich gab es genügend realen und

berechtigten Unmut über die Verhältnisse. Doch nicht die vermeintlich Unterdrückten organisierten sich, die waren fleißig damit beschäftigt, am steigenden Wohlstand zu partizipieren. Leisten konnten sich das politische Engagement hauptsächlich Studenten aus begüterttem Haus. In Österreich hielt sich das akademische Proletariat noch in Grenzen, dafür steigerten sich unter Druck stehende Kleinunternehmer in ideologische Verschwörungstheorien hinein:

Österreich wurde nur von den Ausläufern dieser Bewegung erfasst. In der Donaumonarchie fehlten vor allem die vielen kleinen Provinzuniversitäten, die massenweise erfolgshungrige Intellektuelle produzierten. [...] In der Führungsgarnitur der Geheimbündler in Frankreich tauchte als einer der ganz wenigen Österreicher: der Wiener Seidenweber Franz Kargl auf. Kargl, ein wilder Antisemit, führte dann 1848, als Besitzer einer kleinen Weberei auf dem Wiener Seidengrund, seinen Feldzug gegen die jüdischen Textilfabrikanten. (Andics: 88)

Die Studenten waren überwiegend nationalliberal,

das heißt sie forderten allerhand „Freiheiten“, hauptsächlich intellektuelle, die bis heute als höchster Maßstab der Liberalität gelten: Pressefreiheit, Gewissensfreiheit, Lehrfreiheit, Lernfreiheit. Dahinter steckt ein überintellektualisierter Freiheitsbegriff, der hauptsächlich dem Geiste von Halbwissenden entspringt: Studenten, die glauben, alles „gecheckt“ zu haben und deshalb vor Ungeduld brennen, die ganze Welt mit ihrer Weisheit zu beglücken. Viel wesentlicher ist die Freiheit, sein Eigentum geschützt zu wissen, dann sind diese „Freiheiten“ im einzig zulässigen Sinne schon enthalten. Tatsächlich meinen diese „Studentenfreiheiten“ aber die Anmaßungen einer Studentenschar, die Universität zu übernehmen und „mitzubestimmen“, also daraus eine subventionierte Plattform für ihre eschatologischen Weltverbesserungspredigten zu machen. Am wichtigsten war der Mehrheit der damaligen Wiener Studenten aber die Forderung eines unbedingten und sofortigen Anschlusses an Deutschland. Andics erklärt die ökonomischen Anreize, die hinter diesem „Na-

tionalliberalismus“ standen:

Hinter dem nationalen Pathos stand die ökonomische Sorge um die Zukunft. Nur wenn die Deutschen die staatstragende Nation blieben, waren Erfolg, Aufstieg, Karriere der akademischen Jugend gesichert. Nur dann bestand Aussicht, von den Slawen nicht überflügelt zu werden. (Andics 108)

Bald entstanden „Turnvereine“, in denen nationalistische und sozialistische Ideen nebeneinander bestanden. Kühnelt-Leddihn gibt ein schönes Portrait des Gründers dieser Bewegung:

Der echte Patriotismus mit der vaterländischen Freude an der Vielfalt wich dem Nationalismus, der in seiner Unduldsamkeit alles über einen Leisten schlagen wollte. Wir begegneten auch damals der Gestalt des „Turnvaters Jahn“, eines nationaldemokratisch gesinnten Priegnitzers, der die Massengymnastik erfunden und mit eigener Wortschöpfung „Turnen“ genannt hatte. Dieser brave Mann kam mit den siegreichen Alliierten nach Paris, wo er in einem altdeutschen Phantasiekostüm herumspazierte, mit verschränkten Armen und bösem Blick auf dem Gehsteig Passanten anrempelte und schließlich geschickt

wie ein Affe auf den Arc de Triomphe hinauf kletterte, um dem Engel die Tuba aus der Hand zu schlagen, was ihm aber nicht gelang. Ihm verdanken wir auch den herrlichen Ausspruch, er sähe es lieber, daß seine Tochter eine öffentliche Dirne würde, als daß sie die französische Sprache erlernte. Unter der „reaktionären“ Regierung Friedrich Wilhelms III. wurde dieser schrullige, aber viel bewunderte und ideengeschichtlich nicht ungefährliche Kautz eingesperrt. Ein Vorläufer des Nationalsozialismus? Zweifellos. (Kühnelt-Leddihn 1985: 37)

Bevor nun Turner beleidigt sind: So ziemlich alle ideologischen Blähungen des 19. Jahrhunderts sind Vorläufer des Nationalsozialismus. Das mindert nicht den Wert mancher Ideen und der meisten Ideale, das ehrliche Engagement und den beachtlichen Mut der Jungspunde dieser Zeit. Sie nahmen sich bloß zu wichtig, wollten die Führer in ein neues Zeitalter werden, und liefen dann den erstbesten Verführern in den Wahnsinn nach.

Arabische Terroristen

Kehren wir in den Orient zurück: Nahezu zeitgleich mit dem europäischen Nationalismus erwachte auch der orientalische. 1878 war Bosnien-Herzegowina an Österreich gekommen. Das weckte britische und französische Begehrlichkeiten, auch noch einige Filetstücke aus dem Osmanischen Reich für sich herauszuschneiden. Frankreich preschte vor und besetzte 1881 Tunesien. Noch immer schielte es auf Ägypten, aber das hätte auch Großbritannien gerne für sich gehabt. Durch den Bau des Suezkanals war Ägypten zahlungsunfähig, was Frankreich und Großbritannien zum Anlaß nahmen, eine Schuldenverwaltung zu oktroyieren und die ägyptische Regierung unter ihre Kontrolle zu stellen. Als der zu dem Zeitpunkt herrschende Ismail, der Enkel Muhammad Alis, dagegen aufbegehrte, erzwangen die europäischen Mächte seine Abdankung zugunsten seines Sohnes. Daraufhin entstand eine Widerstandsbewegung gegen die europäischen Interventionen,

die vom arabischen Nationalisten Ahmad Urabi angeführt wurde. Britische Truppen konnten diese Bewegung jedoch in kurzer Zeit niederwerfen und nutzen dies zur Besetzung Ägyptens, während Frankreich noch mit Tunesien voll ausgelastet war.

Urabi, auch passend „Arabi“ genannt, war ein Offizier, der aus der Unterschicht stammte und schnelle Karriere gemacht hatte. Er wurde zum Volkshelden und bot die Inspiration für Abdel Nasser und weitere nationalistische Widerstandsbewegungen im Nahen Osten. Auch viele Europäer inspirierte Urabi. Die irische Nationalisten Isabella Augusta schrieb ein apologetisches Buch über ihn. Auch einen berühmten Österreicher inspirierte dieser erste „arabische Terrorist“ aus Ägypten.

1869 war Kaiser Franz Joseph als *omnium imperatorum occidentalium primus*, wie er es stolz zum Leitspruch erhob, als erster Kaiser des Abendlandes seit den Kreuzzügen ins Heilige Land gekommen, nachdem er Ägypten anlässlich der Eröffnung des Suez-Kanals besucht hatte. 1881 folg-

te Kronprinz Rudolf seinen Spuren. Der Sultan in Konstantinopel machte auf Rudolf, der schon den Pomp des Wiener Hofes haßte und so gar nicht mit seiner Rolle glücklich werden wollte, einen extrem schlechten Eindruck. Er hielt ihn für unfähig und verschwendungssüchtig, den Zustand von Wirtschaft und Armee beurteilte er als desaströs:

„Es ist unfäßbar, wie das türkische Reich unter diesen Verhältnissen sich noch so lange Zeit erhalten und wie eine Staatsmaschine, die eigentlich gar nicht funktioniert, bestehen kann.“ (Fischer: 226)

In Ägypten gewann er einen viel besseren Eindruck und solidarisierte sich schnell mit den dortigen Unabhängigkeitsbestrebungen:

Unter den zahlreichen Würdenträgern, die Rudolf im Hafen von Alexandria ihre Aufwartung machten, befand sich auch Abd el Kader Hilmi Pascha. Nach dem Willen des Khediven diente er Rudolf während seiner ausgedehnten Reise durch Ägypten, die bis nach Assuan führte, als ortskundiger Begleiter. Was Abd el Kader für Rudolf aber besonders interessant machte, ergab sich aus dem Umstand, dass er ein überzeugter

Nationalist und enger Vertrauter Ahmad Urabis war, jenes Mannes also, der sich zur Führungsfigur der ägyptischen Widerstandsbewegung gegen den massiven Machtzuwachs Großbritanniens und Frankreichs aufgeschwungen hatte. Das Zusammentreffen konnte als durchaus brisant bezeichnet werden, denn der sensible und hochintelligente Thronfolger nahm lebhaften Anteil an der politischen Lage Ägyptens, die damals zusehends der Eskalation entgegentrieb: Unter dem Eindruck der seit 1876 sprunghaft ansteigenden britisch-französischen Vereinnahmung zentraler Machtpositionen fanden sich gerade in jenen Monaten einheimische Offiziere, Großgrundbesitzer, Kaufleute und Geistliche zu einer Koalition zusammen, um sich unter dem Motto „Ägypten den Ägyptern!“ gegen die politische und wirtschaftlichen Kontrolle der beiden westeuropäischen Großmächte zu wehren. Rudolf empfand für die Sache des Widerstandes starke Sympathien. Diese vertieften sich noch, als er im Zuge der folgenden Wochen Gelegenheit fand, ausführliche Gespräche mit Abd el Kader zu führen. Das alles ging wohl viel weiter, als es seinem Vater recht gewesen wäre, und so hütete sich Rudolf wohlweislich, seine in Ägypten gewonnenen Ansichten publik

zu machen. Sein Buch „Eine Orientreise im Jahre 1881“, das in der Donaumonarchie starke Verbreitung fand, widmete sich daher nahezu ausschließlich ausführlichen Beschreibungen der von ihm bereisten Gebiete. Völlig verschweigen wollte er seine Haltung über die angespannte Lage in Ägypten jedoch nicht. Als sich der Konflikt 1882 weiter zuspitzte, vertrat er in einem Brief vom 26. Juli desselben Jahres an den Herausgeber des Neuen Wiener Tagblattes die Ansicht, dass die in Europa vielfach unterschätzte Bewegung durchaus den europäischen Einfluss im Land brechen könne [...]. Mit Rudolfs Interesse für die politische Lage im Niltal einher ging seine Empörung über den gewaltigen Gegensatz zwischen dem oft protzig zur Schau gestellten Reichtum der ägyptischen Oberschicht und der bitteren Armut der Fellachen. Die katastrophalen Lebensumstände Letzterer, das Ungeziefer und das Fehlen der rudimentärsten medizinischen Versorgung schockierten ihn zutiefst. Pomp und Gepränge ohnehin nicht sehr zugetan, wandte er den Armen besondere Aufmerksamkeit zu. (Fischer: 222ff)

Damals war noch Türkisch die Amtssprache in Ägypten, und Türken waren gegenüber Arabern

bevorteilt. Alle Regierungsmitglieder waren Tscherkessen, ein turkisierter Kaukasusstamm. Die Sparmaßnahmen der Regierung zwangen zu einer Armeeverkleinerung, die zahlreiche Militärs arbeitslos machte. Diese Arbeitslosigkeit wurde natürlich den ausländischen Sparkommissaren angelastet, ganz ähnlich wie heute der Deutschenhaß in Griechenland wächst. Besonders eine Zeitung schürte den Nationalismus der breiten Massen: *Rehlat Abu Naddara Zar'a*. Diese erste nationalistisch-populistische Zeitung in lokalem Volksarabisch mit spöttischen Cartoons war Inspirationsquelle für unzählige folgende Medien im arabischen Raum. Ein wichtiges Detail übersehen dabei arabische Nationalisten und westliche Kritiker gerne, das aber ganz typisch für die Entwicklung im Nahen Osten ist: Die Zeitung wurde von einem Juden herausgegeben und in Paris gedruckt. Der arabische Nationalismus wurde stark von Minderheiten vorangetrieben, die stets zwischen Sultans Gnaden und den Gnaden der Mehrheitsgesellschaft hin und her tendieren mußten. So

erging es auch den Juden in Europa: Sie schwankten zwischen kaisertreu und demokratistisch-revolutionär. Das ist soziologisch verständlich, führt aber bis heute zu widersprüchlichen Verschwörungstheorien von links und rechts. Gerade die deutschtümelnden Juden, von denen es nicht wenige gab, wurden später am ganz falschen Fuß erwischt. Ideologische Politik ist ein Spiel mit dem Feuer. Begehrt die Mehrheitsbevölkerung auf, stellen sich die Minderheiten gut mit dem Sultan, nervt der Sultan, stacheln sie die Mehrheitsbevölkerung auf. Dabei schaufeln sie oft ihr eigenes Grab, aber was bleibt ihnen anderes übrig? Je mehr heute die syrischen Christen auf Assad setzen, desto mehr bleibt ihnen keine andere Wahl: Fällt er, werden sie zweifellos mit Frauen und Kindern massakriert.

Der Urabi-Volksaufstand stieß auf den Widerstand der damaligen Eliten, insbesondere des hohen islamischen Klerus und der assyrischen Christen, die sich vor „demokratischeren“ Verhältnissen zurecht fürchteten. (Wieder hatten sich die

Christen im Orient als westliche Kolonie enttarnt!) Demokratie im modernen, großnationalistischen Sinne bedeutet in multikulturellen Gesellschaften früher oder später fast immer Genozid. Entsprechend geht es im islamischen Nationalismus stets den höchsten Islamgelehrten und den Minderheiten an den Kragen, ob in Ägypten, Iran oder der Türkei.

Die Türkei ist ein Sonderfall, der Weg zum islamischen Nationalismus konnte nur über eine anti-islamische Variante gehen. Der Grund ist einfach: Der islamische Nationalismus im arabischen Raum war antitürkisch, darum mußte der türkische Nationalismus dann antiarabisch sein. Kollektivismus benötigt früher oder später immer ein „Anti“, denn negative Emotionen binden viel stärker als positive. Um zum Herdentier zu werden, muß der Mensch zuerst Tier werden, und wie ein Tier verhält sich der Mensch nur, wenn seine Instinkte die Überhand gewinnen: in Panik, Angst und viehischem Zorn. Kühnelt-Leddihn schildert, wie die Kriegsführung, sobald die Meinungen von Mehr-

heiten relevant werden, unbedingt auf Haß angewiesen ist, denn

in der kriegsführenden Demokratie mit der allgemeinen Wehrpflicht muss ein kollektiver Nationalhaß eingeführt werden, der umso leichter zu organisieren ist, als der Nationalstaat auf der Bühne der Weltgeschichte erschienen war. In England tötete man Dachshunde (die als „deutsch“ galten), verbrannte selbstlos deutsche Klaviere, nannte deutsche Schäferhunde Alsatians, während in Amerika „Sauerkraut“ in Liberty Cabbage umgetauft wurde. Der britische Zweig des Hauses Sachsen-Coburg-Gotha nannte sich 1916 das House of Windsor und dies, obwohl es bis zur Regierung Georgs VI. eine der „deutschstämmigsten“ Dynastien der Welt war. (Kühnelt-Leddihn 1985: 180)

Filterblasen

Kronprinz Rudolf war ohne Zweifel national-sozial-liberal (der Leser erinnere sich an Friedrich Naumann, der in den letzten Scholien zu Gast war), voll der Ungeduld über die alte Ordnung. Die besonders mit Metternich verbundene Politik

dieser „alten Ordnung“ war angesichts nationalis-
tisch-sozialistisch-liberalistischen Aufruhrs, der
den Kontinent erschütterte, auf rigide Stabilität
ausgerichtet: Jeder sollte an seinem Platz bleiben.
Diese Losung machte das Los angesichts wach-
sender ideologischer Heilsversprechen allerdings
noch unerträglicher. Der fortschrittliche Rudolf
sah sich am falschen Platz. Der zunehmend greise
Vater machte die Politik, oder vielmehr Anti-
Politik. Franz Joseph galt als reaktionärer Nein-
Sager vom Dienst, der allzu waghalsige Fort-
schrittsphantasien stets dämpfte. Die dem Kron-
prinzen zum Zeitvertreib zudachte standesgemäße
Beschäftigung, die Jagd, verachtete der moderne
Geist als „Massenmord an Tieren“. Von Carl
Menger hatte er zwar realistische Ökonomik ge-
lernt, aber das später in Wien (bzw. aus Wien in-
spirierte) vertiefte Studium realistischer Politik
stand noch in den Kinderschuhen. Diese Strö-
mung, die wir im Institut „Wiener Schule der Po-
litik“ nennen, kam natürlich nie zu konsistenten
„Lösungen“, aber davon kann ja auch in der Öko-

nomik keine Rede sein. Vielmehr ist es ein nüchternes Forschungsprogramm, das gegen Ideologien immunisiert.

Mit amerikanischem Geld wird mittlerweile wieder stärker auch in Europa die Wiener Schule der Ökonomik popularisiert (aber nur als *free market*-Argumentarium, unter bewußter Aussparung der Geldtheorie), was zu einer flachen Ideologisierung führt, die kleine organisierbare und politisch nutzbare Herden schafft. Mit diesen Herden kann dann Pressearbeit gemacht werden, die den Interessen der Geldgeber nützt. Insbesondere die Filterblasen der „sozialen Medien“ sind zur Herdenbildung essentiell. Jugendliche sind aufgrund ihrer schon rein biologischen Ungeduld besonders leicht ideologisierbar und besonders günstig zu haben – ein wenig Aufmerksamkeit reicht in aller Regel. Darum bildeten Jugendbewegungen auch stets den Ausgangspunkt späterer totalitärer Bewegungen. Natürlich eignen sich „*libertarians*“ dafür kaum, doch vergesse man nicht, daß auch die ursprüngliche deutsche Jugendbewegung, so-

wie die Jungtürken und die Jungaraber als zentrales Ideologem die „Freiheit“ anstimmten. Die politische Geschichte ist voll von Paradoxien, deshalb ist eine bloß oberflächliche Analyse, wie sie durch das laufende Durchkauen des Tagesgeschehens in den Filterblasen der sozialen Medien geschieht, so gefährlich.

Mit „Filterblase“ meine ich die sich teils selbst verstärkende, teils algorithmisch verstärkte Dominanz von „sympathischen“ Inhalten in den *Streams*, den rastlosen Strömen digitaler Informationskanäle. Die Interaktion auf diesen Kanälen ist ewiges *Preaching to the converted*, herdenbildendes Sich-Gegenseitig-des-Weltbilds-Versicherns. Es entstehen mehrere Parallelwelten, die sich gegenseitig durch homöopathische Transfers bestärken. Der Herdencharakter der jeweils anderen Herde bestätigt nämlich das instinktive Programm der Abscheu und Angst gegenüber Herden, denen man selbst nicht angehört. „Soziale Medien“ sollte man daher eher „anti-soziale Medien“ nennen. Nicht, weil sie reale Interaktion ersetzen – diese Befürch-

tung scheint mir eine konservative Übertreibung zu sein, schließlich erweitern technische Hilfsmittel die Möglichkeiten sozialer Interaktion. Heute haben die empathieschwächsten *Nerds* Zugang zu sozialer Interaktion, die durchaus oft durch Vernetzung, und weil die Kontaktschwelle im Digitalen viel niedriger ist, im realen Leben Fortsetzung findet. Anti-sozial sind die digitalen Medien dadurch, daß die Gemeinschaftsbildung die sie fördert, stets Anti-Gemeinschaftsbildung mit sich bringt: Es tritt Fraktionierung und Polarisierung ein, Menschen unterschiedlicher Sensibilitäten und Interessen verlernen, einander zuzuhören und bestärken sich dabei, gegnerischen Herden anzugehören. Die Stimmung des gegenseitigen Spottes, die typische Dauerironie der digitalen Medien, schlägt leicht in Haß um.

Die oben erwähnte arabisch-nationalistische Zeitung begann als Satireblatt, das den politischen *Cartoon* im arabischen Raum bekannt machte und popularisierte. Die Konflikte, die durch solche *Cartoons* zugespitzt werden, haben schon viele

Menschenleben im Orient gekostet. Natürlich scheint es absurd, solche Ausschreitungen mit den *Cartoons* und nicht mit der Gewaltneigung der Orientalen und des Islams zu erklären. Letztere Interpretation enthält natürlich einen Kern Wahrheit, zeigt aber letztlich mangelnde Geschichtskennntnis. Die mediengesteuerte Massengewalt ist eine moderne „Errungenschaft“, die vom Okzident in den Orient kam. Natürlich gab es immer schon und überall Aufstände, aber die ethnisch-religiöse Zuspitzung, die nicht am sichtbaren Fremden aufkommt, sondern an unsichtbaren Ideen, die über Schriften (und heute audiovisuell) verbreiten werden, hat einen modernen Charakter.

Österreich lag inmitten des nationalistischen Furors und litt daran an allen Fronten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erstarkte die nationalistisch-sozialistisch-liberalistische Jugendbewegung der Türkei, die Jungtürken. Warum füge ich „liberalistisch“ hinzu? Um es meinen liberalen Lesern nicht zu einfach zu machen, denn heute ist es nur allzu leicht, ideologische Gegner als National-

Sozialisten abzuqualifizieren, nach der völligen Dämonisierung dieses Begriffspaares. Faschistisch könnte man auch noch hinzufügen. Doch auch weite Teile des „Liberalismus“ jener Zeit folgten dem ideologischen Furor. Liberalistisch an den Ismen dieser Zeit war der Gedanke „nationaler Selbstbestimmung“, der (unterschiedlich ausgeprägte) Säkularismus, die Ablehnung überkommener Normen und Traditionen, die Begeisterung für Industrialisierung und moderne Technik, der Entwicklungsökonomismus, die Ablehnung dominanter Eliten und feudaler Reste etc. Freilich, von einem konsequenten, sauberen Liberalismus konnte kaum die Rede sein, doch wenn eine Ideologie beim Zeitgeist mitmischen will und sich euphorisch der Popularität anbietet, muß sie jede Konsistenz und Sauberkeit aufgeben. Die totalitären Bewegungen, die im 19. Jahrhundert erdacht wurden und im 20. wüteten, waren nicht deshalb gefährlich, weil sie „extremistisch“ waren, sondern weil sie politisch in der damaligen Mitte lagen, weil sie die „99 Prozent“ ansprachen, sodaß zu-

nächst „pragmatische“ Nationalisten, Sozialisten, Liberalisten und Konservativisten mitkonnten. Wichtig waren stets die einenden Feindbilder, nicht die innere Konsistenz der Programme.

Jungtürken

Die Jungtürken (bzw. „Jungosmanen“) setzten dem Sultan zu. Wie jede Jugendbewegung hatte auch diese aus einer Position der Schwäche heraus zunächst liberale Betonungen. Solange revolutionäre Gruppierungen klein sind, schwafeln sie von Freiheit und Toleranz, kämpfen für „Pressefreiheit“ und „Versammlungsfreiheit“ und allerlei „verfassungsgemäße Rechte“. 1908 mußte der Sultan die Verfassung wieder anerkennen, die von 1876 bis 1878 schon einmal Bestand hatte. Diese, wie viele Verfassungen, sollte ein Dokument eines neuen Nationalismus sein. Dabei spielten zunächst liberale „Minderheitenrechte“ eine wichtige Rolle, insbesondere in der Legitimierung der Verfassung, denn die Unterscheidung nach Religionen und Ethnien sollte einer homogenen Nation weichen.

Antonius beschreibt, wie diese Verfassung damals gesehen wurde:

Die Verfassung von 1908 war keine andere als [...] jene von 1876, mit einem Federstrich wiederbelebt, aber mit ihren alten Unzulänglichkeiten durch die vergangene Zeit und das seither gewachsene Nationalgefühl noch inkongruenter geworden. Doch ihre Wiederbelebung wurde mit Enthusiasmus begrüßt, und nirgends war der Jubel wohl größer als unter den arabischen Nationalisten, die sie in ihrem frühen Eifer mit einem wirklichen Freiheitszugeständnis verwechselten. Im gesamten Reich herrschte eine Jubelstimmung, in der sich die Türken ekstatisch mit Arabern verbrüderten, und Muslime mit Christen, in der aufrichtigen Überzeugung, daß die Verfassung die Bedürfnisse aller befriedigen würde. Ihre Unvereinbarkeit mit kulturellen Bestrebungen schien unbemerkt geblieben zu sein. Die Tatsache, daß sie die Verschmelzung der verschiedenen Rassen in einer einzigen osmanischen Demokratie vorsah, mit Türkisch als bestimmender Sprache, war selbst die absolute Verleugnung der Lehre kultureller Identität. Doch der berauschende Effekt des bloßen Anscheins von Freiheit war derart, daß nur wenige die Fähigkeit zu kla-

rem Denken behielten [...]. (Antonius: 102)

Der Nationalismus beginnt fast immer in diesem Sinne „liberal“, bevor Demokratismus und Kollektivismus dann auf weitere Bereiche ausgedehnt werden, insbesondere die Wirtschaft. Die höhere islamische Geistlichkeit sprach sich gegen die Verfassung aus, die Christen unterstützten sie jedoch zunächst begeistert – endlich gleichrangige Osmanen sein! Das führte dazu, daß Verfassungsgegner Christen attackierten.

Nahezu immer haben die interreligiösen Auseinandersetzungen politische Hintergründe. Um Religion streiten sich nur Theologen. Normale Menschen, seien sie auch noch so gläubig, haben selten viel Ahnung von theologischen Unterschieden. Sie lassen sich aber leicht aufstacheln, insbesondere wenn sie sich selbst bedroht sehen. Die neue Drohnenkriegsführung wird das noch verschlimmern: Sie erfordert nämlich noch mehr lokale Spionage für den Einsatz. Könnte die Drohne aus dem christlichen Amerika, die gerade deine Kinder

kollateral massakriert hat, womöglich auf einer SMS des christlichen Nachbarn beruhen?

Die Jungtürken hatten also die Einberufung eines verfassungsmäßigen Parlaments durchgesetzt. Daran hätten nun auch Vertreter aus Bosnien-Herzegowina teilnehmen sollen, dieses stand jedoch unter österreichischer Verwaltung. Österreich fürchtete, nun in den nationalistischen Strudel hineingezogen zu werden. Denn Volksvertreter brauchen natürlich ein Volk. Man versuchte mit einem Kompromiß den Kopf aus der Schlinge zu ziehen: Österreich zog sich aus dem Sandschak Novi Pazar zurück und überließ es den Türken, während Bosnien-Herzegowina formell annektiert wurde. Doch das weckte wieder den Neid von Franzosen und Briten, die heftigen Lärm um die Angelegenheit machten. Da konnten die Jungtürken natürlich nicht still halten. Ihre bosnischen „Volksgenossen“ (die typisch nationalistische, ahistorische Absurdität) wurden vom reaktionären Österreich unterdrückt! Österreich wurde boykottiert, und der mühsam über Jahrhunderte aufge-

baute Orienthandel kam völlig zu erliegen. Im Orient kam es zu unzähligen Ausschreitungen gegen Österreicher – all das Vertrauen und die Freundschaft waren mit einem massenmedialen Hieb dahin. Freiheit! – so die Devise. Aufgehetzte Menschenmassen verhinderten das Anlegen österreichischer Dampfschiffe und verwüsteten Postämter. Die österreichische Wirtschaft erlitt einen gewaltigen Schaden. Letztlich ließ sich Österreich erpressen und bezahlte 56 Millionen Goldkronen „Entschädigung“, damit die osmanische Regierung den Boykott beendete. Als das osmanische Reich dann 1911 um Unterstützung gegen die italienische Invasion in Libyen bat, lehnte Österreich ab, ebenso ein weiteres Hilfesuch während des Ersten Balkankrieges.

Balkanisierung

In den letzten Scholien habe ich bereits geschildert, wie in Libyen damals unter dem Senussi-Orden erstmals arabischer Nationalismus als wahabitisch-puritanischer Dschihadismus auftrat.

Die Balkanisierung, also die Zerteilung des osmanischen Reiches mit militärischer und finanzieller Unterstützung aus dem Westen, sah man im Orient als imperialistische Strategie der Unterjochung an. Bestätigt wurde dieser Eindruck viel später durch strategische Papiere der USA und Israel, die wohl einige Wut im Nahen Osten ausgelöst haben. *The Crescent of Crisis* des neokonservativen Vordenkers Zbigniew Brzeziński und *A Strategy for Israel in the Nineteen Eighties* des israelischen Funktionärs Oded Yinon schildern offen die Balkanisierung als bewußte Strategie.

Für einen Dezentralisten wie mich war es schwer, die Problematik der Aufspaltung zu erkennen. Was wäre dagegen einzuwenden, wenn sich das künstliche, teilweise mit dem Lineal auf der Landkarte gezogene Gebilde Irak in einen schiitischen Südosten, einen sunnitischen Westen und einen kurdischen Norden auflösen würde? Das Problem hierbei ist, daß solche Spaltungen niemals subsidiär erfolgen, sondern politisch im schlimmsten Sinne: als Feilschen unter Politikern, wobei die Men-

schen immer bloß die Bauernopfer sind. Solche Teilungen führen fast immer zum Genozid, denn die neugeschaffenen Nationalstaaten müssen erst einmal gereinigt werden. Wir Europäer haben diese „Reinigung“ mit Abermillionen von Massakrierten und Vertriebenen schon weitgehend abgeschlossen (wiewohl mit der Zeit immer neue „Verunreinigungen“ kommen), darum erscheint uns die „nationale Selbstbestimmung“ als einfache Angelegenheit, die in Parlamenten friedlich ausgetragen werden kann. Die reale Welt aber ist viel komplexer, Menschen waren immer schon mobil: Entweder weil sie nomadischen Traditionen entstammen, wie ein großer Teil der Orientalen, oder weil ihre Vorfahren mobil sein mußten, um zu überleben. Die natürliche Zusammensetzung einer orientalischen Stadt ist extrem gemischt – selbst nach Jahrhunderten ethnischer „Säuberungen“. Kühnelt-Leddihn schildert die Gefahren von „Teilungslösungen“, die von oben und außen durchgezogen werden:

Der islamische Druck auf die Briten war zwar nicht

unerheblich, aber sie neigten immer dazu, wenn sie einer unklaren Situation gegenüberstanden, Teilungen anzuordnen. Das betrachten sie als gut und billig: schließlich hat auch die Anglikanische Kirche in einer Scheidung ihren Ursprung. Leider aber ist dies *in politicis* nur zu oft eine *fausse idée claire*, eine klare, aber falsche Idee. „Geteilt“ wurden auch Österreich, Ungarn, Tirol, Irland, Vietnam, Korea, Deutschland, Palästina – und jedesmal mit katastrophalen Folgen. Doch bei den Teilungen Indiens ging die erste Phase unter ganz fürchterlichen Abschlachtungen vor sich. Als die Flüchtlinge aus beiden Richtungen sich im Pundschab an der Demarkationslinie trafen, fielen sie sich gegenseitig wie die wildesten der wilden Tiere an. Hier fand das ärgste, wirklich ganz spontane, keineswegs organisierte Massaker der Weltgeschichte statt. Die edle „Volksseele“ kochte über. (Kühnelt-Leddihn 1985: 352)

Dieser Strategie der Balkanisierung kann eine multiethnische Gesellschaft im Zeitalter des Nationalismus wenig entgegenhalten. Die politischen Kräfte versuchen es zunächst durch künstliche Hochzüchtung nationaler Gefühle: Die Folge war

eine verstärkte Turkifizierung, Arabisierung und Iranisierung im Orient. Doch dann stehen sich erst recht Türken, Araber und Perser gegenüber. So war als Reaktion auf die Turkifizierung der arabische Nationalismus zunächst bewußt antitürkisch. Kein Wunder, daß man früher oder später nur noch auf den Islam als Antibalkanisierungsmoment zurückkommen konnte. Doch wie jede Religion ist auch dieser nicht homogen. Jede Einigungsbewegung erzeugt Gegensätze. Einigung befriedet nur dann, wenn man den Genozid als friedensstiftend betrachtet – was er, wenn er gelingt, faktisch auch ist. Darum wird der islamisierte Teil der Welt auch als „Haus des Friedens“ bezeichnet, das dem „Haus des Krieges“ gegenübersteht.

Islam als Identität

Der Islam eignet sich seit seinen Anfängen zweifellos als Kriegerreligion. Das mag zum Teil am universalistischen Monotheismus liegen, allerdings waren die christlich-legitimierte Kriege selten

expansiv. Die Kreuzzüge dienten, trotz all ihrer Kollateralschäden, der Sicherung friedlicher Pilger. Der Islam ist primär eine Identität und nur sekundär Religion. Die Religiosität der Muslime hat stets einen öffentlicheren Charakter, sie bekräftigt die *Umma*, das Kollektiv der Gläubigen. Der Islam ist nicht rückständig oder mittelalterlich, sondern eine relativ moderne Religion. Er entstand schon als Nationalismus. Paul-Gordon Chandler schreibt:

Identität ist von höchster Wichtigkeit in der arabischen Kultur. [...] Das Basis der arabischen Gesellschaft ist nicht das Individuum, sondern die Gemeinschaft; [...]. Das ist einer wesentlichen nicht-theologischen Gründe, weshalb arabische Muslime Mohammed so in Ehren halten. Er gab den Arabern eine Identität, auf die sie stolz sein und um die sie sich scharen konnten. In der vorislamischen Literatur, wie in der arabischen Dichtung, findet man die Frage gestellt: „Warum können wir nicht auch einen Propheten für die Araber haben?“ (Chandler: 102)

Islam als Identität neigt wie jede nationale Identi-

tät zu kriegerischer Selbstbehauptung. Islam als Theologie hingegen hat durchaus friedliebende Seiten. Diese zwei Aspekte müssen unbedingt differenziert werden. Westliche Antiislamisten, die auf islamischen Antiokzidentalismus reagieren, sind oft frustriert davon, daß ihre theologischen Argumente, die sie akribisch mit Surenverweisen unterlegen, so wenig Gehör finden. Das ist derselbe Irrtum zu glauben, man könne einen Sozialisten von der freien Marktwirtschaft überzeugen, indem man ihm nachweist, daß Marx Rassist war. Identität, auch die progressivste und säkularste, ist immun gegen Argumente. Sie ist eine Gruppenzugehörigkeit, die von äußerer Feindschaft noch genährt wird. Es ist zum Beispiel psychologisch gut dokumentiert, daß Sekten, nachdem ihre Weltuntergangsprognosen nicht eintreten, also von der Realität klar widerlegt sind, umso überzeugter und abgeschlossener werden.

Ich kann den populistischen Antiislamismus gut nachvollziehen, denn man muß schon ziemlich von politischer Korrektheit hirngewaschen sein,

um auf die Schlagzeilen nicht mit solcher Art des Unmuts zu reagieren. Doch er ist als politisches Moment naiv, und mindestens so ungebildet wie die „Islamisten“ – nämlich halbgebildet. Die islamistischen Ideengeber sind durchwegs gelehrte Köpfe, die zum Teil durch westliche Universitäten gingen.

Warum ist die islamische Theologie im Gegensatz zur Identität durchaus nicht kriegerischer als andere Religionen? Weil sie eine Schicksalsergebenheit lehrt. Islam bedeutet Unterwerfung – das wird oft kriegerisch ausgelegt, meint aber die Unterwerfung des einzelnen Gläubigen unter Gott. Islamische Vornamen sind voll von symbolischer Gottesvernechtung. Dahinter steht ein Gottesdienst im buchstäblichsten und tiefsten Sinne, nämlich das eigene Ego mitsamt seiner Begierden völlig einer durchgeistigten Existenz zu opfern. Wenn darum vorwiegend gelehrte islamische Frauen die „Friedensreligion Islam“ hochhalten, so sind sie ehrlich davon überzeugt – aber freilich genauso einseitig wie ihre Gegenspieler. Islam minus Testosteron

minus Identität ist in der Tat erstaunlich friedlich. Meiner Erfahrung nach, und da pauschalisiere ich natürlich, sind etwa gläubige Türken viel weniger aggressiv als kemalistisch-säkulare. Aggressivität ist in aller Regel kein Ausdruck von Religiosität, sondern von Verunsicherung – von Identitätsproblemen. Erst nach und nach findet wieder eine Verschmelzung von Islam und Identität bei Türken statt. Kühnelt-Leddihn beschreibt, wie die kemalistische Turkifizierung keine nachhaltige Identitätssicherheit verschaffen konnte – und hängt einige kluge, aber unbequeme Gedanken zu den Türken in Deutschland und Österreich an:

Vor dem Ersten Weltkrieg war Konstantinopel ein „Paris des Ostens“ mit einer internationalen Gesellschaft. Das Regime des Sultans war im Grunde liberal. Christen hatten hohe und höchste Stellen – außer im Militär. Die Griechen des Fanar-Viertels in der alten Hauptstadt waren bedeutend reicher als die Griechen von Athen – und politisch wichtiger. Auch die Armenier, im Osten der Türkei unterdrückt, hatten es in Konstantinopel nicht schlecht, noch auch die

(spaniolischen) Israeliten oder die vielen Ausländer. Die richtige „Türkisierung“ erfolgte erst durch „Mustapha Kemal“. [...] Das heißt aber, mit anderen Worten, dass die Türken trotz ihres „Nationalismus“ ein großes Identitätsproblem haben. Reagierend gegen den „kemalistischen“ Laizismus und doch wieder nach Europa drängend gibt es heute unter ihnen eine islamische Erneuerung, die zum Teil vom Ausland herkommt, nicht primär von Saudi-Arabien, sondern von den Auslandstürken im Westen, die erst dort, fern der Heimat, durch ihr „Anderssein“ (und ihre Isolierung) religiös angeregt wurden. Und das strahlte auf die Türkei zurück. Dort gibt es ja keinen Religionsunterricht. Dieser wurde vor allem in Deutschland (und Österreich) organisiert. [...] Wie ist das bei Türken, die nicht nur zeitweilig als Gastarbeiter hier beschäftigt sind, sondern unsere Staatsbürgerschaft erwerben und sich „integrieren“ wollen? Dieses Problem gab es auch, wiewohl in geringerem Ausmaß, bei den rechtgläubigen Israeliten, denen es einmal gelang, auch bei uns ein edles und eindrucksvolles Leben zu führen, das sie aber - wollten sie sich integrieren - in ihrer ritualistischen Gesetzesreligion ohne radikale Kompromisse nicht fortsetzen konnten. Der Weg führte

dann bei ihnen über einen konservativen und reformistischen Judaismus nur zu oft zu völligem Unglauben, zu linken Ideologien, manchmal auch zu einem rein nationalistischen Zionismus. Das war das eigentliche „jüdische Problem“. Man muss also auf jeden Fall etwas tun, um die im Westen sesshaft gewordenen Türken vor einem religiösen Vakuum zu bewahren. (Haben wir nicht schon den israelitischen „Assimilanten“ gegenüber versagt?) (Kühnelt-Leddihn 2000: 516ff)

In der Tat erfolgte die Reislamisierung der Türkei von Europa aus, nachdem auch der Nationalismus von Europa gekommen war. Kemal „Atatürk“ bestand darauf, daß es zwar mehrere Kulturen, aber nur eine Zivilisation gäbe: die westliche. Eine solche Wahrnehmung erscheint zwar ehrlich, kann aber natürlich kaum eine nachhaltige Grundlage für eine Identität bieten – vor allem, seitdem sich die Türken als von Europa abgelehnt fühlen.

Werden die gläubigen Türken jene überwiegend friedlichen und fleißigen Bürger bleiben? Wahrscheinlich schon, es werden aber unzählige Pseu-

dogläubige hinzukommen, die den Islam nicht zur inneren Orientierung, sondern zur äußeren Selbstbehauptung suchen. Der friedliche – am ehesten wahre, weil ehrlich religiöse – Islam ist wahrscheinlich am Rückzug. Versuche, durch Rationalisierung (Mu'tazila) oder Mystifizierung (Sufismus) diese Art von geistigem Islam zu kultivieren, konnten sich nie großflächig behaupten, denn die Region war ständig geopolitisch unter Druck. Erfolgreich war der Islam eben als Kollektividentität kriegerischer Stämme. Identität erzeugt Masse, Masse bedeutet militärische Überlegenheit. Das ist die bittere Essenz der Geschichte. Der Islam konnte zu einer Massenbewegung durch den historischen Zufall werden, von nomadischen Kriegerstämmen als einende Identität angenommen zu werden. Am meisten zu seiner Ausdehnung haben dadurch die Turkvölker beigetragen, ein mongolisch-kaukasisches Gemisch brutaler Volksüberlagerungen aus dem Dunkel der Geschichte – ähnliches hätte man aber freilich auch über die germanischen Stämme sagen können. Herrschte deshalb

gerade in deutschen Landen im 19. Jahrhundert ein Orientype? Ohne österreichisch-deutsche Gelehrte ist der Orientalismus kaum denkbar. Der große Goethe dichtete:

Wer sich selbst und andere kennt,
Wird auch hier erkennen:
Orient und Okzident
Sind nicht mehr zu trennen.
(Aus dem Nachlaß)

In seiner Orientrezeption bezog sich Goethe allerdings auf den persischen Dichter Hafez, dessen Diwan vom genialen österreichischen Orientalisten Joseph von Hammer-Purgstall auf Deutsch übersetzt worden war. Doch die Trennung der Ethnien sollte man im Nahen Osten nicht überschätzen. Zwar sind Perser extrem antiarabisch, Araber antipersisch und antitürkisch und vice versa, doch tatsächlich ist der Nahe Osten durch die ungeheure Mobilität der nomadischen Kriegerstämme so oft umgepflügt worden, daß die kulturellen Ähnlichkeiten mittlerweile viel größer als alle sprachlichen Unterschiede sind. Viele „Volks-

lieder“ liegen oft in türkischer, persischer und arabischer Fassung vor, zu allem Trotz findet sich dann auch noch eine griechische Version – was natürlich zu wütendem gegenseitigem Bezichtigen des Kulturdiebstahls führt. Die Ähnlichkeiten von Ästhetik, Musik, Speisen, Mentalität, Gepflogenheiten etc. sind viel größer als in Europa – denn im Nahen Osten wurde und wird mehr Kultur zerstört. Das sollte man aber nicht bloß dem Islam in die Schuhe schieben, der Orient ist eben schon viel länger Schauplatz des europäischen Bürgerkriegs.

Die Ursprünge des Islams

Was ist der Kern des Islam? Das ist eine theologische Frage, die wenig relevant für ein Verständnis des Geschehens ist. Das ist so, als würde man den National-Sozialismus aus dem deutschen Wesen oder aus dem „Kapitalismus“ des 19. Jahrhunderts erklären wollen – die typischen Thesen halbgebildeter Nachkriegsstudenten.

Als ich die Möglichkeit einer theologischen Fried-

lichkeit zugestand, meinte ich natürlich eine von Gelehrten zurechtgedeutete Vergeistigung. Die Schriften des Islam geben das nicht unbedingt her, allerdings ist *sola scriptura* auch ein später häretischer Ansatz, der bei keinen uralten Verschriftlichungen oraler Überlieferungen besonders viel Sinn ergibt. Die Kraft der islamischen Quellen liegt in ihrer poetischen Ästhetik, nicht in ihrer rationalen Klarheit. Der Islamwissenschaftler Tilman Nagel schildert das Wirken Mohammeds so:

Mohammed stellte sich während der Wallfahrtszeiten in die Nähe der Kaaba und trug seine Botschaft vor. Er faszinierte damit vor allem junge Menschen. Weshalb ihm das gelang? Weil er einen speziellen Vortragsstil entwickelte: den der Reimprosa – vielleicht die bedeutendste Leistung seines Lebens. Sie ist einem Außenstehenden schwer zu vermitteln. Denken Sie an die Kassetten mit Koranrezitationen, die es heute überall zu kaufen gibt: an diesen ungeheuer artistischen Umgang mit Sprache – so ähnlich wird es in den Straßen von Mekka geklungen haben: Da trägt jemand einen Text vor, macht mitten im Vers Schluss, setzt neu an, steigert die Emotionen ... ein

ständiges Auf und Ab der Gefühle. Bald hieß es: Er verwirrt unserer Jugend den Verstand! (Nagel)

Natürlich wurde Mohammed dann zum Kriegsfürsten und war wenig zimperlich. Man kann ihn am ehesten mit anderen Nationsgründern und Volkshelden vergleichen. Das waren durchwegs Massenmörder, doch erwartet man, daß sich davon eine Identität ins Wanken bringen läßt? Der Muslim sieht die Islamkritik entsprechend als heuchlerischen Angriff auf die eigene Identität. So kommt man nicht weiter. Angegriffene Identitäten verstärken sich nämlich. Glaubt wirklich jemand, ein Mongole würde zum Chinesentum konvertieren, wenn man ihm die Grausamkeit von Dschingis Khan nahebringt? Ganz im Gegenteil, er könnte anfangen zu glauben, sein Mongolentum und seine Herkunft von Dschingis Khan beweisen zu müssen.

Übertritt vom Islam wird als Volksverrat gesehen, nicht so sehr, weil der Islam grundsätzlich intolerant wäre, sondern weil er im Wesentlichen eine

kulturelle Identität bezeichnet, die im 20. Jahrhundert schwere Minderwertigkeitsgefühle erlitten hat.

Sowohl die islamische Identität als auch der Anti-islamismus werden etwas relativiert durch neuere philologische Untersuchungen zur Herkunft des Korans. Besonders viel Aufregung erzeugte eine Studie eines deutschen Orientalisten, der – zum eigenen Schutz – unter dem Pseudonym Christoph Luxenberg publiziert. Der pensionierte Orient-Diplomat Thomas Kramer, Vater meines oben erwähnten Mitarbeiters, wies mich dankenswerterweise auf diese Arbeiten und deren Rezeption hin. Luxenberg bestätigt die These vom Islam als Identitätsreligion:

Die historische Entwicklung des Islam zeigt, dass sie politisch bedingt war. Nachdem das arabische Reich sich etabliert hatte, ist wohl das Bedürfnis entstanden, von den Christen, mit denen die Araber in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt wurden, Abstand zu nehmen und eine eigene Religion zu gründen.

Der Islam als arabische Weltanschauung?

Ja. Er sollte gewissermaßen als Ideologie dienen, die ihre Effizienz bei der Bildung eines arabischen Nationalbewusstseins und einer einheitlichen arabischen Sprache und Kultur nachhaltig bewiesen hat. So lässt sich historisch nachvollziehen, weshalb eine Trennung von "Religion und Staat" im Islam - bisher jedenfalls - undenkbar ist, wenn auch eine aufgeklärte muslimische Elite sich verstärkt dafür einsetzt. (Luxenberg 2004)

Luxenberg schlägt eine syro-aramäische Lesart des Korans vor (Luxenberg 2000). Seine These ist verwegen: In Mekka hätten einst Christen gesiedelt, die aramäisch sprachen, sodaß dort die Umgangssprache eine Gemisch aus Arabisch und dem älteren Aramäisch gewesen sei. Selbst „Araber“ sei ein aramäisches Wort, das Wüstenbewohner oder Hirte bedeute. Mohammed seien christliche Liturgiebücher in die Hand gekommen, aus denen er dann rezitiert habe. In der späteren Rezeption durch Araber habe man aber nicht mehr Aramäisch beherrscht, wodurch zahlreiche Wörter des

Korans falsch verstanden worden seien. Eines dieser Wörter sei Huri – die sprichwörtlichen „weiß-
äugigen Jungfrauen“, die Muslime im Paradies erwarten. Tatsächlich bedeute die aramäische Wurzel, die arabisch mißverstanden wurde, „weiße Weintraube“. Im Paradies warten also bloß Sultanninen anstelle von Schönheiten („weißäugig“ meint Augen, in denen der Kontrast zwischen der dunklen Pupille und dem weißen Augapfel besonders deutlich ist – ein arabisches Schönheitsideal). Das gäbe ein bitteres Erwachen für Selbstmordattentäter! Auch der Kopftuchzwang sei nicht im Koran belegt, hier werde das aramäische Wort für Gürtel mißverstanden: Die Frauen sollten eigentlich nur ihre Lenden bedecken.

Solch etymologische Deutungen können, bei aller Gelehrtheit, eine gewisse Willkür nicht vermeiden. Mich überzeugt daher eine kritische Rezension des Arabisten Simon Hopkins (2003), der Luxenbergs Auslegungen stark relativiert. Doch es erscheint gewiß, daß der Koran auf der Grundlage christlicher oder jüdischer Texte entstanden ist –

auf dieser Fährte sind deutsche Orientalisten schon seit langer Zeit. Besonders wichtig hierzu sind die Arbeiten von Günter Lüling, der aus einer bedeutenden Orientalistenfamilie stammt und in seiner Dissertation von 1970 durch den Vergleich zwischen Koransuren und antitrinitarischen altchristlichen Strophenliedern die These des großen protestantischen Theologen Adolf von Harnack belegte:

Der Islam ist eine Umbildung der von dem gnostischen Judenchristentum selbst schon umgebildeten jüdischen Religion auf dem Boden des Arabertums durch einen großen Propheten. [...] Und somit ergibt sich als Paradox wahrhaft weltgeschichtlichen Ausmaßes die Tatsache, dass das Judenchristentum zwar in der christlichen Kirche untergegangen ist, aber im Islam sich konserviert hat und in einigen seiner treibenden Impulse bis in unsere Tage herein reicht. (Harnack: 537)

Allerdings kam diese Deutung den Protestanten gelegen, die im Islam eine Reinigung des byzantisch-römischen Christentums vom Bombast sa-

hen. Harnack schreibt demnach auch:

Der Islam, der über diese Gebilde im Sturme gefahren ist, war ein wirklicher Retter; denn trotz seiner Dürftigkeit und Öde war er eine geistigere Macht als die christliche Religion, die im Orient nahezu Religion des Amuletts, des Fetisch und der Zauberer geworden ist, über welchen das dogmatische Gespenst, Jesus Christus, schwebt. (Harnack: 415)

Lüling zog aus seiner Arbeit folgende Schlüsse:

Das einzige Neue ist, daß das, was wir als frühislamische und mittelalterliche arabische Strophendichtung und Volkssprache schon kannten, nun klar bestätigt schon im Koran vorhanden ist, und zwar zweifelsfrei als ein christlich-arabisches literarisches Erzeugnis der vorislamischen Zeit, spätestens des 6. Jahrhunderts n.Chr. Mit diesem Ergebnis sind alle bisherigen Überlegungen über Abhängigkeit oder Originalität des Propheten ebenso wie alle bisherigen Aufstellungen über die Chronologie der Entstehung der einzelnen Suren des Koran auf eine völlig neue Grundlage gestellt. [...] Die zentrale Erkenntnis aus dem inhaltlichen Widerspruch zwischen den rekonstruierten vorislamisch-christlichen Strophenliedern des Koran und

den zu diesen christlichen Texten später hinzugefügten genuin islamischen Texten des Koran ist die, daß die Bewegung des Propheten Muhammad nicht, wie das traditionelle Paradigma vorgibt, eine Bewegung vom paganen Heidentum Zentralarabiens zu den (vorgeblich in Mekka nur vage bekannten) monotheistischen Religionen Judentum und (hellenistisches) Christentum gewesen ist, sondern umgekehrt eine Bewegung weg von diesen beiden Religionen und zurück zu den religiösen und moralischen Prinzipien des zentralarabischen paganen Heidentums [...]. (Lüling 1985)

Diese heidnische Kult der damaligen Wüstenaraber sei der sogenannte Höhenkult gewesen. Diesen erklärt Lüling mit mehreren Thesen und einer sehr unangenehmen Schlußfolgerung:

These 1: Der Höhenkult ist nicht wesentlich Sexual- und Fruchtbarkeitskult, wie denunzierend in der jüdisch-christlichen Tradition dargestellt, sondern Grabeskult. [...] These 2: Höhenkult ist als Grabeskult in erster Linie Heroenkult. Dieser Heroenkult ist Wiederauferstehungs- und/oder Wiedergeburtsglaube. Als solcher entspricht der höhenkultische Heroenkult

dem altsemitisch / altisraelitischen Messiaskult. [...] These 3: Da Ahnen- und Heroenkult mit dem Blutrechtsglauben eine Einheit bilden, ist die Höhe das Zentrum des Blutrechtswesens (Blutrache und Asylwesen / Gastrecht). (Lüling 1985)

Demnach wäre die Blutrache Kern des Islams. Verwandt ist damit auch das Phänomen der Ehrenmorde. Philipp Carl Salzmann erklärt in seinem Buch *Culture and Conflict in the Middle East* diese und damit auch das nahöstliche Familienleben, aus dem Versuch, jeweils mehr Agnaten anzusammeln als die Nachbarsippen. Agnaten sind Nachkommen in der Manneslinie; deren Zahl sei zu maximieren. Diese Strategie erklärt mehrere Gepflogenheiten: Die Töchter werden mit Cousins verheiratet, damit die Familie von ihrer Fruchtbarkeit profitiert. Es wird Vielweiberei praktiziert, um so von der Fruchtbarkeit mehrerer Frauen zu profitieren. Die Frauen anderer Sippen werden außerdem auf „unmoralische Taten“ überprüft, nach denen sozialer Druck aufgebaut werden kann, sie zu töten, wodurch die Sippe ihrer

Fruchtbarkeit beraubt wird. Dies führt zum nahöstlichen Brauch des Ehrenmordes. Ein Hinweis auf das sippenstrategische Kalkül ist hierbei, daß Indiskretionen von Frauen innerhalb der Familie oft toleriert werden und in der Regel nur dann zu Morden führen, wenn sie außerhalb der Familie bekannt werden.

Zurück zu Lüling: nach Simplifizierung ist ihm nicht. Antiislamisten werden an Lüling hart zu kauen haben, denn er weist nach, daß dieser mythische Blutrechtskult auch Kern des neutestamentarischen Christentums sei:

Weil das Blutrechtswesen in unüberbrückbarer Opposition zum Recht des Stadtstaates und Großstaates und damit zu den religiösen Weltreichsdoktrinen des Judentums und hellenistischen Christentums steht, ist das Blutrechtswesen in ganz besonderer Weise der Bekämpfung und Denunziation durch „fortschrittliche“ Staatsorgane und Staatstheologen ausgesetzt gewesen. Wie sehr diese Denunziation Erfolg hatte, mag durch die schockierende These betont sein, daß die Moral der Bergpredigt („Höhenpredigt“!), die

Feindesliebe des Neuen Testaments (NT), ursprünglich die Moral der Blutrechtsordnung ist, ein Gedanke, der heute infolge der durch Jahrtausende geübten Denunziation der Blutrechtsordnung schlechthin unglaublich scheint. Es steht heute die sich aufdrängende, weil erfolgversprechende Aufgabe an, aus dem System des archaischen systematischen Weltverständnisses (Untersuchung des archaischen Verständnisses von Tod, Leben, Schuld, Schicksal, Strafe, Vergeltung / Wiedergutmachung, Adoption, Asyl etc. etc.) den Nachweis zu führen, daß die Feindesliebe eine, wenn nicht die zentrale Kategorie der Blutrechtsordnung gewesen ist. Hier genügt es darauf hinzuweisen, daß auch in der biblischen Tradition der zurecht messianisch verstandene „Erlöser“ (z.B. Hiob 19,25: „Ich weiß, daß mein Erlöser lebt“) dem eigentlichen hebräischen Wortsinn nach der blutrechtliche „Einlöser“ (go'el) einer blutrechtlichen Schuld ist, in letzter Konsequenz also der Bluträcher im wahrsten Sinn: Leben um Leben. Tatsächlich ist der ntl. Messias „der Hirte, der sein Leben gibt für die Schafe“ (Job. 10,12), seiner ideengeschichtlichen Herkunft nach der blutrechtliche Stammesfürst, der der Blutrechtsordnung gemäß sein Leben bedingungslos einzusetzen hat für das

Recht der Seinen. Und er ist der schuldlos leidende Knecht seiner Angehörigen, weil er nicht selten auch, selbst schuldlos, die Schuld ihm untergeordneter Stammesmitglieder gegen Stammesfremde mit seinem Leben einlösen muss „wie ein Lamm, daß zur Schlachtbank geführt wird“ (Jes.53,7). Ihm steht gegenüber „der Mietling, der kein Hirte ist“ (Joh. 10-12), d.h. der gegen Lohn angestellte Richter und Staatsmann der Hochkultur. (Lüling 1985)

Daraus leitet Lüling dann durch ideengeschichtliche Spekulation ab, dieser Kern des Christentums führe zur Naturzerstörung und sei kritisch zu betrachten. Diese weitreichenden Schlüsse sind leider etwas typisch dafür, wie Orientalisten die Fantasie durchgeht. Alles in allem bemühen sich die vorwiegend deutschen Orientalisten redlich, Mohammed dieselbe Historisierung angedeihen zu lassen, die schon Jesus durch vor allem protestantische Theologen erleiden mußte. Historisch sind all diese Untersuchungen höchst aufschlußreich, gehen aber nicht an den Kern der Religion – die exakten historischen Begebenheiten vor Jahrtausenden

den spielen für das heutige religiöse Leben eine geringe Rolle. Mohammed oder Jesus zu „widerlegen“, ist ein rationalistischer Irrweg. Die alte Tradition deutscher Islamkritik war allerdings durch ihre genauso scharfe Kritik an Christentum und Judentum im arabischen Raum durchaus geachtet – eben weil diese Islamkritik nicht auf *Talk-Show*-Niveau als einseitige Identitätsverachtung herüberkam. Günter Lüling ist wohl einer der letzten Vertreter dieser wissenschaftlich hochstehenden, insbesondere preußischen Tradition. Seine Dissertation erhielt die höchste Auszeichnung, doch danach war Karriereende. Die politische Korrektheit hatte an den Universitäten Einzug gehalten. Lüling wurde entlassen und lebte bis zur Pension von Arbeitslosengeld. Seine Schriften verlegt seitdem seine Gattin.

Es ist durchaus plausibel, daß der Islam auf der Grundlage älterer antitrinitarischer Sekten entstand. „Antitrinitarisch“ bedeutet die Ablehnung der Dreifaltigkeit, was bis heute aus islamischer Sicht der größte theologische Unterschied des

Islams zum Christentum ist. Die Dreifaltigkeit und vermeintliche Anbetung von Maria werden im Islam als Reste eines Polytheismus angesehen, wiewohl Maria verehrt wird (aber eben nicht angebetet). Plausibler ist aber noch, daß der Islam in Reaktion auf die antitrinitarische Häresie entstand, nicht als direkte Fortführung. Denn die Antitrinitarier glaubten anstelle der Dreifaltigkeit und damit Dreieinigkeit an eine getrennte Dreiheit Gottes, was in der Tat polytheistisch wirken mußte.

Das Christentum spaltete sich in mehrere Zweige auf: den römischen (katholisch), den byzantinischen (orthodox) und den syrischen. Teile dieses syrisch-orientalischen Zweiges, der am nächsten zum Urchristentum war, aber stark byzantisch überlagert wurde, wurden rekatholisiert, Teile zu orthodoxen Zweigkirchen. Zahlreiche christliche Sekten traten über die Jahrhunderte im Orient auf, bis die Institutionalisierung in Kirchen erfolgreich war (und die Häretiker ausgerottet). Es scheint mir recht gewiß, daß eine dieser antikirchlichen,

aramäisch sprechenden Judenchristensekten in Mekka rezipiert wurde. Demnach kann der Islam als christliche Sekte angesehen werden, die einem gewissen Urprotestantismus ähnelt. Kühnelt-Leddihn weist darauf hin, daß der ursprüngliche Protestantismus im calvinischen Westen islamische Züge aufwies:

alles kontrollierender *deus absconditus* [verborgener, nicht rational zugänglicher Gott], unfehlbarer Prophet, Verweltlichung der Ehe, Puritanismus, Messianismus (Kühnelt-Leddihn 1953: 338)

Trotz der christlichen (syro-aramäischen) Ursprünge des Islams mußte er zur identitären Selbstbehauptung von Anfang an antichristlich auftreten – diese antichristliche Grundrichtung ist also nicht bloße Reaktion auf westliche Untaten. Dennoch ist der Islam von Anfang an von der Hoffnung getragen, von Christen aus freien Stücken angenommen zu werden, weil er sich als Ergänzung und Reinigung des Christentums versteht. Wir könnten alle in Frieden Leben, so die islamische Devisen, wenn ihr Christen euch nur

endlich von den korrupten Mächten lossagt, die auch beherrschen! Leider hat der Islam Zeit seines Bestehens niemals weniger korrupte Mächte anbieten können, weshalb dann im schiitischen Islam eine innerislamische Gegenreaktion einsetzte: für einen von korrupter Politik gereinigten Islam. Wie ich in älteren Scholien sehr ausführlich dargelegt habe, entstand so unter führenden schiitischen Geistlichen eine staatsferne und politikskeptische Auslegung des Islam, die durch die „Islamische Republik“ niedergemacht wurde. Natürlich enttäuschte auch diese Republik, wodurch die iranische „Jugendbewegung“ nun weitgehend säkular-nationalistisch ist.

Antimissionare

Die Perspektive, daß der Islam eigentlich eine christliche Sekte ist, die wohl weder Islamisten noch Antiislamisten gefallen wird, machte sich auch einer der erfolgreichsten Missionare im islamischen Raum zu eigen – der syrische „Antimissionar“ Mazhar Mallouhi. Sein Beispiel ist beson-

ders aufschlußreich für ein tieferes Verständnis der Probleme zwischen Islam und Christentum.

Über die intensiven Missionierungsbemühungen westlicher Mächte, welche die Schwäche des Osmanischen Reiches ausnutzten, schrieb ich schon weiter oben. Diese Missionare wurden natürlich stets als Agenten der westlichen Mächte wahrgenommen – die Orientalen hatten die bittere Erfahrung gemacht, daß sich die Westmächte mit Gewalt holen würden, was ihnen durch Diplomatie und Missionierung nicht in die Hände fiel. Am Anfang des 20. Jahrhunderts, als sich das europäische Ringen um den Orient zum Ersten Weltkrieg hin verstärkte, entstanden die ersten islamistischen Bewegungen. Eine davon war die mittlerweile notorische Muslimbrüderschaft. Sie wurde mit dem Ziel gegründet, die missionarischen Aktivitäten der Westmächte in Ägypten und Syrien zurückzudrängen. Die neuen arabischen Massenmedien hatten begonnen, Gerüchte zu verbreiten, daß die Missionare islamische Kinder entführen und hirnwaschen würden. Spätestens seit 1953 wird die

christliche Missionierung im Nahen Osten als extreme Gefahr angesehen. In diesem Jahr erschien das Buch „Evangelisierung und Imperialismus in der arabischen Welt“. Die Autoren Mustafa Khalidi und Umar Farrukh waren ausgerechnet Professoren an der Amerikanischen Universität von Beirut (AUB), einer der besten Universitäten im Nahen Osten, die von protestantischen Missionaren begründet worden war. In ihrem Buch, das sofort zum Bestseller wurde und bis heute in immer neuen Auflagen nachgedruckt wird, argumentieren sie, daß die missionarischen Aktivitäten imperialistische Werkzeuge zur Erringung westlicher Hegemonie über den Orient wären. Die Missionare würde tiefste Feindschaft gegenüber den arabischen Muslimen prägen. Diese Sichtweise enthält natürlich einen Kern Wahrheit, übersieht aber den unglaublichen kulturellen und wissenschaftlichen Beitrag der Missionare für den Orient. Bis heute sind Schulbücher in der arabischen Welt voll von Schmähungen der Missionare – so berichtet mir der in Wien lehrende deutsche Ori-

entalist Wolfram Reiss – was natürlich eine anti-westliche und antichristliche Grundstimmung aufheizt.

Freilich wurde die Missionierung gelegentlich politisch instrumentalisiert, doch dasselbe läßt sich auch vom antimissionarischen Nationalismus behaupten. Interessanterweise wurden eben auch arabischer, türkischer, persischer und islamistischer Nationalismus gelegentlich von fremden Mächten gefördert und ausgenutzt. Man mag dabei heute gleich an die Amerikaner denken, die das am ausgiebigsten taten. Ein weniger bekanntes Beispiel ist die deutsche Niedermayer-Hentig-Expedition. Hierbei reiste eine deutsche Gesandtschaft 1914 nach Afghanistan, um den damaligen Emir davon zu überzeugen, die ihm untergebenen Muslime zum Heiligen Krieg gegen die Alliierten anzustacheln. Dafür boten die Deutschen Geld und Waffenlieferungen. Die Afghanen ließen sich 100.000 Gewehre und 300 Geschütze liefern, hatten damals aber noch keine Lust auf Dschihad. Inzwischen zwar ein Sieg der Mittelmächte unwahr-

scheinlicher geworden, und die Afghanen blieben neutral.

Es war das erste Mal seit historischen Zeiten, daß ein weltweiter Dschihad befürchtet wurde – und dieser wurde ausgerechnet von Deutschland und Österreich betrieben. Die Alliierten gerieten in große Angst vor diesem Dschihad-Potential und schlossen daraus, künftig noch intensiver im Orient intervenieren zu müssen. Antonius kommentiert die damalige westlich instrumentalisierte Dschihad-Gefahr wie folgt:

Es wurde fest damit gerechnet, daß die Türkei im Falle einer Allianz mit den Mittelmächten als einer der ersten Schritte die islamische Welt gegen die Alliierten aufhetzen würde. Als Kalif und höchster Imam würde der Sultan erklären, daß sich die Türkei, der bedeutendste islamische Staat und Sitz des Kalifats, im Krieg gegen christliche Mächte befände, die auf ihre Zerstörung aus wären, daß die heiligen Stätten in Gefahr wären, und daß sich alle Rechtgläubigen unter dem Banner ihres Glaubens scharen müßten. Inwiefern dieser Aufruf wirklich befolgt werden würde, war

schwer vorherzusehen. Es hatte in der Neuzeit keinen Präzedenzfall gegeben, in dem der Dschihad in weltweitem Maßstab erklärt worden wäre; und der Umstand, daß die Türkei selbst im Bündnis mit christlichen Mächten war, hätte das Gewicht ihres Aufrufs abgeschwächt. Andererseits waren die Gefühle panislamischer Solidarität [...] ein Faktor, der weder genau eingeschätzt, noch ignoriert werden konnte. Schließlich hatten die Mahdi-Rebellion im Sudan und der Widerstand der islamischen Bevölkerungen gegen europäisches Eindringen in Tunis, Marokko und Tripoli vor nicht allzu langer Zeit gezeigt, daß das Anrufen eines religiösen Motivs im Kriegsfall noch etwas seiner früheren Zündkraft behalten hatte. (Antonius: 135)

Durch die versuchte Instrumentalisierung der Religion für westliche Kriegszwecke verlor der Ruf der Christen gewaltig an Ansehen. Für den erwähnten Mazhar Mallouhi ist der Begriff „Christ“ im Orient nicht mehr zu retten – er sei zu stark mit negativen Assoziationen westlicher Machtpolitik verbunden. In einigen Jahren, wenn sich die Islamisten weiter behaupten, wird es wohl dem

Begriff „Islam“ im Westen ähnlich ergehen. Sobald ein Begriff in den Köpfen der Menschen Assoziationen mit Tod und Verfolgung auslöst, wird er unbrauchbar. Da kann man noch so darauf beharren, daß „der echte Islam“ oder „das wahre Christentum“ Friedensreligionen seien, und Israel nicht „das Judentum“ repräsentiere. Nach dem 20. Jahrhundert ist alles politisiert und damit verunzucht.

Mallouhi nennt sich einen „islamischen Jesusjünger“. „Islamisch“ interpretiert er eben als kulturelle Identität, der man nicht einfach abschwören könnte. Darum beiße die Missionierung auch auf Granit: einen Muslim zum Christen machen zu wollen, sei gleichzusetzen damit, einen Fisch aus einem Teich zu holen, um ihn vor dem Ertrinken zu retten. Damit leugnet Mallouhi natürlich nichtislamische arabische Identitäten, die einst die überwiegenden waren und nach Jahrhunderten der Verfolgung noch immer bestehen – aber der Nationalismus ist stets blind für abweichende Identitäten. Wenn er politisch erfolgreich sein will, muß

er das sogar sein, denn es geht ja darum, die möglichst größte Herde zu erzeugen.

Mallouhi hält jedenfalls die missionarische Strategie, Konvertiten zu erzeugen für fruchtlos. Viel besser wäre es, Christentum authentisch und freundschaftlich vorzuleben, ohne jede Agenda. Mit jenen, die sich dafür interessieren, sollte man die Lehren Jesus teilen und alles weitere Gott überlassen. Er schildert sein Verständnis wahren Christentums so:

Christus kam, um das Königreich Gottes in die menschlichen Herzen zu bringen – nicht um eine neue Religion zu begründen. Seine Botschaft ist eigentlich ganz einfach. Doch, so sagt man, als der christliche Glaube zu den Griechen kam, machten sie eine Philosophie daraus. Als er zu den Römern kam, machten sie eine Institution daraus. Und als er endlich im äußersten Westen ankam, machte man ihn dort zu einem lukrativen Geschäft. (Chandler: 143)

Mohammed selbst sei ein Opfer des orientalischen Christentums geworden, das damals voll von Häresien und Verirrungen war, und auch ein Opfer

der damals bestehenden Kirchen:

Ich bin tatsächlich davon überzeugt, daß Mohammed (und die folgende Entwicklung des Islam) in vielerlei Hinsicht das Opfer der damaligen Kirche, ein Opfer des damaligen Christentums wurde. Wenn die Kirche Mohammed bloß zu Beginn aufgenommen hätte und versucht hätte, mit ihm schon früh zusammenzuarbeiten und ihm das Licht Christi ehrlich zu vermitteln! Alles, was er über Christen und Juden falsch zitierte und lehrte, hatte er tatsächlich von den damaligen Christen und Juden übernommen. Mohammed erhielt seine falschen Lehren über ihren eigenen Glauben von ihnen selbst. Und heute setzen wir diese Fehler allzu oft fort. (Chandler: 197)

Das ist freilich sehr naiv; man muß es aber als ein nützliches Märchen ansehen, das sehr geschickt arabische Minderwertigkeitsgefühle adressiert. Mallouhi hat Recht mit seiner Ansicht, daß ein Christ aus dem Byzanz des sechsten Jahrhunderts mehr Gemeinsamkeiten mit heutigen Muslimen sehen würde als mit einem typischen Christen von heute. Mallouhi hat die Hoffnung, daß die Mus-

lime eines Tages den Koran so betrachten würden, wie die Christen das Alte Testament: als eine kulturelle Überlieferung, die nicht allzu wörtlich zu nehmen ist.

Als Mallouhi sein christliches Erweckungserlebnis hatte, machte er eine bittere Erfahrung, die wohl zum Teil erklärt, warum er nominell dem Islam treu geblieben ist. Zunächst war er nämlich so vom Christentum ergriffen, daß er in die nächste Moschee lief und dort verkündete, die Leute würden den falschen Gott anbeten. Man kann sich die Konsequenzen vorstellen. Sein eigener Onkel versuchte daraufhin, ihn vor der Moschee umzubringen, um die Familie von Schande zu befreien. Mallouhi nahm ihm das jedoch nicht übel:

Mazhar erkannte, daß er die Ablehnung seiner Familie nicht erfuhr, weil er Christus folgt, sondern aufgrund der Art, wie er sich – auf Anweisung der ihn überzeugenden Christen – verhalten und seinen neuen Glauben erklärt hatte. Als er daher seiner Familie erzählte, er wäre ein „Christ“ geworden, klang das für sie nach absolut keiner guten Nachricht. Sie verstan-

den es so, als habe er sich dem Feind angeschlossen. In ihren Augen hatte er seiner Familie und den Werten seiner Gemeinschaft zugunsten des westlichen Individualismus den Rücken zugekehrt, wäre von einem monotheistischen in einen polytheistischen Glauben zurückgefallen und hätte strenge moralische Traditionen gegen lax westliche Verhaltensweisen eingetauscht. Damit hätte er die gesamte Essenz arabischer Kultur verlassen. Das war die größte vorstellbare Schande, die er seiner Familie antun konnte. (Chandler: 109)

Nachdem er den Mordanschlag seines Onkel mit einer tiefen Wunde am Hals überlebt hatte, besuchte er ihn und erklärte ihm sein Verständnis für die Tat und seine Liebe für ihn. Der verblüffte Onkel

gab ihm seinen Segen und sagte ihm, dann solle er zumindest „ein guter Christ“ werden, im Gegensatz zur moralisch, religiös und sozial schlechten Wahrnehmung, die seine Gemeinschaft sonst von Christen hatte, insbesondere jenen, die in Berufen tätig waren, die Muslime für schändlich hielten – wie dem Verkauf von Alkohol und der Prostitution. (Chandler:

Mallouhi bemühte sich seitdem besonders darum, „christlich“ im besten Wortsinne zu sein, anstatt viele Worte darüber zu verlieren. Er diente in der syrischen Armee, doch ein Geheimdienstmitarbeiter und Muslimbruder, der ihn als Konvertiten betrachtete, diskreditierte ihn mit falschen Anschuldigungen. Daraufhin wurde Mallouhi aus der Armee entlassen. Mehrere Jahre später war derselbe Mann bei einem Putschversuch beteiligt (die sunnitisch-islamistische Opposition gegen das Assad-Regime ist schon alt) und mußte fliehen. Ein hohes Lösegeld war auf ihn ausgesetzt. Er versteckte sich in Beirut und lief dort eines Tages Mallouhi in die Arme. Sein Schrecken war groß, denn er war sich gewiß, daß er ihn, der ihm einst so zugesetzt hatte, verpfeifen würde. Doch Mallouhi umarmte den verblüfften Muslimbruder, lud ihn zu sich nachhause ein und half ihm, Kontakte zu anderen syrischen Oppositionellen in Beirut zu knüpfen. Daraufhin revanchierte sich der Islamist in erstaunlicher Weise: Er ließ Mallouhis Bücher

über Christus durch den Verlag der Muslimbrüder verlegen! So begann Mallouhis erstaunliche Karriere. Ein Talibanführer bekam eines seiner Bücher in die Hände und teilte ihm daraufhin mit: „Ich wünschte, alle Taliban würden dieses Buch lesen!“ Mittlerweile sind sogar zahlreiche islamische Scheichs zu „Jesusjüngern“ geworden, die in ihren Moscheen das Neue Testament studieren. Mallouhis Erfolgsrezept besteht darin, sich jeden Kommentars über den Islam oder theologische Fragen zu enthalten. Es geht ihm nur darum, Jesus als Vorbild für das Leben zu verstehen – und seine Lehren mit der islamischen Kultur zu versöhnen. Damit rennt er bei Islamisten offene Türen ein, die davon überzeugt sind, daß Jesus ein Prophet war, dessen Lehren die westlichen Kirchen verzerrt haben. Er meint, im Umgang mit Muslimen solle man sich am Beispiel des Umgangs Jesus mit den Samaritern orientieren:

Die Samariter verärgerten die Juden, weil sie dieselbe religiöse Erzählung, dieselben Propheten und heiligen Orte teilten, aber ihre eigene, unterschiedliche Inter-

pretation hatten. „Muslime sind unsere Samariter“, sagt Mazhar, „und Jesus weigerte sich, Krieg gegen sie zu führen [...]“ (Chandler: 86)

Statt dessen sollten die Christen „Frieden gegen die Muslime führen“ (*wage peace on Muslims*). Dafür empfiehlt er die Analogie, auf der „dunklen Seite des Mondes“ aufzubauen:

Das islamische Symbol ist eine Mondsichel: der kleine Teil des Mondes, der das Licht der Sonne reflektiert. Der größte Teil des Mondes ist jedoch dunkel, im Schatten durch den Mangel an reflektiertem Sonnenlicht. (Chandler: 87)

Wer sich freilich im „Haus des Krieges“ wähnt, wird für solche Spitzfindigkeiten wenig Geduld aufbringen. Doch gehen wir in meiner Chronologie etwas weiter. (Der Leser wird schon schmunzelnd festgestellt haben, daß meine „Chronologie“ ein wenig als Spott einer rein formalistischen Geschichtsschreibung gedacht ist, die Daten aneinander reiht.) Heute sind wir uns im Westen ja alle einig, den Frieden zu wollen und den Krieg zu verabscheuen. Krieg wollen nur böse Islamisten!

Diese Schurken halten sich nicht einmal an die Sykes-Picot-Linie, mit der sich Frankreich und Großbritannien per Lineal ihre Anspruchssphären zuteilten – um Frieden zu stiften! Welcher Affront!

Heiliger Weltkrieg

Ich glaube chronologisch bin ich jetzt im Ersten Weltkrieg angekommen – wo ich schon in den letzten Scholien war. Tja, manchmal muß man zwei Schritte zurückgehen, um einen nach vorne zu setzen. Über den Ausbruch des Krieges schrieb ich schon ausführlich, nun wollen wir an dessen Ende sehen. Bereits 1916 war deutlich, daß die Mittelmächte langfristig unterliegen mußten, woraufhin diese den Frieden suchten. Das war vor dem Kriegseintritt der USA! Kaiser Karl versuchte durch seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma, eine Verbindung mit Frankreich herzustellen. Diese Versuche scheiterten, so versuchte man von Wien aus mit Woodrow Wilson ins Gespräch zu kommen. Der verwies an seinen

außenpolitischen Berater, den Sozialisten und puritanischen Geistlichen George Herron. Diesem schilderte eine Delegation die Pläne Kaiser Karls, der wie Franz Ferdinand die Donaumonarchie in einen liberalen Staatenbund umwandeln wollte. (Apropos: In den letzten Scholien passierte mir der erste gröbere inhaltliche Schnitzer, weil ich meinen Lesern ein Fremdwort ersparen wollte. Ferdinands Gattin Sophie Chotek war nicht bürgerlich, sondern die Ehe morganatisch – sie war also niederen Adels als der Monarch und daher nicht standesgemäß). Herron war nicht vom Frieden zu überzeugen. Er konnte den Gedanken nicht ertragen, daß die Habsburger-Dynastie überleben sollte. Kühnelt-Leddihn berichtet:

Wenn die Habsburger als Herrschergeschlecht überlebten, wäre dieser Krieg umsonst geführt worden. Wahrscheinlich hatte Herron eine Vision von Kaiser Karl als „typischen Habsburger“, als eine Art zweiten Philipp II., von jesuitischen Beichtvätern, Großinquisitoren und Scheiterhaufen mit geschmorten Leichen liberaler Protestanten umgeben. [...] Man stelle sich

die fürchterliche Frage, wie viele Männer, junge und alte, zwischen Februar und November 1918 für die verbrecherische Beschränktheit dieses ‚Idealisten‘ in einem völlig entmenschten Krieg für den Triumph der Demokratie (und den Aufstieg Hitlers) ihr Leben lassen mußten. (Kühnelt-Leddihn 1985: 178f)

Herron hatte in einer gewissen Elizabeth D. Rand eine reiche Förderin gefunden, die von seinen sozialistischen Predigten, die voller Ressentiments gegen „die Reichen“ waren, begeistert war. Es ist typisch, daß Reiche mit schlechtem Gewissen (Frau Rand hatte ihren Reichtum von ihrem Mann geerbt) zu den stärksten Förderern des Sozialismus werden. Frau Rand gründete in New York die *Rand School of Economics*, wo Sozialismus unterrichtet wurde. Man lasse sich die Ironie auf der Zunge zergehen, daß wenig später eine gewisse Ayn Rand das glatte Gegenteil lehren und predigen sollte. Herron lohnte seiner Gönnerin das Engagement damit, daß er ihre hübsche Tochter verführte und seine Frau mitsamt seiner fünf Kinder sitzen ließ. Das gab einen Riesenskandal – der

gute Mann pfiß hinfort auf Moral und Religion und gab sich ganz der Politik hin. In Europa, so war er sich gewiß, mußte ein Dschihad geführt werden:

[...] dieser Krieg war ja in seinen Augen kein gewöhnlicher Krieg, sondern ein heiliger Krieg, ein Krieg des Fortschritts, der Demokratie, der Freiheit gegen die unheilige Allianz des Vatikans, der Kaiser in Wien und Berlin, der preußischen Junker, der Kapitalisten und Ruhrmagnaten. Da hatte doch Amerika keine Wahl! Da mußte Amerika eingreifen! Was aber würde geschehen, wenn gerade jetzt – noch vor einer Kriegserklärung der Vereinigten Staaten – es zu einem schmachvollen Kompromißfrieden käme? Hurtig schrieb Herron ein Buch, das in London verlegt wurde: *The Menace of Peace*, „Die Bedrohung durch den Frieden“. Und dort liest man die groteske Behauptung, daß ein Kompromißfriede „Gottes Herz brechen würde“ (ein Stück privater Offenbarung?). Ein solcher würde viel ärger sein als ein „preußischer Sieg“, denn in diesem Falle würden „nach einer langen, bangen Nacht die Völker der Erde dennoch zu kosmischer Intimität und grenzenloser Erkenntnis ge-

langen“. Und diesen sentimentalens Unsinn von der *cosmic intimacy and infinite knowledge* schluckte Wilson, Sohn eines presbyterianischen Pastors, mit Begeisterung und gratulierte Herron mit bewegten Worten. Der glückselige Autor aber übersiedelte nun in die Schweiz, lebte teils am Genfer See, teils in der Nähe von Bern und wurde durch die amerikanische Gesandtschaft (in der Allan Dulles ein junger Attaché war) der Berater Wilsons in Sachen der Außenpolitik und spielte dabei eine Rolle, die kaum geringer war als die des Obersten House. Zugleich aber informierte er auch das Londoner Foreign Office, wobei es keineswegs klar ist, ob die Amerikaner wußten, daß er seine Berichte auch nach England weitergab. Das Jahr 1917 hatte drei wichtige Ereignisse gebracht: den Sturz der Monarchie in Rußland, den schrankenlosen U-Boot-Krieg und die gesteigerten Friedensversuche des Vatikans, Österreich-Ungarns und auch Deutschlands. Die Friedensversuche kamen Herron in die Quere, der Fall der russischen Monarchie und auch der U-Boot-Krieg begünstigten seine Aktionen. Die russische Republik, an deren Spitze Alexander Kérenskij stand, wurde von Wilson stürmisch begrüßt; der Präsident erklärte, daß Rußland jetzt ein würdiges Mit-

glied in einer League of Honor war. Für Wilson war nun „die Lage geklärt“. Der Weltkrieg war nun nicht mehr ein ganz gewöhnlicher und ordinärer Krieg zwischen Staaten und Völkern, sondern eine blutige ideologische Auseinandersetzung, bei der es um die heiligsten Güter des „Fortschritts“ ging. (Kühnelt-Leddihn 1985: 176f)

Als der Papst höchstpersönlich zugunsten eines raschen Endes des Krieges intervenierte, ließ Wilson durch seinen Staatssekretär pampig ausrichten, in einem „moralischen Krieg“ wie diesem hätten „kirchlich-religiöse Gefühle“ oder „Vernunftgründe“ nichts verloren. Gegen Ende des Krieges schloß der französische Literat Anatole France verbittert:

„Niemand wird mich überreden, daß dieser Krieg nicht längst hätte beendet werden können. Kaiser Karl hat den Frieden angeboten. Er war der einzige anständige Mann, der während des Krieges eine wichtige Stelle innehatte, aber man hörte ihm nicht zu. Meiner Meinung nach hätte man sein Angebot annehmen sollen. Kaiser Karl hatte einen ehrlichen Friedenswillen und darum haßt ihn jedermann. Ribot

ist ein alter Schurke, eine solche Gelegenheit versäumt zu haben. Ein König von Frankreich, ja, ein König, hätte sich der armen Menschen erbarmt, weißgeblutet, am Ende ihrer Kräfte, aber die Demokratie ist herzlos und ohne Eingeweide. Eine Sklavin des Geldes ist sie, erbarmungslos und unmenschlich.“ (Kühnelt-Leddihn 1985: 183)

Linke und Rechte

Anatole France kam von der Linken und spielte in der Dreyfus-Affäre eine wichtige Rolle. Diese bedeutende Episode im Frankreich am Ende des 19. Jahrhunderts sollte gewaltige Implikationen für den Orient haben. Sie lieferte das Futter für zahlreiche „heilige Kriege“: zunächst jener zwischen Linken und Rechten, die im 20. Jahrhundert Europa erschütterten und stets parallel auf den Orient überschwappten. Die Affäre führte zu einer massiven Polarisierung, deren Folgen bis heute noch nicht abgeklungen sind. Sie ist typisch für das gespiegelte Verhalten zwischen links und rechts. Links stehen meist die Zündler, rechts die Anfächer – zusammen lassen sie alles lichterloh ver-

brennen. Kühnelt-Leddihn gibt eine besonders klare Schilderung der Affäre:

Die dauernden Siege der Linken wurden zweifellos auch durch unglaubliche Dummheiten der Rechten gefördert. Da war, um nur ein Beispiel zu nennen, die Kette der Dreyfus-Prozesse. Der „Fall“ ist weltbekannt. Eine Putzfrau fand im Papierkorb des deutschen Militärattachés von Schwarzkoppen einen Zettel mit Informationen (das bordereau), den man fälschlich dem Hauptmann Dreyfus zuschrieb, einem Reformierten jüdischer Abstammung. Er wurde zweimal unter gerade zu ungeheuerlichen Verfahrensumständen wegen Hochverrats verurteilt. Dann wurde eine Komödie der „Begnadigung“ gespielt. Die ganze französische Rechte, einschließlich republikanischer Erznationalisten, bestand auf der Schuld dieses Mannes. Es nutzte auch nichts, daß bei allen halbwegs intelligenten Leuten auf der Rechten der Verdacht auftauchte, daß Dreyfus unschuldig war, doch – so argumentierten sie – dürfe man die Armee nicht spalten, es also besser sei, daß ein Unschuldiger leide, als daß die psychisch-moralische Einheit der Armee Schaden litte. Immer wieder wurde Goethes Spruch, eine Ungerechtigkeit sei besser als Unordnung (plutôt

l'injustice que le désordre), zitiert – ein zutiefst unmoralischer Grundsatz. Das sittliche Empfinden des französischen Volkes aber war damals noch so stark, daß diese Haltung der Rechten üble politische Folgen hatte. Das wirklich Schreckliche daran war aber auch der Umstand, daß die Kirche durch viele ihrer Führer und Köpfe in diesem fanatisch durchfochtenen Fall Dreyfus schwer kompromittiert war. Bis zum heutigen Tage gibt es „Antidreyfusards“, die unerschütterlich an eine „Konspirationsthese“ glauben, die aber bei näherer Betrachtung völlig sinnlos ist. Erst vor 15 Jahren traf ich einen katholisch-monarchistischen Verfechter dieses Aberglaubens, dem ich die Frage stellte, ob er denn wirklich überzeugt sei, daß dieser „Internationale Jude“ für den gut christlichen deutschen Kaiser gegen die französische Freimaurerrepublik gearbeitet hätte. Ihm blieb der Mund offen ... Doch in Frankreich begegnete man damals auch der widersinnigen Synthese von „Konservatismus“ und Nationalismus, eine Irrung und Verwirrung, die sich später auch in Deutschland bemerkbar machte. Dieser Unsinn wurde durch den „Internationalismus“ von Marx und den „Antisemitismus“, dieser Kinderkrankheit der Konservativen, gefördert. (Kühnelt-Leddihn

Die Linken waren also – nicht immer ganz zu Unrecht – davon überzeugt, daß es am Kontinent von gemeingefährlichen, bigotten „Rechten“ nur so wimmelte. Die „Rechten“ wiederum begannen sich vor „Volksfremden“ zu fürchten, denen sie – nicht immer ganz zu Unrecht – revolutionäre Umtriebe unterstellten. Das hatte schwerwiegende Folgen für die ideologische Ausstrahlung Europas in alle Welt. Hinfort entwickelte sich eine große Einseitigkeit, bei der vor allem linke Denker ausländische Eliten beeinflußten und so revolutionärkollektivistische Gedanken in die ehemaligen Kolonien trugen:

Sogenannte „Konservative“ haben heute (nicht aber vor 150 Jahren!) auf der ganzen Welt nur zu oft die Tendenz, ihren Nabel zu beschauen und jeden Kontakt mit Ausländern, besonders aber mit exotischen Ausländern, sorgfältig zu vermeiden. Marx war ein Internationalist, also sehen gewisse „Konservative“ im Internationalismus etwas Böses. Das Resultat dieser Haltung sollte uns deshalb nicht überraschen: Asia-

ten, Afrikaner und selbst Lateinamerikaner, die in Europa oder in den Vereinigten Staaten studierten, wurden liebevoll „verlinkst“. (Kühnelt-Leddihn 1985: 341)

Linke Ideen breiteten sich insbesondere über die Universitäten aus, die in der Ferne oft von Missionaren begründet wurden. So geschah das Paradoxon, daß gerade an diesen Institutionen antiwestliches und damit antimissionarisches Denken ausgebrütet wurde – unter der Devise des „Antimperialismus“. Auch der Islamismus wurde stark durch westliche oder mit westlicher Hilfe begründete Universitäten angeregt – die islamistischen Bewegungen gehen Großteils auf „fortschrittliche“ Intellektuelle zurück, nicht auf traditionelle islamische Gelehrte. In Lateinamerika reifte an den Universitäten das Gegenstück zum orientalischen Islamismus: die Indigenen-Ideologie, welche ebenfalls mörderische Terrorgruppen hervorbrachte. Ein Beispiel ist der peruanische Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad), der von Studenten der Universität von San Cristóbal de Huamanga ge-

gründet wurde und 70.000 Menschen das Leben kostete. Die Brutalität und die Methoden standen modernen Islamisten um nichts nach. Interessanterweise schwappte die revolutionäre Grundstimmung von den lateinamerikanischen Universitäten zurück nach Europa:

Die Grundzündung für die universitären Unruhen in unserem Jahrhundert fand am 11. November 1918 (!) statt, als in Córdoba (Argentinien) von den Studenten die *cogobernación* (Mitbestimmung) erzwungen wurde. Die revolutionäre Strömung blieb anfänglich im Erdbebengebiet des Pazifik und zog sich alsbald nordwärts nach Bolivien und Peru. Dort wurden in San Marcos (Lima), der ältesten Universität der Neuen Welt, dank der Agitation und des Terrors des Studentenführers Raúl Haya de la Torre die Mitbestimmung 1927 eingeführt, was zu einem rapiden geistigen Abstieg nicht nur dieser Universität, sondern ganz Perus führte. (Haya de la Torre wurde später der Führer der linksterroristischen APRA-Bewegung, ein glühender Bewunderer Hitlers, Lenins, Mussolinis und Stalins, die er zum Teil auch persönlich besuchte.) Von den seismisch so sensitiven Anden sprang

dann der Funke nach dem Zweiten Weltkrieg nach Japan über (der Zengakuren!), von dort nach Kalifornien, verließ aber dann das Erdbebengebiet des Pazifik und überquerte die Vereinigten Staaten. In Europa fand die Erstinfektion in der von Amerikanern gegründeten und finanzierten „Freien Universität“ von West-Berlin statt. Erst von Berlin verbreitete sich die Krankheit in eine südliche und westliche, nicht aber nördliche Richtung. Der reformatorische Raum ist nicht mehr revolutionär: in Großbritannien und Skandinavien blieb es still. (Kühnelt-Leddihn 1985: 369)

Interessant ist, daß das revolutionäre Ferment in Kombination mit Minderwertigkeitsgefühlen aufgrund der westlichen Dominanz in allen Kulturkreisen und Religionen nahezu gleich aufging. Das relativiert alle Deutungen des Islamismus aus dem Islam heraus. Die westliche Dominanz erscheint im Rest der Welt deshalb so unerträglich, weil der Westen zunehmend als dekadent und schwach wahrgenommen wird und man seine Dominanz nicht der Stärke, sondern amoralischer Gerissenheit und Rücksichtslosigkeit zuschreibt. Genauso

wurde das römische Imperium in seiner Endphase wahrgenommen.

Zionismus

Doch zurück zur Dreyfus-Affäre: Ein Österreicher wurde von dieser tief bewegt und zog daraus politische Schlüsse, die unglaublich weitreichende Folgen haben sollten. Theodor Herzl, zunächst ein deutschnationaler Jude, war von Wien nach Frankreich übersiedelt, um dem Wiener Antisemitismus auszuweichen. Ein deutschnationaler Jude! – wie ich weiter oben erklärt habe, war das zunächst überhaupt kein Widerspruch. Juden waren überwiegend entweder ordnungstreu oder revolutionär. So waren auch der ideologische Begründer des preußischen Konservatismus, Julius Friedrich Stahl, und der des britischen Konservatismus, Benjamin Disraeli, jüdischer Herkunft. Herzl wünschte sich von Herzen die völlige Integration der Juden in Europa und wollte sich nahtlos anpassen. Mit großem Schrecken erlebte er dann, daß auch in Frankreich der Antisemitismus nur

schlummerte und jederzeit ausbrechen konnte. In dem Moment ließ er von der Hoffnung ab, die Juden könnten in Europa jemals in Frieden leben. Ein Judenstaat fern von Europa war nötig! Wieder möchte ich Kühnelt-Leddihn ausgiebig zu Wort kommen lassen, der das Problem der Entstehung Israels wunderbar umreißt:

Theodor Herzl, ein gebürtiger Ungar, der sich in Österreich zuerst einmal den Deutschnationalen angeschlossen hatte, aber bei deren Wendung zum ‚Antisemitismus‘ einen anderen Nationalismus, also einen „israelitischen“ wählte, wollte einen jüdischen Staat gründen; zuerst dachte er an Afrika, an Uganda und Madagaskar (zwei völlig verrückte Projekte), dann aber faßte er Britisch-Guayana ins Auge (was eine glänzende Idee gewesen wäre), doch schließlich fiel die Entscheidung auf Palästina, wo immer noch einige Juden hausten, wenn auch nur eine sehr kleine und fromme Minderheit. Das Land war deutlich unterbevölkert, und der Sultan in Konstantinopel stand dem Projekt einer größeren jüdischen Besiedlung freundlich gegenüber, denn er kannte den weltweiten Einfluß des Judentums und war froh, in den Juden ein

Gegengewicht gegen die Araber zu haben, die langsam aber sicher national „erwachten“. Reiche Juden unterstützten die verschiedenen Siedlungspläne (zumeist an der Küste). Die Siedler waren in der Mehrheit sehr arme Juden aus dem Osten Europas. Doch nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte die zionistische Bewegung einen starken Auftrieb und während des Kriegs, als sich die Mittelmächte nicht weniger als die Alliierten um die Sympathien des Weltjudentums bemühten, beschlossen die Westmächte, sowohl den Zionismus als auch den arabischen Nationalismus zu unterstützen. In der Balfour Declaration wurde den Juden versprochen, daß sie in Palästina *a national home* bekommen würden, also eine „nationale Heimstätte“. Der romantische britische Agent T. E. Lawrence machte inzwischen den Arabern feste Zusagen, die aber nach bester westlicher Tradition auch nicht gehalten wurden. Es wurde also falsch darauf los versprochen und dann das Wort gebrochen. Allerdings muß man es den Alliierten lassen, daß ihre Erklärungen, wie ja auch die Vierzehn Punkte Wilsons, in einer sehr blumenreichen, dafür aber umso unpräziseren Sprache verfaßt wurden. „A national home“, wurde den Juden später gesagt, bedeute

noch lange nicht einen eigenen Staat. Das britische Palästina-Mandat wurde dann für die Briten eine einzigartige Gelegenheit zu zeigen, wie talentiert sie für einen Seiltänzerakt seien. Es gab damals aber auch noch eigene arabisch-britische Pannen: so wurde der Haschemit Faisal zuerst zum König von Syrien bestimmt, dann aber Syrien den Franzosen überlassen und Faisal mit dem Irak beschenkt: anfänglich regierten also die Haschemiten im Irak, in Transjordanien und im Hedschas, aber nach 1958 nur mehr in Jordanien. Die Geschichte Israels kann man als bekannt voraussetzen: Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Unmassen von jüdischen Flüchtlingen aus Osteuropa in mitteleuropäischen „Auffanglagern“ unter westallierter Kontrolle. Diese unglücklichen Menschen waren keineswegs „Opfer der Nazis“ (wie dies von der amerikanischen und britischen Presse stets hingestellt wurde), sondern Flüchtlinge vor der roten Flut. Bedeutend intelligenter als die „Staatsmänner“ des Westens, wußten sie, daß sie nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch im Baltikum, in Ungarn, Rumänien oder der Tschechoslowakei einer grimmigen Zukunft gegenüberstanden. Als „Individualisten“, Händler, Künstler, Intellektuelle, Finanzexperten, meist freibe-

zufrieden, kannten und fürchteten sie die marxistische Sklaverei. Der Gedanke, sich im überfüllten Westeuropa niederzulassen, war ihnen fremd, und die Einwanderungsquoten in die USA waren beschränkt. Die zionistische Parole „Sturm auf das britische Mandatsgebiet“ verfiel bei ihnen. Dieses Mandat kostete den Engländern viel Geld und wurde von ihnen sehr zögernd, aber im Grunde des Herzens doch gerne aufgegeben. Es kam zwar vorher zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Briten und den illegalen Einwanderern, die sich oft auch terroristischer Methoden bedienten (auch Herr Begin war von der Partei), doch Großbritannien gab schließlich nach. Nach einem verzweifelten Krieg gegen die Araber wurde 1948 der Staat Israel ausgerufen, der vom Mittelmeer bis zum Roten Meer und bis zum oberen Jordan reichte, aber die historische Altstadt Jerusalems nicht einschloß. Die ersten zwei Staaten, die Israels Unabhängigkeit und Souveränität anerkannten, waren die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten. Im Jahre 1948 war die UdSSR von den wirtschaftlichen Möglichkeiten so vieler arabischer Staaten noch nicht überzeugt, und in den Vereinigten Staaten sollten im November Präsidentschaftswahlen stattfinden. Die

amerikanische Judenschaft, in ihrer großen Mehrheit beileibe nicht zur Einwanderung nach Vorderasien entschlossen, war jedoch weitgehend zionistisch eingestellt. Daher mußte Harry S. Truman um ihre Stimmen im Schlüsselstaat New York besorgt sein. [...] Dennoch stellte die Schaffung dieses Staates ein schweres moralisches Problem dar, ein Problem, das allerdings schon einige wenige Jahre früher aufgetaucht war: die Vertreibung ganzer Volksgruppen, wie zum Beispiel die „Umsiedlung“ (welch Gipfel der Verlogenheit steckte schon in diesem Word) von Millionen Deutscher aus dem deutschen Osten von Ostpreußen bis zu Gottschee. Nur handelte es sich hier nicht um Millionen, wohl aber um Tausende und Abertausende von Palästinensern. Sowohl in dem einen als auch in dem anderen Falle gab es keinen moralischen Rechtstitel. Schon Pius XII. hatte gegen diese Methoden von Hitler, Stalin, Churchill und Benes protestiert..., nicht aber die UNO in ihrer Niedertracht. Der israelische Standpunkt wurde zwar historisch untermauert, doch muß man sich fragen, ob eine Besiedlung, die vor über 3000 Jahren stattgefunden hatte, aber vor 2000 Jahren aufgegeben worden war, einen sittlichen Anspruch begründen kann. Könnten

die keltischen Iren zum Beispiel Tirol beanspruchen, weil Tirol vor 1700 Jahren keltisch war? Oder die Deutschen das einst visigothische Spanien oder die Slowenen den salzburgischen Lungau? Gewiß sind zahlreiche Deutsche aus den Ostgebieten nicht vertrieben worden: Sie flohen vor der sanften Milde der Roten Armee. Tausende von Palästinensern wurden auch nicht exiliert: sie rannten davon. Im Falle des Staates Israel und seiner ethischen Legitimität kann man lediglich so argumentieren: Wir leben jetzt im zwanzigsten Jahrhundert und nach dem Ethos dieses verworfenen und moralisch heruntergekommenen, weil glaubenslosen Säkulums gelten wieder Normen wie die des Neolithikums oder der Völkerwanderung. [...] Nun, die Reaktion so mancher Palästinenser, die selbst (oder deren Eltern) Heimat und Besitz verloren hatten, war im Vergleich zu den Vertriebenen des deutschen Ostens eine ganz andere: Sie entsprang dem Geist des Korans und nicht des Neuen Testaments – manchmal allerdings auch dem Geiste der Heiligen Bücher des Marxismus. Wenn die deutschen Vertriebenen einen Yassir Arafat gehabt hätten, würde die Welt, wie wir sie kennen, nicht mehr bestehen. Doch ist es nun einmal so, daß die Völker aus psycho-

kulturellen Gründen völlig verschieden sind. Im Namen des Deutschen Volkes sind die entsetzlichsten Greuel im Geheimen begangen worden, also unter Ausschluß der Öffentlichkeit, doch die *Action directe* der Fedayin stieß auf einen sehr allgemeinen großen Jubel bei ihren Volksgenossen. Hier muß man laut sagen, daß eine Serie von Untaten auch nicht ein anderes Unrecht „aufwiegt“ oder gar zunichte macht. Die Anzahl unschuldiger Opfer der palästinensischen Terroristen ist überaus groß. Die Irrationalität dieser „Freiheitskämpfer“ ist erstaunlich; ihre Verbrechen haben ihrer Sache nur geschadet. Ein Europäer, der mit ihnen zu reden und zu verhandeln hat, bewegt sich in einem geistigen Raum, der weit von dem aristotelisch-cartesischen entfernt ist. Auch fragt man sich, was das letztendliche Ziel der Palästinensischen Befreiungsfront wohl sein mag. Doch die Vernichtung Israels! Oder nur die Errichtung eines palästinensischen Zwergstaats, innerhalb der Grenzen des jordanischen „Westgebiets“ vor dem sogenannten Sechstagekrieg (1967)? Dieser Staat, ungefähr zweimal so groß wie Vorarlberg oder ein Achtel der Schweiz, eingekeilt zwischen Israel und Jordanien, müßte doch ein ganz eigenartiges Leben fristen. Da

wäre vom palästinensischen Standpunkt aus die Vernichtung Israels schon bedeutend vernünftiger! Um die wirkliche Lage Israels richtig zu verstehen, muß man das ungeheure Haßpotential des Nahen Ostens, des „Orients“ kennen. [...] Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ein verlorener Krieg das Ende nicht nur des Staates Israel, sondern aller Israelis – Männer, Frauen und Kinder – bedeuten würde. Jeder Sieg der Israelis, jeder gewonnene Krieg steigert nur den Haß der islamischen, vornehmlich arabischen Welt, die zahlenmäßig der israelischen weit überlegen ist: das Verhältnis (nur auf die Araber bezogen) ist eines von 1 zu 20. Der Löwenmut der Israelis in allen ihren Kriegen – 1948, 1956, 1967, 1973, 1982 – ist sehr zu bewundern, doch ist das Überleben dieses Staates nur mit materieller Hilfe aus dem Ausland denkbar. In einer ganz schweren Krise des Westens wäre das Ende Israels vorauszusehen. [...] Ein besonderes Problem bilden für den Staat Israel die Heiligen Stätten, doch viel weniger aus der christlichen als aus der islamischen Perspektive: Die christliche Welt hat die Kreuzfahrerträume aufgegeben, aber für die Muslime ist Jerusalem – Al-Kuds – nach Mekka und Medina die heiligste Stadt. Der päpstliche Plan einer In-

ternationalisierung der Jerusalemer Altstadt ist daher gar nicht von der Hand zu weisen. Die einzige solide jüdische Erinnerungsstätte in diesem Stadtteil ist das Felsengebilde, auf dem der Tempel stand und an das sich auch die Klagemauer anlehnt, aber gerade auf dieser Stelle wurden zwei Moscheen errichtet, deren Heiligkeit nur mit der Ka'aba wetteifern kann. Von hier, so glauben die Moslems, fuhr Mohammed in den Himmel auf. Und hier würde auch das Jüngste Gericht stattfinden. (Kühnelt-Leddihn 1985: 401ff)

Jetzt ist die Chronologie wieder dahin, und der Zweite Weltkrieg noch vor dem Ersten vorüber. Wenn wir noch etwas zurückgehen, finden wir einen weiteren Beitrag Österreichs zur Entstehung Israels, der heute nur noch wenigen bewußt ist. Ich habe schon weiter oben erwähnt, daß sich die Donaumonarchie als Schutzmacht der Juden in Jerusalem verstand. Vor der Gründung Israels war die dortige Judengemeinde eine Minderheit, allerdings eine schon vor dem Nationalsozialismus stark wachsende – vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges war sie innerhalb von dreißig Jahren um

mehr als das Siebenfache auf 9.000 Mitglieder gewachsen. Das waren zehn Prozent aller Juden Palästinas – keiner anderen westlichen Schutzmacht unterstanden mehr Juden als Österreich-Ungarn, und viele von ihnen waren auch von dort gekommen:

Die österreichisch-ungarischen Juden waren nahezu ausschließlich aus Glaubensgründen ins Heilige Land gekommen und hatten dort bis zum Jahr 1914 acht Gemeindeverbände gegründet [...]. Ihre Mitglieder widmeten sich religiösen Studien, sprachen an den heiligen Stätten Gebete für ihre Glaubensgenossen in der Monarchie und gingen zumeist keiner geregelten Erwerbstätigkeit nach. Ihren Lebensunterhalt bestritten sie mit Spendengeldern (Chaluka), die von den in Österreich-Ungarn lebenden Gemeindeguratoren gesammelt wurden. Die kaiserlichen Konsuln in Jerusalem standen der rapide wachsenden Schutzgemeinde zwiespältig gegenüber. Ihrer Ansicht nach stellten die zumeist mittellosen jüdischen Einwanderer keinen Gewinn für die Stellung der Donaumonarchie in Palästina dar, so notierte etwa Konsul Caboga 1881, sie „leisten keine Militärpflicht, zahlen keinerlei Steuer,

tragen überhaupt in keiner Weise zum Besten oder zum Ansehen ihres Heimatlandes bei“. Als Diplomaten eines Vielvölkerstaates, dessen Kaiser sich als Hüter der Gleichberechtigung unter seinen Völkern begriff, übten sie ihre Schutzkompetenzen über ihre Untertanen jedoch zumeist mit allem Nachdruck aus. Dies gestaltete sich oft nicht einfach, denn die osmanische Regierung begann ab der Mitte der 1880er Jahre die sprunghaft ansteigende jüdische Zuwanderung durch Behinderungen beim Ankauf von Grundstücken und durch Einreiseverbote zu unterbinden. Die kaiserlichen Diplomaten traten dieser Politik in der Regel entgegen, erreichten dank der Kapitulationen zumeist den gewünschten Erfolg und trugen so zum starken Wachstum der jüdischen Gemeinde Österreich-Ungarns in Palästina bei. Wohlhabende europäische Juden ließen es sich im Gegenzug nicht nehmen, das kaiserliche Konsulatsgebäude mit allerlei Einrichtungsgegenständen auszustatten und den Diplomaten so ihren Dank für deren Hilfestellung auszudrücken. (Fischer: 232)

Nach Kriegausbruch verschlechterte sich die Lage der Juden, allerdings nicht direkt wegen des Krie-

ges. Eine Heuschreckenplage war ausgebrochen und die osmanische Währung geriet in eine Hyperinflation, sodaß die arabischen Bauern sie nicht mehr akzeptierten. Leider kamen aber auch keine Maria-Theresien-Taler mehr; im Zuge der Eroberung des österreichischen Galiziens durch die Russen (heute Ukraine, Ludwig von Mises wurde dort geboren) versiegte auch ein großer Teil der Spenden. Als sich daraufhin die Juden hilfesuchend an Österreich-Ungarn wandten, wurden Hilfskommissionen eingerichtet, die trotz des Krieges 400.000 Kronen aufbrachten. Warum unterstützte auch die österreichische Regierung die palästinensischen Juden in diesem Ausmaß? Fischer zeichnet die Motivation nach:

Die Unterstützungsmaßnahmen des Ballhausplatzes waren nicht zuletzt von dem Bestreben motiviert, harmonische Beziehungen zur heimischen jüdischen Bevölkerung zu unterhalten, die den Waffengang der Monarchie durch verstärktes Zeichnen von Kriegsanleihen und hoher Beteiligung an der Kriegsfürsorge unterstützte. Überdies dienten etwa 300.000 jüdische

Soldaten in der kaiserlichen Armee, die Zahl der jüdischen Offiziere übertraf die jeder anderen Streitmacht bei weitem. Das k.u.k. Ministerium des Äußern wollte dieser besonders patriotischen Gefolgschaft daher zeigen, dass der Staat alles Menschenmögliche unternahm, um ihren Glaubensbrüdern in Palästina zu helfen. (Fischer: 270f)

Mit dem Einsetzen der „Demokratie“ ging es den Juden generell an den Kragen. In den egalitäreren skandinavischen Ländern durften Juden überhaupt nicht siedeln. Anderswo setzten die politisierten Mehrheiten den Judenvierteln massiv zu. Unter dem Schlachtruf „soziale Gerechtigkeit!“ plünderte der Pöbel. Die einzigen Judenviertel, die niemals vom Mob gestürmt wurden, waren die beiden päpstlichen Ghettos in Rom und Avignon – hier gab es am wenigsten „Politik“. Kühnelt-Leddihn beschreibt das Schicksal der Juden am Übergang zur Moderne so:

Die Juden Westeuropas genossen tatsächlich eine große Reihe von Privilegien, und wer zum Christentum übertrat, mußte diesen Privilegien feierlich entsa-

gen. Eines davon war das Anrecht auf Selbstverwaltung: das Ghetto oder Judenviertel, in Polen der Kahal. Ursprünglich waren die Juden auch bewaffnet: ein jüdisches Bataillon nahm an den Kriegshandlungen der Städte teil. Während der Kreuzzüge kam es oft zu gezielten Angriffen auf die Judenviertel, doch eine wirkliche Minderung der Stellung der Juden kam erst mit ihrer „Entwaffnung“. Tatsächlich wurden sie überprotegiert, was aber immer zu einem Niedergang und Verfall eines Standes oder einer Klasse führt – später in der Geschichte auch des Adels. So war das Wergeld für die Tötung eines Juden so hoch wie das Wergeld für einen Ritter oder einen Priester. Mit dem Ende des Mittelalters und dem Beginn der Neuzeit erlebt die westeuropäische Judenschaft einen Nadir in ihrer Entwicklung. Schon 1290 wurden sie aus England, 1492 aus Spanien und 1496 aus Portugal vertrieben, bekamen aber ein Asyl in den Niederlanden und in der islamischen Welt – zu kleinem Teil allerdings auch in Frankreich und Italien. (Kühnelt-Leddihn 1985: 147f)

Relativierungen

Wie ich weiter oben angedeutet habe, zogen sich die europäischen Juden durch ihre entweder kaisertreue oder revolutionäre Grundhaltung die Feindschaft des Zwischenschichten zu: der kaiserfeindlichen Eliten und des Bürgertums. Diese Erklärung der Judenfeindschaft kann sie nicht moralisch reinwaschen, „relativiert“ sie aber. Eine solche relativierende Erklärung verwickelte den Historiker Ernst Nolte zulasten seiner Karriere und seiner Lebensqualität in einen heißen, ideologischen Streit – den Historikerstreit. Es ist allerdings verständlich, daß nach den unglaublichen Schmerzen des 20. Jahrhunderts nüchterne Erklärungen Salz in offene Wunden streuen und entsprechende Reaktionen auslösen. In seinem Spätwerk wird Nolte nicht viel versöhnlicher, denn mittlerweile ist er wohl genügend angegriffen worden, und faßt seine „Relativierung“ wie folgt zusammen:

Wer von der „Ermordung der europäischen Juden“ als von einem isolierten und unvergleichbaren Ereignis

spricht, muß sehr viel ausblenden: die große Rolle von Juden in der „Russischen Revolution“ und dann auch in der deutschen und der ungarischen Revolution, die keineswegs bloß „antifaschistische“, sondern meist antideutsche und weltweite Boykottbewegung und „schwarze“ Propaganda sofort nach dem 30. Januar 1933, den spiegelbildlichen Charakter der „Nürnberger Gesetze“, die Morde von Davos und Paris, die verschiedenen „Kriegserklärungen“ jüdischer Persönlichkeiten und Gruppen vor dem Ausbruch des Staatenkrieges Anfang September 1939, die starke Beteiligung von Juden an den Partisanenbewegungen in der Sowjetunion und nahezu allen von Deutschland besetzten Staaten Europas. (Nolte: 61)

Er beharrt darauf, daß wir es mit einer Doppelmoral nach dem Krieg zu tun haben, welche die Kriegsgewinner moralisch reinwäscht. Seiner Einschätzung nach waren die meisten osteuropäischen Juden viel deutschfeindlicher, als die Frauen und Kinder der Buren englandfeindlich und die japanischstämmigen Bürger der USA amerikafeindlich waren. „Deutschfeindlich“ ist natürlich eine sehr ungeschickte Pauschalisierung, gemeint ist regime-

feindlich, was angesichts des Regimes aber wohl unausweichlich war. Nolte betont jedoch die massive „antinationalsozialistische Propaganda von Juden“ in den frühen 1930er-Jahren. Sein Vergleich enthält natürlich den Hinweis, daß die ersten Konzentrationslager der Welt von den Briten in Südafrika errichtet wurden – und die zweiten, die dann auch die Nazis in ihren Methoden bestärkten, von den Amerikanern zur Internierung von Japanern. Von diesen Verbrechen ist heute in der Tat kaum noch die Rede. Felix Somary, unser beeindruckender Zeitzeuge aus den letzten Scholien schildert den amerikanischen Weg zur Lösung der „Japanerfrage“ nach 1905:

Wenige Jahre später kam ohne besondere Veranlassung das Verbot der japanischen Einwanderung nach Amerika. Es ging zurück auf den kalifornischen Mob und richtete sich gegen die einzige asiatische Nation, die den Europäern seelisch nahesteht; die Einwanderungssperre war ein Akt unfairer Konkurrenz gegen Arbeitskräfte höherer Leistungsfähigkeit und wirkte besonders empörend mitten in einer Zeit internatio-

naler Freizügigkeit, denn hier wurde die Rassendiskriminierung gesetzlich ausgesprochen. Unter stillschweigender Berufung auf Freihandelsprinzipien hatte ein halbes Jahrhundert vorher der Amerikaner Perry die Öffnung der japanischen Häfen erzwungen: nun war den Japanern die Auswanderung für ihre in diesen 50 Jahren so rasch vermehrte Bevölkerung von der gleichen Nation verschlossen worden. (Somary: 315)

Letztlich sollten die Japaner dann auch für den Kriegseintritt der Amerikaner in den Zweiten Weltkrieg herhalten. Doch so weit bin ich diesmal nicht gekommen, die Chronologie nach dem Ersten Weltkrieg ging nämlich rückwärts weiter. Immer wieder muß man für die Erklärung späterer Ereignisse noch früher in die Vergangenheit zurückgreifen.

Ich bringe das Beispiel der Juden, um die Problematik der „Relativierung“ des islamistischen Dschihads zu verdeutlichen. Manch Leser ist mir vielleicht schon gram, weil ich so viel Widersprüchliches und Paradoxes erkläre und so wenig

richte. Daß der Heilige Krieg seit dem Urislam geführt wird, ist offensichtlich. Doch der Islam ist hierzu weder eine notwendige noch eine hinreichende Zutat. Seit Anbeginn hat er als Ideologie gedient, die expansive Kriegsführung legitimierte, doch das leistete bislang nahezu jede Ideologie. Als Religion, sofern von Politisierung durch Mystik, Rationalität oder Schwäche abgetrennt, hat der Islam aber immer schon friedliche, weise, tugendhafte Menschen hervorgebracht und inspiriert. Egon Flaig schloß seine engagierte Darstellung der islamistischen Übel mit der Hoffnung:

Wer weiterhin das Märchen von der islamischen Toleranz verbreitet, behindert jene muslimischen Intellektuellen, die ernsthaft an jener Reform des Islam arbeiten, die im neunzehnten Jahrhundert so erfolgversprechend begann. Denn er beraubt sie der Chance, eine Vergangenheit zu überwinden, die ansonsten zur abscheulichen Gegenwart zu werden droht. Gelänge es den Reformern, den Islam radikal zu entpolitisieren, dann könnten die Muslime zu wirklichen Bürgern in ihren Staaten werden. Übrig bliebe jene hochgradig spirituelle Religion, die nicht nur Goethe fas-

ziniert hat: Hegel nannte den Islam die „Religion der Erhabenheit“. Dazu könnte er werden. (Flaig: 2006)

Leider befinden wir uns in einer Phase der Repolitisierung des Islams, die den Dschihad bald ins Abendland bringen könnte. Ideologien und Religionen lassen sich aber nicht durch ideologische „Widerlegung“, also einseitiges Verweisen auf die zahlreichen Splitter in den Augen der Anhänger bekämpfen. Das stachelt sie nur weiter auf. In den Massenmedien sollte man jeden „Dialog“ einstellen, da gehört er nicht hin und hat keinen Platz. Der sunnitische Dschihad wird stets dann expansiv, wenn das „Haus des Krieges“ Schwäche zeigt (die Schiiten sehen die Zeit des Dschihads erst dann wieder gekommen, wenn der Mahdi zum Jüngsten Gericht aus einem Brunnen klettert). In einer Zeit europäischer Stärke, deren Niedergang ausschließlich eigenes Verschulden ist, war selbst das islamische Weltreich der Osmanen weitgehend zur Friedlichkeit und Duldung verurteilt. Im Vergleich zu allen säkularen, nationalistischen Folgestaaten war es von erstaunlicher Liberalität

(relativ gesehen – ich gebe zu, der Maßstab des modernen Genozid-Nationalismus ist ein sehr niedriger).

Was kann man tun? „Man“ kann nicht viel, nur Ruhe bewahren und jenen die Legitimität entziehen, die Islamisten aus politischem Pragmatismus bewaffnen oder Öl ins Feuer gießen. Wir müssen uns darauf einstellen, daß die Tage der christlichen Bevölkerung im Nahen Osten gezählt sind. Ich rufe nicht dazu auf, sie im Stich zu lassen – das ist schon längst geschehen. Schützen kann sie nur Neutralität und Asyl, keine Militärintervention. Nach Sozialismus und National-Sozialismus ist der Islamismus gewiß, wie auch Ernst Nolte meint, die dritte totalitäre Bewegung mit weltweiter Reichweite. Es wäre aber grundfalsch, den Islam genauso zu dämonisieren, wie es mit dem „Faschismus“ geschehen ist. Das beste Szenario innerhalb der realistischen ist „Containment“: Ende des Interventionismus, auch des medial-propagandistischen, Souveränität für islamistische Gebiete und klare Grenzen – keine Freizügigkeit, außer für

ethnisch und religiös Verfolgte, keine „Entwicklungshilfe“, keine Einmischung. Die Fehler der Vergangenheit waren gewaltig, sie sind westlichen Politiker zuzuschreiben; aber sie sind geschehen und lassen sich nicht leicht ungeschehen machen.

Reale Machtausübung entschärft die ideologischen Übertreibungen mit der Zeit. Selbst ein wahabistisch-islamistischer Staat hat nur zwei Optionen: Entweder Zulassen wirtschaftlicher Entwicklung oder Zugrundegehen in der Isolation. Ersterer Weg führt notwendigerweise zur langsamen Entschärfung der Ideologie, wie Saudiarabien zeigt. Die kommende Generation der Führungselite ist dem Wahabismus weitgehend entfremdet und stark verwestlicht. Auch im Iran war die Reaktion auf die Politisierung der Religion eine säkulare Gegenrevolution: der Iran hat heute die höchstgebildete und religionskritischste Jugend im Nahen Osten.

Könnte ein islamistisches Kalifat dereinst den Westen überrennen und die westliche Kultur so auslö-

schen, wie es bei der orientalischen schon fast gelungen ist? Ohne Energie – Geld, Wissen, Legitimierung – von außen, nur dann, wenn sich der Westen zuerst selbst zerstört hat. Eine ideologische Islamhysterie begünstigt diese Selbstzerstörung, denn sie lenkt von eigenen Schwächen ab und treibt immer mehr Menschen in die Arme von Identitätsversprechen, die einzulösen vorgeben, was der Westen seinen orientalischen Bewunderern schuldig geblieben ist.

Am meisten lernen können wir dabei wohl aus den Fehlern, die angesichts der letzten zwei großen totalitären Bewegungen geschahen. Dabei würde ersichtlich werden, wie sehr sich Ideologien durch ihre Spiegelung in einem vermeintlichen „Anti“ nähren. Vielleicht gelingt das nächste Mal ein chronologisches Fortschreiten und ich kann das Versprechen einlösen, die Fortsetzung des europäischen Dschihads, der letztlich die ganze Welt überzogen hat, auf Lehren für unser schwieriges Hier und Heute zu prüfen.

Literatur

Andics, Helmut (1985): Gründerzeit – Das schwarzgelbe Wien 1867, Wien: Jugend und Volk.

Antonius, George (1965): The Arab Awakening, New York: Capricorn Books.

Breycha-Vauthier, Arthur (1972): Österreich in der Levante, Wien/München: Herold Verlag.

Chandler, Paul-Gordon (2007): Pilgrims of Christ on the Muslim Road – Exploring a New Path Between Two Faiths, Lanham: Rowman and Littlefield.

Fischer, Robert-Tarek (2006): Österreich im Nahen Osten. Die Großmachtpolitik der Habsburgermonarchie im Arabischen Orient 1633–1918, Wien/Köln: Böhlau Verlag.

Harnack, Adolf von (1909/1888): Lehrbuch der Dogmengeschichte, 2. Bd., 4. Aufl., Tübingen.

Hopkins, Simon (2003): Rezension von Luxenberg (2000), in: Jerusalem Studies in Arabic and Islam 28. tinyurl.com/luxenberg2

Kuehnelt-Leddihn, Erik von (1953): Freiheit oder Gleichheit? Die Schicksalsfrage des Abendlandes, Salzburg: Otto Müller.

Kuehnelt-Leddihn, Erik von (1985): Die falsch gestellten Weichen. Der Rote Faden 1798–1984, Wien/Köln: Böhlau Verlag.

Kuehnelt-Leddihn, Erik von (2000). Weltweite Kirche. Begegnungen und Erfahrungen in sechs Kontinenten 1909–1999. Stein am Rhein: Christiana-Verlag.

Lüling, Günter (1985): Ein neues Paradigma für die Entstehung des Islam und seine Konsequenzen für ein neues Paradigma der Geschichte Israels. In: Sprache und Archaisches Denken; Neun Aufsätze zur Geistes- und Religionsgeschichte, Erlangen: Verlagsbuchhandlung Hannelore Lüling. *tinyurl.com/lueling1*

Luxenberg, Christoph (2000): Die syro-aramäische Lesart des Koran. Berlin: Das Arabische Buch.

Luxenberg, Christoph (2004): „Eine andere Form

der Bibel“, Interview mit Edith Kresta für TAZ.
tinyurl.com/luxenberg1

Nagel, Tilman (2008). „Mohammed ging es immer auch um Macht“, Interview in GEO, Nr. 16.

Ernst Nolte (2011): Späte Reflexionen. Über den Weltbürgerkrieg des 20. Jahrhunderts. Wien/Leipzig: Karolinger.

Raimund, Ferdinand (1834): Der Verschwender – Original-Zaubermärchen in drei Aufzügen.
tinyurl.com/fraimund

Salzmann, Philipp Carl (2007): Culture and Conflict in the Middle East. New York: Prometheus Books.

Somary, Felix (1994): Erinnerungen eines politischen Meteorologen. München: Matthes & Seitz.
tinyurl.com/somary

Voegelin, Eric (1999): Der Gottesmord. Zur Genese und Gestalt der modernen politischen Gnosis, München: Wilhelm Fink Verlag.

SCHOLLEN

WERTEWIRTSCHAFT.ORG

